

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



24. November 1989
Jg. 10 Nr. 24

G 7756 D

Preis:
2.50 DM

Kohl in Polen

Wiedervereinigung,
Ostkolonisation:
Diese Pläne müssen
bekämpft werden!

Seite 5

Namibia

Wahlerfolg
für SWAPO
und NNF

Seite 15

Sonderzahlung

Bosch:
Betriebsrat
fordert
1200 DM

Seite 22

Peru (Interview):

„Der Volkskrieg
hat sich über das
ganze Territorium Perus
ausgebreitet“

Seite 34



Die Offensive der FMLN in El Salvador hat dem faschistischen Arena-Regime eine schwere Niederlage bereitet.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

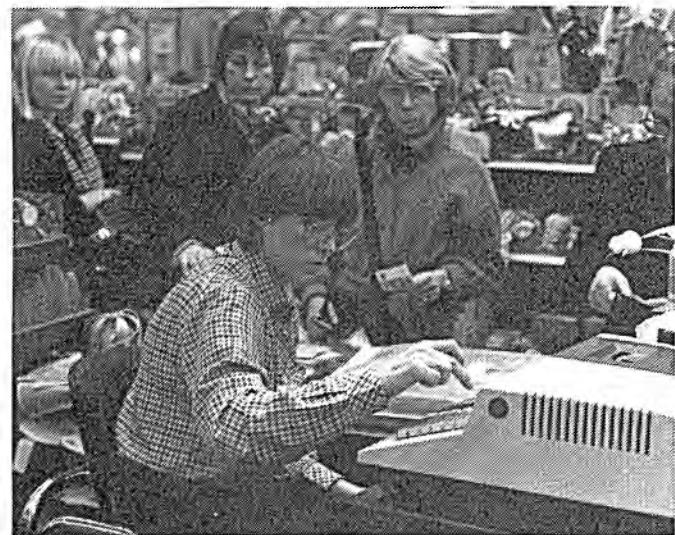
Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

| | |
|---|-------|
| Inhalt | 24/89 |
| Aktuelles aus Politik und Wirtschaft | |
| Aktuell in Bonn..... | 4 |
| Kohl in Polen: Wiedervereinigung, Ostkolonisation: Diese Pläne müssen bekämpft werden!..... | 5 |
| Tarifforderung Metall: Mindestbetrag wäre nützlich..... | 7 |
| PKK-Prozeß: A. H. Kaytan: Prozeß einstellen!..... | 7 |
| Besoldungspolitik: Strukturänderung im Staatsapparat..... | 7 |
| Schwangerschaftsabbruch: Weiteres zum Theissen-Urteil — Beratungsgesetz: Keine Einigung..... | 8 |
| Beschlüsse gegen § 218 in der Ärzteschaft — Spendenaufruf..... | 9 |
| Rentenreformgesetz: Regierung schafft Bevorzugte und Benachteiligte..... | 10 |
| Dokumentiert: Bundestag diskutiert Rentenreform..... | 11 |
| | |
| Auslandsberichterstattung | |
| Ei Salvador: Offensive der FMLN gegen Arena-Regierung und Militär..... | 12 |
| Kommuniques der FMLN zur gegenwärtigen Offensive..... | 12 |
| VR China: Schuldenkrise droht..... | 13 |
| Norwegen: Regierungsantritt der Konservativen..... | 14 |
| Sowjetunion: Zweiter Streik der Bergarbeiter..... | 14 |
| Namibia: Wahlerfolg für SWAPO und NNF..... | 15 |
| DDR: Widerstand gegen Einmischung in die Wirtschaftsverfassung | 15 |
| Internationale Meldungen..... | 16 |
| | |
| Aus Verbänden und Parteien | |
| Veröffentlichungen: | |
| Telekommunikation: EG fördert Konzerne..... | 18 |
| Charlotte Rudolph: „Waldorf-Pädagogik“..... | 18 |
| Werte: „Prinzipientreue trotz Zeitgeisthörigkeit“..... | 19 |
| Republikaner: Das Programm des REP-Hochschulverbandes | 19 |
| Dokumentiert: Aus dem RHV-Programm..... | 20 |
| | |
| Reportagen und Berichte regional | |
| Regionale Nachrichten..... | 21 |
| Neue Heimat Bayern: Mieterinitiativen fordern Kauf durch öffentliche Hand..... | 22 |
| Bosch: Betriebsrat fordern 1200 DM Sonderzahlung..... | 22 |
| Neofaschisten: Terror gegen die Falken..... | 23 |
| Asylbewerber: Selbst Container noch zu teuer..... | 23 |
| Kommunales Einwohnerwahlrecht: Republikaner wollen Volksentscheid dagegen..... | 24 |
| Reinigungsgewerbe: Tarifvertrag wird neu verhandelt..... | 25 |
| NRW: Vorbereitung der 11. Antifa-Konferenz..... | 25 |
| Bayerische Müllpolitik: Volksbegehren soll ein neues Abfallwirtschaftsgesetz durchsetzen..... | 26 |
| Kritiken und Forderungen gegen Müllverbrennung..... | 27 |
| Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... | 28 |
| „Celler Loch“: Verfassungsschutz unkontrolliert, illegal..... | 29 |
| | |
| Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge | |
| Ausstellung: Französische Revolution: Sklavin oder Bürgerin? | 30 |
| Literaturnobelpreis: Camilo José Cela, Spanien..... | 31 |
| Humangenetik: Das zentrale Dogma: „alles genetisch“..... | 32 |
| Dokumentiert: Einige Positionen zur Humangenetik..... | 33 |
| | |
| Spezialberichte | |
| Interview mit peruanischen Genossen: „Der Volkskrieg hat sich über das ganze Territorium Perus verbreitet“ | 34 |

Ladenschluß außer Kraft gesetzt

Einzelhandel und Banken durchbrachen vom 10. bis 12. November mit einer kompletten Wochenendöffnung teilweise bis 20 oder sogar 22 Uhr für das Geschäft mit dem DDR-Touristenstrom das Ladenschlußgesetz. Entlang der Grenze zur DDR und in West-Berlin, aber auch im Hinterland in Hamburg, Hannover, Kassel und Nürnberg waren Läden und Banken offen. Für den restlichen November legalisierten die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern sowie der Senat von West-Berlin die Wochenendöffnung. Das Ladenschlußgesetz wurde not-

Besuchern unserer Stadt, im speziellen aus der DDR, unser Haus zu zeigen ...“ Die Münchner FDP-Stadträtin Kaspar forderte ein Ladenschlußgesetz, das nicht auf Minister-Notverordnungen angewiesen sei, denn auch andere Besucher Münchens sollten „mit der gleichen Aufgeschlossenheit“ wie die DDR-Touristen empfangen werden. Am Freitag, den 17.11., lehnten die Münchner Einzelhandels-Betriebsräte die verlängerten Ladenschlußzeiten ab. Der HBV-Hauptvorstand übte keine Kritik an der Ladenschlußbeseitigung. Dieter Steinborn propagierte eine „flexible Lösung“, einen langen Samstag am 18.11. und dafür am 23.12. um 14 Uhr Geschäftsschluß. — (rub)



Die FDP verlangt: „Weg mit dem kleinstadtmeifigen Ladenschlußgesetzes“, nicht nur für DDR-Touristen.

Zynisch gegen politische Gefangene

Wie in den Politischen Berichten 21/89 auf Seite 16 dokumentiert, stellten die Grünen im niedersächsischen Landtag am 27.7. zu den schikanösen Behandlungen der politischen Gefangenen in der JVA Celle-I eine Kleine Anfrage an Justizminister Remmers. Erst am 22.9. beantwortete Remmers die Anfrage: „In niedersächsischen Justizvollzugsanstalten gibt es keine politischen Gefangenen. Bei den vom Fragesteller so bezeichneten Gefangenen handelt es sich um u.a. wegen Mordes rechtskräftig zu lebenslangen Freiheitsstrafen Verurteilte ... Zu 1: Bereits im November 1985 war es den Gefange-

ständsmäßig außer Kraft gesetzt, Öffnungen am Samstag bis 16 oder 18 Uhr, am Sonntag zwischen 11 und 18 Uhr genehmigt. Der bayerische Sozialminister Glück sieht darin einen Beitrag, um „die Begegnung zwischen Einheimischen und ihren Landsleuten zu fördern.“ In Sonderzügen werden DDR-Bürger zum Einkauf nach München angekarrt. In Hamburg verlangte Hertie von den Verkäuferinnen und Verkäufern die Unterschrift unter: „Wir, die Mitarbeiter des Alsterhauses, haben uns spontan entschlossen, freiwillig einen Solidaritätsbeitrag zu leisten. Wir sind am ... 18.11.89 und ... 25.11.89 zusätzlich von 14 bis 16 Uhr bereit, kostenfrei Mehrarbeit zu leisten, um den

nen ... untersagt worden, unerlaubte Gegenstände aus den Hafträumen und den Arbeitsbetrieben mitzunehmen ... Die Anordnung geriet im Laufe der Zeit bei Gefangenen wie bei Bediensteten in Vergessenheit und mußte bei einer Fortbildungsveranstaltung im Juli d.J. bei den Bediensteten wieder in Erinnerung gebracht werden. Die Gefangenen wurden erneut belehrt. Zu 2: Der Gefangene D. hatte ein Buch und mehrere Zeitungen bei sich, als er zur Freistunde wollte. Er war zuvor mehrere Male ausdrücklich ... auf das bestehende Verbot hingewiesen worden. Zu 3: Es waren 11 Bedienstete ... anwesend, als die Strafgefangenen T. und F. in ihre Hafträume gebracht worden. ... Zu 7: Es gibt keine Haftverschärfungen für die Gefangenen ... — (mal)

Karlsruhe: Resolution zum PKK-Prozeß

Einstimmig verabschiedeten die Teilnehmer des Antifaschistischen Forums in Karlsruhe die folgende Resolution zum Kurdenprozeß in Düsseldorf. Zu dem Forum hatte das Bündnis gegen Neofaschismus aufgerufen, das von DGB, GEW, Jusos, Grüner Liste, DKP, VSP, Regionaler Schülervertretung, UStA, Falken, Naturfreundejugend, SDAJ, MSB, Motoradclub Kuhle Wampe, VVN/BdA, Volksfront, Autonomen, Antimperialisten und Einzelpersonen unterstützt wird:

„... Wir fordern:
— von der Bundesregierung die Einhaltung der UN-Resolution 2621 (XXV) von 1970, in der ... das Recht der kolonialisierten Völker anerkannt wurde, „mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, gegen Kolonialmächte zu kämpfen, die ihre Bestrebungen nach Freiheit und Unabhängigkeit unterdrücken“. Daher: Schluß mit der Polizei- und Militärhilfe an die Türkei! Schluß mit der Zusammenarbeit westdeutscher und türkischer Geheimdienste! Hände weg von Kurdistan!

— vom OLG Düsseldorf die Beseitigung der Trennscheiben, eine Sitzordnung, die die freie Kommunikation der Angeklagten mit ihren Vertrauensverteidigern zuläßt, die Bestellung von Übersetzern, die das Vertrauen der Angeklagten haben, die Übersetzung der Anklage und aller Verfahrensunterlagen auf türkisch, die Garantie der Unversehrtheit der Gefangenen, die Aufhebung der Isolationshaft, die Zulassung von Publikationen aus dem Agri-Verlag, den ungehinderten Briefkontakt, auch mit den Verteidigern, den ungehinderten Zugang von Ärzten des Vertrauens, Freilassung von Yasemin Gedik wegen Haftunfähigkeit, die Aufhebung der Fesselung der Gefangenen beim Transport.

Einstellung der politischen Verfahren gegen Kurdiinnen und Kurden, Freilassung der in der BRD Inhaftierten!

Solidarität mit dem nationalen Befreiungskampf in Kurdistan und dem Widerstand in der Türkei! ...“ — (rub)

Antifaschistin getötet

Am Abend des 17.11.89 wurde in Göttingen eine autonome Antifaschistin getötet. Sie wurde von einem Auto überfahren, als die Polizei gegen eine Gruppe autonomer Antifaschisten Personalienfeststellungen durchführen wollte. Die „Personalienfeststellung“ wurde über Funk so eingeleitet: „Wollen wir sie jetzt plattmachen?“ „Ich bin dafür.“ Dieser Funkverkehr wird von Lothar Will, Polizeidirektor, bestätigt. Die Polizei jagte die autonomen Antifaschisten ohne Grund und stellte ihnen eine Falle. Es ist eine glatte Lüge der überregionalen Medien, die einen „Tod bei Streit mit Skinheads“ vermelden. Eine Gruppe Faschisten, die eine Schlägerei mit Autonomen hatte, war von der Polizei längst mit „Platzverbot“ belegt und aus der Innenstadt abtransportiert worden. Zudem erklärt Polizeidirektor Will, daß bei der Gruppe Autonomer kein konkreter Verdacht der Beteiligung an der Schlägerei vorgelegen habe. 2000 demonstrierten einen Tag später, zwei Tage lang wurde eine Mahnwache abgehalten, die Straße wurde solange gesperrt. Die SPD möchte untersucht haben, ob das Eingreifen der Polizei in dieser Situation gerechtfertigt

Anzeige

Ergebnisse der Herbstkonferenz der 9. o. BDK des BWK Oktober 1989

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK zu beziehen über:
GNN Verlagsgesellschaft,
Postfach 260226; Zülpicher
Str. 7, 5000 Köln 1,
0221/211658 Preis: 4,- DM

war. Die GAL-Ratsfraktion erklärt, „die Studentin sei Opfer der Polizeistrategie“ geworden. Was in den Stellungnahmen fehlt, ist die Rolle des ehemaligen niedersächsischen Innenministers Hasselmann und der Göttinger CDU, die eine beispiellose Hetze gegen die Autonomen betrieben haben und sich jetzt ausschweigen. — (kek)

ALL Stuttgart zur weiteren Arbeit

Knapp 40 Leute kamen am 18.11.1989 in Stuttgart zu einem Treffen, das die bisherige Arbeit und das Wahlergebnis der Alternativen Linken Liste bei der Kommunalwahl bilanzieren sollte. Die Meinungen über das Wahlergebnis (1% der Stimmen, 1695 Stimmzettel für die ALL) streuen in der ALL zwischen Enttäuschung angesichts überzogener Erwartungen und der Meinung, daß die Stimmenzahl in etwa dem Fortschritt entsprochen hat, den der Stand der gemeinsamen Arbeit erwarten ließ. Eine Fortsetzung der Arbeit der ALL wird von vielen gewünscht, wobei über Zielsetzung und Form unterschiedliche Auffassungen bestehen. Wichtig ist, daß die Anwesenden per Beschuß bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung feststellten, daß die ALL die weitere Mitarbeit der MLPD wünscht und die MLPD dazu auffordert. Diese Mitarbeit soll auf gleichberechtiger Grundlage stattfinden und schließt jetzt auch ausdrücklich MLPD-Kandidaten bei eventuellen künftigen Kandidaturen der ALL ein. — (rok)



Als eine Schwerpunktaktion zur Tarifbewegung 1990 will die IG Metall die Überstunden abbauen. Dies soll durch betriebliche Aktionen der Betriebsräte und Vertrauensleute vorstatten gehen. Die Aktion soll zu mehr Arbeitsplätzen führen und dem Schutz der Gesundheit dienen. Durch überdurchschnittliche Herausgabe von Arbeitskraft und Ausdehnung der Arbeitszeit kommt es u.a. auch zu häufigeren Arbeits- und Wegeunfällen. — (mal)

Aktuell in Bonn

EG-Polizeinetze

Die am „Schengener Abkommen“ beteiligten EG-Staaten BRD, Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg haben sich auf eine umfassende Polizeikooperation geeinigt. In einer Pressemitteilung vom 13.11. teilt die Bundesregierung mit: „... kam es zu einer Einigung über die Modalitäten der grenzüberschreitenden Nach eile, über die notwendigen Maßnahmen im Bereich der Waffen und Munition, der Rechtshilfe und Auslieferung sowie der Amtshilfe zwischen der Polizei ... der Vertragsstaaten. Das Übereinkommen sieht auch die Einrichtung und den Betrieb eines automatisierten Fahndungs- und Informationssystems vor ...“. Damit ist den westdeutschen Forderungen nach grenzüberschreitender Polizeiverfolgung weitgehend entsprochen. Am 15.12. soll das entsprechende Abkommen unterzeichnet werden.

Nachtfahrverbot

Am 16. November hat Bundesverkehrsminister Zimmermann (CSU) per Anordnung ein Nachtfahrverbot für österreichische LKWs verhängt. In Kraft treten soll das Verbot ab 1. Januar 1990. Das Verbot gilt dann (Ausnahmen sind: leicht verderbliche Lebensmittel, „lärmarme Lastwagen“, Schlachtvieh und Zeitungen) von 22 bis 5 Uhr. Zimmermann reagierte damit auf die Weigerung der österreichischen Regierung, auf das Drängen der BRD hin auf das generelle LKW-Nachtfahrverbot für Österreich (Zimmer-

mann: „unnachgiebige Haltung“ Wiens) zu verzichten.

Ausländerrecht

Am 23.11. soll das neue Ausländerrecht vom Kabinett befaßt werden. Über den Referentenentwurf mit zahlreichen Verschärfungen gab es Einigkeit zwischen den Koalitionsparteien. Der Zeitplan wankt, weil die CSU auf weitere Verschärfungen drängt. Der bayerische CSU Innenminister Stoiber erklärte, er könne dem Entwurf so nicht zustimmen. Er nannte die sog. „de-facto-Flüchtlinge“, deren Abschiebung seiner Meinung nach wohl noch zu viele Hindernisse entgegenstehen.

„Beschäftigungsförderungsgesetz“

Die weitere Geltung bis zum 31.12.1995 des „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ ist am 16.11. im Bundestag von der Regierungsmehrheit verabschiedet worden. Hierzu gehören die statistikschönen „berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen“ ebenso wie die „Arbeitnehmerüberlassung“. SPD und Grüne kritisierten, daß weiterhin befristete Arbeitsverträge „ohne sachlichen Grund“ zugelassen bleiben.

Mittelamerika-Einsatz

Anfang November hat das Bundeskabinett formell beschlossen, daß die BRD sich an der UN-Beobachtermission in Zentralamerika (ONUCA) beteiligt. Als erstes werden vier Ärzte und zehn Krankenschwestern sowie „ein ziviler Beamter“ geschickt. Außerdem übernimmt die BRD die Bereitstellung eines Flugzeuges für den Kommandanten der „Friedens-

mission“. Die UN-Einheit soll in vier Phasen aufgebaut werden und am Ende aus 260 Militärbeobachtern und etwa 340 für logistische und administrative Aufgaben eingesetzte Personen umfassen. Das Hauptquartier wird in Honduras eingerichtet. Im Golf von Fonseca soll zusätzlich eine Marineeinheit stationiert werden. Der Pressemitteilung der Bundesregierung über die Entsiedlung (BR-Presse Nr. 522 vom 3.11.89) ist nicht zu entnehmen, wann und in welchem Umfang die BRD Polizei-, Grenzschutz- oder Militärbeamte schicken will.

Teuerungsrate steigt

Die Teuerungsrate steigt weiter. Das Statistische Bundesamt hat für Oktober eine amtliche Teuerungsrate von 3,2% ermittelt. Die Preise für leichtes Heizöl lagen im Oktober um 59% höher als im Vorjahr. Das wird im Frühsommer zu hohen Nebenkosten-Nachzahlungen für Mieter führen. Benzin war 20% teurer. Offenkundig in der Absicht, die gewerkschaftlichen Lohnforderungen nach unten zu drücken, behauptet der Sachverständigenrat der Bundesregierung in seinem neuen Jahrestutachten kühn, eine weitere „Beschleunigung des Preisauftriebs“ scheine „gebannt“.

Aussiedler: Sozialhilfe

Mit Zustimmung der SPD haben die Regierungsparteien am 17.11. beschlossen, daß Aussiedler aus Osteuropa und der DDR künftig keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr haben. Stattdessen sollen sie zwölf Monate lang ein „Eingliederungsgeld“ in Höhe von 1011 DM plus 130 DM Familienzuschlag für Verheiratete bzw. von 928 DM für Ledige erhalten. Das neue Gesetz tritt am 1.1.90 in Kraft. Das „Eingliederungsgeld“ ist so niedrig, daß Erpressungen der Kapitalisten, die die Aussiedler so niedrig wie möglich entlohen wollen, künftig von den Aussiedlern kaum noch abgewiesen werden können.

Was kommt demnächst?

Am 23.11. berät der „Binnenmarktrat“ der EG-Wirtschaftsminister über die künftige EG-Fusionskontrolle. Absicht der Bundesregierung und der BRD-Konzern ist es, dabei jede nicht „wettbewerbsrechtlich“ begründete Fusionskontrolle — also z.B. Fusionsbehinderungen mit regionalwirtschaftlichen Gründen — abzuwehren. Am gleichen Tag will das Bundeskabinett Schäubles Vorlage für ein neues Ausländergesetz verabschieden. Am 2. und 3.12. treffen sich Bush und Gorbatschow vor Malta. Vom 8. bis 9.12. tagt in Straßburg der nächste EG-Gipfel und soll u.a. die EG-„Sozialcharta“ verabschieden. Am 15.12. ist letzte Bundestagssitzung in diesem Jahr, am 21.12. letzte Bundesratssitzung. Vorher findet vom 19. bis 20.12. in Bremen der SPD-Parteitag statt. Evtl. wird dieser noch nach Westberlin verlegt.



Am 15.11. verabschiedete der Bundestag mit der CDU/CSU/FDP-Mehrheit das „Katastrophenschutzergänzungsgesetz“. U.a. sollen im „Verteidigungsfall“ alle Personen bis zum Alter von 60 Jahren „zur Hilfe“ verpflichtet, Beamte auch im Ruhestand eingesetzt und die Freizügigkeit eingeschränkt werden können. Unter Hinweis auf die Veränderungen im Osten sprach die SPD vom „falschen Gesetz zur falschen Zeit“.

Kohl auf Poleninspektion

Wiedervereinigung, Ostkolonisation: Diese Pläne müssen bekämpft werden!

In der DDR vollziehe sich eine „gewaltfreie demokratische Revolution“. Diesen reaktionären Unsinn aus CDU/CSU und FDP-Kreisen wiederholte am 8. November im Bundestag auch die Sprecherin der Grünen, Antje Vollmer, und bekannte: „Ich bin in diesen Tagen oft in Ost-Berlin gewesen.“ Das wäre dann die erste Revolution, die den Axel Springer-Konzern, überhaupt alle BRD-Konzerne, Kohl, Waigel, die NATO, die WEU und die EG auf ihrer Seite gehabt hätte. In Grün-alternativen Kreisen scheint das deutsche Fühlen jeden politischen Widerstand gegen den BRD-Revanchismus zu nichteumachen: Bedenkenlos wird vom „Honecker-Regime“ geplappert von Leuten, die bei Kohl, Genscher, Waigel nicht im Traum an ein „Regime“ denken. Dieses „diktatorische Regime“ wurde also durch Demonstrationen gestürzt. Und inzwischen entschuldigt sich der oberste Beamte der DDR-Staatsanwaltschaften für Polizeiübergriffe — ein typisches Zeichen für das „Demokratiedefizit der DDR“ wahrscheinlich, während hierzulande gegen Rebmann, Stammheim, Isolationshaft, Kurdenverfolgung usw. sofort demokratisch eingeschritten wird?

Kolonialpläne gen Osten

Die westdeutschen Reaktionäre sind übermütig wie schon lange nicht mehr. Sie scheinen sicher, daß sich in der politisch widersprüchlichen DDR-Opposition mit westdeutscher Finanz- und Propagandahilfe am Ende die marktwirtschaftlichen, großdeutschen Kräfte durchsetzen werden — oder aber daß diese Opposition die DDR so erschüttert, daß BRD-Konzerne und -Regierung durch direkte Pressionen die Souveränität und Stabilität der DDR dauerhaft untergraben können. Der großdeutsche Tau-mel reicht dabei bis weit in die SPD hinein. Während westdeutsche Konzerne in Reaktion auf den ostdeutschen Kundenstrom die Teuerungsrate weiter hochtreiben und mit Hilfe von Bundes- und Länderregierungen dabei sind, den Landenschluß gleich ganz aufzuheben, unterbreite am 15.11. im „Handelsblatt“ ein Prof. Wilhelm Hankel, unter dem SPD-Professor Karl Schiller Leiter der Abteilung Geld und Kredit im Bundeswirtschaftsministerium, den folgenden Plan:

„Es gibt Visa, Einfuhrlizenzen für West-Zeitungen, Bücher und jede Art Güter, nur leider keine Devisen... Deswegen liegt der Schlüssel für das Ingangsetzen der Reformen, wenn man so will, für das ‚Austricksen‘ der Antireformkräfte in der DDR, in einem Stand-by-

Abkommen zwischen der DM und der DDR-Mark. Natürlich kann die Deutsche Bundesbank ihrer Kollegin in Ost-Berlin nicht einfach ein offenes Konto einräumen. Aber sie kann in engster Absprache mit der Bundesregierung ... das folgende Agreement anbieten: Frankfurt ist bereit, im Rahmen eines internen Solidaritäts- und Hilfsfonds sowohl ein mittleres und annähernd kaufkraftäquivalentes Wechselkursverhältnis zwischen den beiden deutschen Währungen zu gewährleisten — analog dem seit Jahrzehnten stabilen Wechselkursverhältnis zwischen DM und österreichischen Schillingen ...“ Dieser großdeutsche „Hilfsfonds“ müsse durch eine „sachgerechte“ Mehrwertsteuererhöhung von ca. 20 Mrd. DM im Jahr finanziert werden.

Am Ende dieses Plans steht die Umwandlung der so gewonnenen westdeutschen Schuldforderungen an die DDR in Eigentumstitel — z.B. der Firma Siemens an ihren alten Werken, oder der Firmen Hoechst, Bayer und BASF an den alten Anlagen der IG Farben, und die Verwandlung der DDR in ein halbkoloniales Reservoir billiger Arbeitskräfte und ein Absatzgebiet für westdeutsche Konzerne. CDU/CSU und FDP ist dieser Hankel-Plan noch zu umständlich: Seit wann entscheidet die Bundesbank über die Verteilung der Produktionsmittel zwischen den BRD-Konzernen? Von dieser Seite fordert man deshalb direkt die Wiederzulassung westdeutscher Kapitalanlagen, „freie Wahlen“, Marktwirtschaft, Konvertibilität der DDR-Mark, d.h. die Verpflichtung der DDR, für jede Forderung in DDR-Mark westliche Devisen oder aber DDR-Produkte herauszurücken usw.

DDR-„Eingliederung“ und Polenpolitik der BRD

Für die Erfolgssichten dieser reaktionären Planungen, die DDR als alte und neue Ostmark in einem quasi-kolonialen Status der BRD anzugehören, als erste Schritte dahin die Errungenschaften der Arbeiterbewegung in der DDR zu vernichten und die DDR unter Berufung auf die „gemeinsame Nation“ in ein „innerdeutsches Sonderverhältnis“ unter BRD-Aufsicht zu stellen, kommt der Entwicklung in Polen eine zentrale Rolle zu. Von Anfang an hatten die westdeutschen Reaktionäre deshalb die Erfolge der katholischen Kirche in Polen unter dem neuen Papst als eine Chance beurteilt, die DDR „einzukreisen“, sie nunmehr von Westen, aus der Mitte (über Westberlin) und von Osten, d.h. von Polen, unter wirtschaftlichen, politischen, ideologischen

und sonstigen Druck zu setzen. „Der Erfolg in Polen ... liegt im deutschen Interesse“, erläuterte Kohl diese Politik, als er am 16.11. im Bundestag die Ergebnisse seiner Polenreise vortrug.

Ergebnisse der Polen-Reise

Um diesen Einbruch in Polen zu sichern und auszubauen, war Kohl mit sieben Ministern und Dutzenden Konzernvertretern mehrere Tage lang in Polen unterwegs gewesen. Das Ergebnis der Reise kann sich für die Reaktionäre sehen lassen:

— Die polnische Regierung ist mit ihrer Forderung, ihre Westgrenze endlich auch von der BRD völkerrechtlich anerkannt zu bekommen, keinen Schritt weiter gekommen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 15.11. faßt das kurz und bündig: „Die explizite Anerkennung der polnischen Westgrenze durch das deutsche Volk, die von vielen Polen erwartet worden war, blieb aus.“

— Im Gegenteil hat die Bundesregierung ihren Druck auf Polen durch die Durchsetzung von Sonderrechten für „Deutsche“ in Polen noch weiter verstärkt. In seiner Tischrede im polnischen Ministerrat in Warschau stellte Kohl am 9.11. diesen Erfolg dreist als gegenseitiges Zugeständnis dar: „Nunmehr können Personen und Bevölkerungsgruppen, die deutscher beziehungsweise polnischer Abstammung sind oder die sich zur Sprache, Kultur oder Tradition der anderen Seite bekennen, ihre kulturelle Identität wahren und entfalten. Dazu muß insbesondere die Möglichkeit gehören, Gottesdienste in der eigenen Sprache zu feiern. Ich appelliere deshalb an die Kirchen, Gottesdienste in deutscher Sprache anzubieten.“ So schafft Kohl für angehende westdeutsche Theologiestudenten auch noch gleich die Möglichkeit, künftig Auslandsplanstellen in Polen anzutreten.

— Zusätzlich wurden zahlreiche Abkommen geschlossen, u.a. über die Zusammenarbeit im Umweltschutz, wo westdeutsche Konzerne größere Aufträge für die „Modernisierung“ polnischer Kraftwerke erhoffen, über Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung, über die gegenseitige Einrichtung von Generalkonsulaten und Kulturstiftungen, die Schaffung von Militärattachés, über die Verstärkung des Jugendaustausches und über den Schutz westdeutscher Kapitalanlagen in Polen. Alle Abkommen erweitern die geschäftlichen und propagandistischen Möglichkeiten des BRD-Imperialismus in Polen erheblich, in allen Abkommen sind, so die Bundesregierung,



Forderungen auf der Demonstration der SED in Ostberlin: „Arbeiter ins ZK!“, „Nie wieder Großdeutschland!“

„Berliner Institute“ und Einrichtungen „voll an der Zusammenarbeit beteiligt“.

— Zusätzlich mußte die polnische Regierung sich zahlreiche großdeutsche Provokationen Kohls und seiner Begleitung gefallen lassen, angefangen von der Kranzniederlegung Kohls am Grab „eines unbekannten deutschen Soldaten“ in Warschau, über ein Treffen Kohls mit Vertretern „der Deutschen Freundeskreise in Schlesien“ in der Warschauer Botschaft der BRD, Hans Kleins antisemitische Ausfälle über das „internationale Judentum“ bis hin zu der Vereinbarung, ausgegerechnet das alte Kolonialgut des preußischen Junkers von Moltke als Symbol deutsch-polnischer Verbundenheit wiederherzurichten. Dieser Junker war bis 1943 als „Experte für Kriegs- und Völkerrecht im Oberkommando der Wehrmacht“ (so der „Deutsche Ostdienst“ des Bundesverbands der Vertriebenen) tätig, bevor sich in ihm angesichts der unabsehbaren Niederlage des Deutschen Reiches der „Widerstand“ gegen den Faschismus regte.

Wenn solche Junker als „Widerstand“ geehrt werden, ist es schon nicht weiter verwunderlich, daß die wenigen noch lebenden ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter, die von reichsdeutschen Junkern und Konzernen während des Faschismus fast zu Tode geschunden wurden — ganz zu schweigen von den Angehörigen der Millionen durch die NS-Besatzung ermordeter Polen — auch weiterhin keine Entschädigung seitens der BRD erhalten. Auf die Frage des polnischen Fernsehens, wie er zu dieser Wiedergutmachung stehe, antwortete Kohl am 8. November kühl ablehnend: „Jeder, der in Polen diese Diskussion führt, muß bedenken, daß die Mittel, die wir einsetzen können, nicht unbegrenzt sind.“

Stattdessen sei man zu „großzügigen Hilfen“ bei der Umschuldung der polnischen Auslandsschulden bereit, verlaute-

te. Eine solche neue „Umschuldung“ soll noch im Dezember vor dem „Pariser Club“ der imperialistischen Gläubiger abgeschlossen werden. Wie „großzügig“ diese Umschuldung sein wird, kann man dem dringenden Appell des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki entnehmen, der am 11.11. im polnischen Fernsehen die Bergarbeiter aufrief, bis mindestens März 1990 wieder eine Sechs-Tage-Woche im Bergbau zuzulassen, um „Produktionsrückstände“ aufzuholen.

Tatsächlich ist die Bundesregierung ernsthaft bestrebt, Polen unter Gläubigeraufsicht zu stellen. Schon taucht die (reichsdeutsche Kolonial)-Legende wieder auf, die polnische Wirtschaft sei ohne deutsche „Hilfe“ nicht lebensfähig: „Die von Solidarnosc geführte Warschauer Regierung weiß, daß sie die zur Sanierung der zerrütteten polnischen Wirtschaft erforderlichen grundlegenden Reformen nur mit Hilfe der Bundesrepublik verwirklichen kann“, behauptet beispielsweise die „Welt“. Die „Fachleute“ sind schon auf dem Weg: Vor dem Bundestag verkündete Kohl am 16.11., westdeutsche „Hilfe“ an Polen werde „strikt projektgebunden“ sein: „Es war ein dringender Wunsch nicht nur von unserer, sondern auch von polnischer Seite, zur Auswahl und Prüfung geeigneter Projekte ein Gremium von Fachleuten zu schaffen, damit sich Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen ... Ich messe der personalen Hilfe für Polen aus der Bundesrepublik ... eine ganz große Bedeutung zu.“

Die Absicht dieser wahnwitzigen Pläne ist die Rückverwandlung Polens in eine großdeutsche Billiglohnkolonie und Agrarkammer! Trotzdem gibt es immer noch Kreise selbst in der polnischen Regierung, die versuchen, „Gemeinsamkeiten“ mit diesem reaktionären Programm zu finden. Diese „Gemeinsamkeiten“ lassen sich nur in einer Frontstellung bei-

der Staaten gegen die Sowjetunion finden, und genau darauf hob der polnische Außenminister Skubiszewski ab, als er am 13.11. in der „Welt“ die fehlende Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die BRD beklagte, um dann zu bemerken: „Wir haben große Territorien im Osten verloren.“

Das wird man in Bonn aufmerksam registrieren. Bevor solche Bündnispläne aber Wirklichkeit werden können, muß erst einmal die DDR vernichtet werden. Genau dies kündigte Kohl der polnischen Regierung an, als er verkündete, man strebe nach „guter Nachbarschaft“. Bevor die BRD und Polen Nachbarn werden können, muß die DDR von der BRD annexiert worden sein!

Die Absicht der Bundesregierung, auf dem Weg dorthin die DDR mittels Einflußnahme in Polen weiter unter Druck zu setzen, hat durch die Kursänderungen der DDR-Regierung in den letzten Tagen nicht im geringsten an Bedeutung verloren. In seiner Bilanz der Polenreise und der (erhofften) Einbrüche in der DDR warnte Kohl am 16.11. im Bundestag ausdrücklich vor zuviel Euphorie: „Wir stehen erst am Anfang einer Entwicklung. Wir sind noch lange nicht am Ziel.“

Währenddessen profiliert sich Heiner Geissler als Propagandist für eine neue Polen-Kolonisation. In einem Gespräch mit der „Welt“ forderte er eine politische (keineswegs eine juristische) Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die CDU (nicht durch die Bundesregierung) und die Aufnahme der DDR in die EG, um dann als Ziel solcher Schritte zu nennen: „Wenn das so läuft, wie ich mir das vorstelle, können die Schlesier auch wieder nach Schlesien, und zwar nicht nur dorthin reisen, sondern auch dort wohnen und arbeiten.“

*

Es gibt ab und an Situationen, in denen die Reaktionäre ihre Möglichkeiten gewaltig überschätzen. Vieles spricht dafür, daß dies gegenwärtig der Fall ist. Die Widerstandskräfte sowohl in Polen wie in der DDR gegen ein solches revanchistisches Programm, gegen eine neuerrliche großdeutsche „Wiedervereinigung“ und Ostkolonisation sind vermutlich sehr viel stärker, als die Reaktionäre erwarten. Um diese Widerstandskräfte zu unterstützen, sind aber auch Aktionen in der BRD nötig, öffentliche Aktionen gegen den unverhüllt auftretenden Revanchismus der BRD, aber auch Beschlüßfassungen in den Gewerkschaften, die für die sofortige und bedingungslose Streichung der revanchistischen Präambel des Grundgesetzes und für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, der polnischen und sowjetischen Grenzen eintreten.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll vom 9. und 16.11.. Pressematerialien der Bundesregierung zu Kohls Polen-Reise — (rül)

Tarifforderung Metall

Mindestbeträge wären nützlich

Am 30. November 1989 faßt die baden-württembergische Tarifkommission als erste IGM-Metall-Tarifkommission Beschuß. Bis 8.12. folgen die anderen. Um „Zweistelligkeit“ bzw. „Sockelei“ vorzubeugen, trat „Bild“ bereits am 27.10. mit „acht Prozent“ die Flucht nach vorne an — garniert mit Gesamtmetall-Kommentar: „Deutlich zu hoch!“ „Fatal“, bestätigen die „Herbstgutachter“. Die „Fünf Weisen“ setzen in die „Welt“, 1990 würden die Nettoeinkommen über Steuerreform, Beschäftigungszuwachs und Tariferhöhungen um 9,5% wachsen. Devise: Forderungen drücken, den Rest als Selbstläufer hinstellen. Ansonsten schlagen sie den Kuhhandel vor Nachschlag und dafür erneut mehrjährige Tarifabschlüsse. Den „Horrorvorstellungen der IGM-Bezirksleitung Stuttgart“ zur Arbeitszeit stellt Hundt vom Verband der Metallindustrie (VMI) sein Flexi-Menü entgegen: Facharbeiter 40 Stunden, 6-Tage-Woche (Streichung des Betriebsrats-Vetorechts gegen Regelsamstagsarbeit), Jahresarbeitszeit, bessere Maschinenlaufzeiten, Lohn-, „Angebot“ drei Prozent.

In der Tat enthält der Manteltarif-Entwurf der IGM Stuttgart einige nützliche Ansätze. Leiharbeiter u.ä. sollen in Zukunft unter den Tarif fallen, Arbeitsverhältnisse sollen grundsätzlich unbefristet sein. Per Betriebsvereinbarungen zur „personellen Sollbesetzung“ soll Leistungsintensivierung im Zeitlohn- und Angestelltenbereich entgegengewirkt werden. Erstmals wird auch der Begriff „Normalarbeitszeit“ verwendet. Die regelmäßige Arbeitszeit dürfe acht Stunden täglich nicht überschreiten. Absicherung gegen Samstags- und Sonntagsarbeit versucht man so zu erreichen: „Soll die regelmäßige Arbeitszeit abweichend von dem tariflich ... vorgegebenen Rahmen vereinbart werden, so bedarf dies der Zustimmung der Tarifvertragsparteien.“ Sicher, der Druck auf die Betriebsräte wäre gemindert. Gefährlich ist es trotzdem, wenn die Kapitalisten wie erwartet blocken, und das (bisher nur in Baden-Württemberg und Westberlin erkämpfte) Vetorecht des Betriebsrats auch weg ist. Im jetzigen Tarifvertragsentwurf wäre es zumindest nicht mehr drin. Unbedingt raus müßten zusätzliche unnötige Einladungen wie die Formulierung „Erweiterte Nutzung der betrieblichen Anlagen durch Schichtarbeit“ in der Überschrift.

Schwäche bei den Lohn- und Gehaltsforderungen ist, daß sie in den IGM-Publikationen bisher fast nur mit der „ungegerechten Verteilungs- bzw. Gewinnsituation“, kaum mit den Reproduktionskosten der Arbeitskraft begründet werden. Obwohl die offizielle Teuerungsrate nochmals gezinkt wurde, ist sie in Baden-

Württemberg erneut auf 3,4% hochgeschnellt, für die Lohnabhängigen in Wahrheit viel mehr. Die IGM-Bezirksleitungen in Hamburg und Stuttgart haben acht bzw. acht bis neun Prozent empfohlen. Wie der Vorstand raten sie von Strukturforderungen ab. Man wolle die „Tarifbewegung nicht überfrachten“. Der Vertrauenskörper Graubremse Heidelberg ist für 120 DM Sockel plus 6%: „Wir sind überzeugt, daß für die gesamte Tarifbewegung mehr zu gewinnen ist, wenn auch bei der besonderen tariflichen Anhebung der unteren Lohngruppen die Auseinandersetzung gesucht wird.“ Die Vertrauensleute von ARB Kraftanlagen weisen darauf hin, „auch der Streik 1984 (habe) seine entscheidende Kampfkraft durch diese Beschäftigten erhalten“. Ähnliche Beschlüsse gibt es aus anderen, auch bayerischen und hessischen Betrieben. Nehmen sie zu, ist noch nicht entschieden, ob eine Acht oder Neun vor dem Komma, ob gekoppelt mit einem Mindestbetrag von z.B. 200 DM oder nicht als Forderung aufgestellt wird.
— (aro)

PKK-Prozeß Düsseldorf

A. H. Kaytan: Prozeß einstellen!

Im PKK-Prozeß vor dem OLG-Düsseldorf hat Ali Haydar Kaytan seine Erklärung zum Prozeß vorgetragen. Nachdem die Erklärung anfangs mehrfach grob falsch oder sinnentstellend übersetzt worden war, setzten die Angeklagten und ihre Verteidigung inzwischen ein anderes Verfahren durch: Den vom Gericht bestellten Dolmetschern liegt eine von den Dolmetschern der Verteidigung angefertigte schriftliche Übersetzung der Erklärung Kaytans als Hilfsmittel vor. So ausgerüstet, übersetzten die Dolmetscher nunmehr weitgehend richtig. Ob sich das Gericht an dieses Verfahren halten wird, bleibt abzuwarten. Nach Kaytan haben die Verteidiger mit ihren Begründungen für den Einstellungsantrag begonnen. Diese werden vermutlich bis nächste Woche vorgetragen sein.

Mit Ausnahme dieses Erfolgs dauern alle anderen Auseinandersetzungen um die Verfahrensbedingungen auch nach vier weiteren Verfahrenstagen weiter an. Die Anträge der Verteidigung auf Ablehnung der vom Gericht bestellten zusätzlichen Dolmetscher (mehrere von ihnen hatten schon im Vorverfahren für das Bundeskriminalamt gearbeitet) sind vom Gericht abgelehnt worden. Die „Unparteilichkeit“ der Dolmetscher sei gewährleistet, behauptete das Gericht. Auch die Anträge der Verteidigung, den Angeklagten Sicherungsverteidiger ihrer Wahl zu gestatten und die vom Gericht gegen den Protest der Angeklagten bestellten „Sicherungsverteidiger“ zu entpflichten, sind abgelehnt.

Immer wieder versuchen zudem Beamte des LKA, die Gespräche zwischen der Verteidigung und den Angeklagten zu belauschen. Als einer der Polizeibeamten auch noch eine Verteidigerin von einem der Mikrofone vor der Glastrennwand, durch das sie gerade mit einem Angeklagten sprach, wegschubste, beantragten die Verteidiger, die Vertraulichkeit der Besprechungen zwischen Verteidigung und Angeklagten wiederherzustellen. Anstatt über den Antrag zu entscheiden, unterbrach der Vorsitzende Richter die Verhandlung.

Auch die Postierung von Beamten zwischen den Angeklagten hält an. Mehrfach hat der Richter bereits gedroht, wenn die Angeklagten sich in Verhandlungspausen weiter unterhielten, würden sie künftig in solchen Pausen wieder in Einzelzellen geschafft. Jede Unterhaltung zwischen den Angeklagten, selbst flüchtige Begrüßungen, sollen weiter unterbunden werden. Die nächsten Verhandlungstage sind: 28., 29.11., 5. und 6.12., jeweils ab 9.15 Uhr.

Am 11.11. demonstrierten in Bielefeld 200 Personen gegen den Prozeß. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit von westdeutschen, türkischen und kurdischen Organisationen.

Quellenhinweis: Kurdistan-Rundbrief 24/89
— (rü)

Besoldungspolitik

Strukturänderung im Staatsapparat

Das Bundesinnenministerium hat einen Referentenentwurf angefertigt zum Besoldungsgesetz. Das Besoldungsänderungsgesetz ist den Länderregierungen mit dem Vermerk „vertrauliche Behandlung“ zugegangen und soll zum 1.1.1990 in Kraft gesetzt werden. In der Presse wird über die Inhalte des sogenannten Strukturgesetzes spekuliert, nur der Beamtenbund veröffentlichte einige Inhalte des Gesetzes und widerlegt die Aussagen der FDP, die Besoldungsänderung würde die unteren Besoldungsgruppen aus der Nähe der Sozialhilfe entfernen.

Für die Beamten aller Dienststellen in den Besoldungsgruppen A2 bis A4 sollen die *Grundgehaltssätze* um 40 DM angehoben werden, für A5 um 20 DM. Die Dienstaltersstufen werden bei A1 bis A4 auf acht verringert, bei A5 und A6 sollen sie um eine verringert werden. Das erhöht die Grundgehaltssätze um 6,22 DM bzw. 90,50 DM. Die *Harmonisierungszulage* von derzeit 67 DM in den Besoldungsgruppen bis A8 wird nicht erhöht, sondern lediglich ins Grundgehalt eingebaut.

Alle weiteren Änderungen der Besoldung gelten fast nur noch für Beamte im direkten Staatsapparat: der Polizei und dem Vollzugsdienst.

Die *Polizeizulage* von 60/120 DM wird

beinahe verdoppelt auf 120/200 DM. Sie soll auch ruhegehaltfähig werden.

Die *Erschwerniszulagen* für Dienste zu ungünstigen Zeiten sollen verbessert werden. Die höhere Zulage für Polizei und Justizvollzug soll auf alle Vollzugsdienste übertragen werden. Die Sonntagszulage wird auf 4 DM, die Nachtarbeitszulage auf 2,50 DM angehoben.

Zwei neue *Spitzenämter* werden im gehobenen und höheren Dienst eingeführt. A13 mit Zulage für Rechtspfleger in herausgehobenen Funktionen und A16 mit Zulage für Leiter großer Ortsbehörden. Das Aufsichtspersonal der kommunalen Verwaltung scheint noch nicht eng genug an die Aufsichtsbehörde gebunden zu sein und soll nun über diese gezielte Beser bezahlung geschmiert werden, natürlich erhält nur derjenige die Zulage, der nach Beurteilung des nächsten Vorge-

setzen sich darum verdient gemacht hat. Ein reibungsloses Funktionieren in den der Landesregierung unterstellten Verwaltungen soll erzielt werden.

Ein zusätzliches *Beförderungamt* soll es für die Beamten des mittleren Justizvollzugsdienstes (A8) zu erringen geben.

Das *Eingangsamt* für den technischen Beamten im einfachen Dienst wird von A3 auf A4 angehoben, für den mittleren Dienst von A5 auf A6. Diese Besserbezahlung erfolgt sozusagen unter dem Zwang des Konkurrenzdrucks zur freien Wirtschaft. Im Bericht der Bundesregierung zur strukturellen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts vom 17.10. 1988 wird diese Maßnahme schon bedauernd ins Auge gefaßt. Ungeklärt ist bei allen vorgenannten Maßnahmen, ob sie zeitlich begrenzt und je nach Änderung der Arbeitsmarktlage flexibel ge-

handhabt werden. Der Bundesbericht stellt dies in Aussicht.

Ansonsten regelt der Strukturbericht noch die Übernahme des Tarifvertrages für das beamtete Alten- und Pflegepersonal.

Man kann also nicht davon reden, daß eine Besoldungserhöhung geplant ist, sondern hier wird gezielte Strukturpolitik im wesentlichen für den Polizeiapparat betrieben; neben den laufenden Personalaufstockungen. Selbst dem Beamtenbund schwant nichts Gutes beim Strukturgesetz, und er meint, daß das erneute Herausgreifen des Polizeidienstes „problematisch“ sei, beläßt aber die Kritik bei „Ungereimtheiten“. Der DGB und die ÖTV fordern die Erhöhung der Zulagen auch für die Beamten bei Bahn und Post, ohne mit einem Wort die gezielte Besoldungsanhebung zu kritisieren. — (irs)

Schwangerschaftsabbruch

Weiteres zum Theißen-Urteil — Beratungsgesetz: Keine Einigung

Zahlreiche Entwicklungen der letzten Wochen sind festzuhalten:

Seit Anfang Oktober liegt das Urteil gegen Dr. Horst Theissen schriftlich vor. Er war am 5.5.1989 zu zweieinhalb Jahren Haft und drei Jahren Berufsverbot als Frauenarzt verurteilt worden. Aus dem Urteil geht nun hervor, daß Theissen in 20 Fällen wegen Verstoß gegen § 218b (Schwangerschaftsabbruch ohne vorhergehende Beratung) und § 219 (Abbruch ohne Indikationsstellung durch einen anderen Arzt) verurteilt wurde, obwohl diese Fälle bereits verjährt waren. Es gibt also auf jeden Fall eine Revision, sowohl von Seiten der Verteidigung als auch von der Staatsanwaltschaft.

Das Oberlandesgericht München hat das Berufsverbot gegen Dr. Theissen aufgehoben. Bis zur Rechtskraft des Urteils darf Dr. Theissen als Frauenarzt weiter praktizieren. Theissen sah sich mittlerweile gezwungen, Bayern zu verlassen, da die Regierung von Schwaben als zuständige Behörde ein Verfahren mit dem Ziel eingeleitet hatte, ihm die Approbation als Arzt (Erlaubnis zur selbständigen Ausübung des Berufes) zu entziehen.

Die Regierungsparteien haben den Entwurf für ein neues Schwangerenberatungsgesetz zurückgezogen. CSU und FDP konnten sich nicht auf ein einheitliches Vorgehen einigen. Das Vorhaben, noch in dieser Legislaturperiode auf gesetzlicher Ebene eine Verschärfung des § 218 zu erreichen, ist damit wohl gescheitert. Die Bayerische Staatsregierung hält allerdings weiterhin daran fest, im Jahre 1990 beim Bundesverfassungsgericht ihre Normenkontrollklage gegen die ihrer Ansicht nach zu liberale Handha-

bung des § 218 einzureichen. Das wurde auf der Versammlung des Landesverbands Bayern der „Christdemokraten für das Leben“ Anfang Oktober bekräftigt. Bei der Klage gehe es vor allem um die „Abtreibung auf Krankenschein“ sowie um das Beratungsverfahren.

Unter den Ärzten ist eine Debatte über den Schwangerschaftsabbruch in Gang gekommen: Die Landesärztekammer Hessen hat auf Antrag der Liste Demokratischer Ärzte ihre Berufsordnung im Juli 1989 geändert und den Satz aufgenommen: „Kein Arzt kann gegen sein Gewissen gezwungen werden, einen Schwangerschaftsabbruch ... zu unterlassen, wenn er im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten handelt“ (siehe unten).

Delegierte der Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte haben auf dem 42.

Bayerischen Ärztetag am 7./8.Oktober 1989 in Augsburg kritisiert, daß durch das Memminger Urteil und Verlautbarungen der Landesärztekammer Patientinnen und Ärzte, die einen legalen Schwangerschaftsabbruch ausführen lassen, in höchstem Maße verunsichert seien. Sie stellten die Forderung nach einem flächendeckenden Netz von Beratungsstellen und Abbruchmöglichkeiten auf (siehe Anlage). Im Laufe der Debatte verstieg sich der erste Vorsitzende und Delegierte des Ärztlichen Kreisverbands des München, Dr. Hartwig Holzgartner, zu der Äußerung, diese Forderungen seien ein „psychopathologischer Vorgang unter Leuten, die Lust am Töten haben“. Der Bayerische Ärztetag distanzierte sich nach heftigen Protesten der Angegriffenen von dieser Äußerung. Der Antrag der Demokratischen Ärzte wurde allerdings durch Nichtbefassung abgelehnt.

Der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ) hat in sein Programm eine Passage aufgenommen, die auf Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch hinzielt und auf Hilfsangebote für ungewollt Schwangere, wenn dies erwünscht ist. — (elf)



Auch die großen Demonstrationen konnten die erstinstanzliche Verurteilung Dr. Theissens nicht verhindern. Memmingen, 10. Sept. 1988

Beschlüsse gegen § 218 in der Ärzteschaft — Spendenaufruf

42. Bayer. Ärztetag 7./8.10.89
Entschließungsantrag der Liste
Demokratischer Ärztinnen und Ärzte
betr. § 218
 (durch Nichtbefassung abgelehnt)

Der Bayerische Ärztetag möge folgende Entschließung fassen: Der Bayerische Ärztetag ist besorgt über die Situation, in der sich Frauen und Ärzte befinden, die einen legalen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen bzw. ausführen.

Durch das Memminger Urteil gegen den Frauenarzt Dr. Theissen und durch Verlautbarungen von Vorstandsmitgliedern der Bayerischen Landesärztekammer sind Patienten und Kollegen auf das höchste Maß verunsichert.

Der Bayerische Ärztetag fordert, endlich die Voraussetzungen für die ordentliche Durchführung der geltenden Regelungen zu schaffen; dazu gehört ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen und Abbruchmöglichkeiten.

Begründung: Nach dem Memminger Prozeß besteht in der Ärzteschaft eine große Verunsicherung. Trotz bestehenden Rechts sind immer weniger Ärzte bereit, einer in Not geratenen schwangeren Frau die vom Gesetzgeber dafür vorgesehene Notlagenindikation zu bescheinigen — aus Angst, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Vor Gericht in Memmingen wurde im nachhinein den meisten Notlagenindikationen die Berechtigung abgesprochen. Die Zahl der Klinikbetten, in denen legale Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden können, nimmt ständig ab, aber die Zahl der in Not geratenen Frauen hat sich nicht verringert. Sie fahren wieder in andere Bundesländer oder ins Ausland.

Presseerklärung der Liste
Demokratischer Ärztinnen und Ärzte
Hessen vom Juli 1989

Neue hessische Berufsordnung für Ärzte: „Kein Arzt kann daran gehindert werden, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen.“

Die Berufsordnung enthält im § 5 den Passus: Kein Arzt kann gegen sein Gewissen gezwungen werden, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen. Dies wurde nun in Hessen — erstmals und einmalig in der Bundesrepublik Deutschland — ergänzt . . . noch ihn zu unterlassen, wenn er im Rahmen

der gesetzlichen Möglichkeiten handelt. Mit der Annahme des Antrags der Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte . . . ist es gelungen, die Gewissensfreiheit der Berufsausübung gegen eine Einflußnahme durch den Krankenhausträger abzusichern. Die politische Durchsetzbarkeit besonders gegenüber konfessionellen Krankenhausträgern ist damit allerdings noch keineswegs gelöst. Der Ärztin/dem Arzt, die an der Durchführung des legalen Schwangerschaftsabbruches gehindert wurden, wird aber mit der hessischen Berufsordnung zumindest in diesem Bundesland der Rücken gestärkt, und es kommt jetzt darauf an, die Berufsordnung auch in anderen Kammerbezirken anzupassen.“

Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ)

Der VDÄÄ hat auf seiner Jahrestagung am 30.09./1.10.89 folgende Passage einstimmig in das Programm aufgenommen:

„Die Angriffe auf die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper zeigen sich besonders deutlich in der sich weiter verschärfenden Diskussion um die Strafrechtsparagraphen 218/219, in der von einem grundsätzlichen Interessenskonflikt zwischen der schwangeren Frau und ihrer Leibesfrucht ausgegangen wird. Wir sehen in der Frau den effektivsten Schutz der Leibesfrucht und wenden uns gegen eine Argumentation, die nicht die biologische und psychische Einheit von schwangeren Frauen und Embryo zur Grundlage hat.“

Kriminalisierung von Frauen und ÄrztInnen verhindert keine Schwangerschaftsabbrüche, vielmehr ist die Folge, daß Frauen unter menschenunwürdigen, gesundheitsgefährdenden Bedingungen illegal ihre ungewollte Schwangerschaft abbrechen.

Aus dieser Erkenntnis heraus fordern wir die Streichung der §§ 218 u 219 aus dem StGB und stattdessen eine außerstrafrechtliche Regelung, die eine flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen und Möglichkeiten zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch sicherstellt. Es muß gewährleistet sein, daß kein Schwangerschaftsabbruch gegen den erkennbaren Willen der Frau vorgenommen wird, und daß kein Arzt/Ärztin dazu gezwungen werden kann, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, noch ihn zu unterlassen, wenn er im Rahmen der legalen Möglichkeiten handelt.“

Zur Prävention ungewollter Schwangerschaften fördern wir darüber hinaus die flächendeckende und kostenlose Bereitstellung von Verhütungsmitteln und entsprechende Beratung unter besonderer Berücksichtigung der Aufgabe, das Bewußtsein von Männern für die Verantwortung ihrer Zeugungspotenz zu schärfen.“

Spendenaufruf der Humanistischen Union

Sonderkonto Dr. Theissen, Kontonummer 1 700 678 604, Bank für Gemeinwirtschaft, München, Bankleitzahl 700 101 11

An alle Bürgerinnen und Bürger! Dr. Horst Theissen stand in Memmingen vor Gericht — angeklagt wegen illegaler Abtreibung und angeklagt, weil die Voraussetzungen für die Notlagenindikation bestritten wurden. Er erhielt am 5. Mai 1989 eine Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren ohne Bewährung und Berufsverbot für drei Jahre. Er wurde zur Übernahme der Verfahrenskosten verurteilt; der Haftbefehl bleibt bestehen, jedoch gegen hohe Kautionskosten ausgesetzt.

Die Revision, ein Gang zum Bundesgerichtshof, sind nicht allein für das Schicksal von Dr. Theissen von Bedeutung — obwohl auch das wichtig ist —, sondern es sind auch folgende Fragen zu klären:

1. Darf in solchen Fällen die gesamte PatientInnenkartei eines Arztes durchsucht, beschlagnahmt und so das Ärztegeheimnis unterlaufen werden? Ein Problem für alle — nicht nur für Drogen- und PsychiatriepatientInnen, sondern etwa auch für Grippekranke.

2. Darf „ärztliche Erkenntnis“, die auf dem vertrauensvollen Gespräch zwischen Arzt und Patient beruht, vom Gericht geprüft und verworfen werden?

3. Darf die „schwere Notlage“, die der Gesetzgeber im § 218 StGB den Frauen als Grund zum Schwangerschaftsabbruch zubilligt, praktisch vom Gericht verneint und damit die verfassungsmäßige Gewaltenteilung mißachtet werden?

Diese Fragen wirken weit über Memmingen hinaus, denn wir alle sind Frauen oder ihre Partner, ÄrztInnen, JuristInnen und jedenfalls DemokratInnen und als solche mit betroffen. Deshalb muß der Prozeß von Dr. Theissen qualifiziert bis zur höchstrichterlichen Ebene geführt werden können, was weitere Kosten verursachen wird. Die Last kann ein einzelner nicht tragen. Für die Kosten des Verfahrens zur allgemeinen Unterstützung von Dr. Theissen hat die Humanistische Union das oben angegebene Spendenkonto eingerichtet.

Wir alle sind betroffen — bitte spenden Sie reichlich! Vielen Dank!

Rentenreformgesetz

Regierung schafft Bevorzugte und Benachteiligte

Das am 9. November im Bundestag verabschiedete Rentenreformgesetz spielt eine wichtige Rolle im Vorfeld der Bundestagswahlen: Die Regierungskoalition zerlegt mit diesem Sozialgesetz die lohnabhängige Bevölkerung ein weiteres Mal nach solchen, die bevorzugt erscheinen, und solchen, die teuer dafür zahlen müssen. Die Opposition gegen das Gesetz war schwach: Die SPD hat (bis auf einige Abgeordnete aus Bayern) zum Beweis ihrer Regierungs- und Koalitionsfähigkeit mit der Union zugestimmt, die Grünen kritisierten vor allem die Frauenfeindlichkeit des Gesetzes und daß es Altersarmut bestehen lasse.

Unübersehbar, wie die Regierung „Junge“ und „Alte“ gegeneinander zu stellen versucht. Jede Maßnahme zur Rentensenkung, zur Erhöhung der Lebensarbeitszeit wird als Entlastung des „Beitragszahlers“ dargestellt; bis auf die Grünen gebrauchten alle Debattenredner im Bundestag die Metapher von der „Alterslast“, die in den nächsten Jahrzehnten die Gesellschaft bedrohen würde. Die Ver-

wandlung eines wahrscheinlich gar nicht existierenden sachlichen Problems — ist es in der BRD möglich, statt mit ca. 28 Millionen Erwerbstägigen auch noch mit vielleicht ein paar Millionen weniger eine Gesamtbevölkerung von 60 Millionen ausreichend zu versorgen? — in einen „Generationenkonflikt“ ist ausgefeimte Technik imperialistischer Herrschaft.

Der unten zitierten Äußerung des

CDU-Abgeordneten Günther kann man entnehmen, welche Lebensumstände die Regierung bevorzugen will und welche bestrafen: Das „volle Erwerbsleben“ sowie die dazugehörige „Lebensgemeinschaft“ werden als positive Zielvorstellung benannt. Die jetzt beschlossene Rentengesetzgebung verschärft den Gegensatz zwischen Leuten, die ihr Leben lang mehr oder weniger im Familienrahmen zubringen, und solchen, die es nicht können oder wollen. Dazu trägt bei:

Die Neuberechnung der Rentenhöhe nach den verfügbaren Nettoeinkommen. Die bisherige Berechnung der Rentenerhöhungen nach den Bruttoeinkommen wirkte wenigstens etwas dämpfend für jene, die ihr Leben lang ein niedriges Einkommen und damit eine niedrige Rente hatten: Die Rentenerhöhung unterlag fast nicht der Progression bei Steuer- und Versicherungsabzügen (wenigstens dem Grundsatz nach). Wenn künftig die Rente nach den Nettoeinkommen berechnet wird, sinkt sie relativ, in einigen Fällen sogar absolut. Damit wächst der Druck auf die Bezieher niedriger Einkommen,

Dokumentiert: Bundestag diskutiert über Rentenreform

Günther (CDU/CSU): ... Bei uns geht der weitaus größte Teil der erwachsenen Bevölkerung einer Erwerbstätigkeit nach. Er tut dies für die Dauer eines vollen Erwerbslebens, oder er ist durch eine Lebensgemeinschaft in entsprechender Weise abgesichert und trägt auch dann teilweise durch Erwerbsarbeit oder durch Familienarbeit zur gemeinschaftlichen Alterssicherung bei.

An dieser Verhaltensweise orientiert sich nach wie vor der weit überwiegende Teil der Bevölkerung, und an dieser Verhaltensweise orientiert sich auch unser Rentenversicherungssystem ... Daß eine kleine Minderheit die Gesellschaft verändern und nach völlig anderen Vorstellungen leben möchte, ist noch lang kein Grund, die von der gesamten Gesellschaft organisierte und getragene Alterssicherung auf die Minderheitenvorstellung auszurichten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

... Der Anteil und die Anzahl der alten Menschen nehmen aus zwei Gründen zu: Weil sich die Geburtenrate gegenüber den 60er Jahren drastisch vermindert, nahezu halbiert hat und weil ferner die Lebenserwartung erheblich gestiegen ist und weiter steigen wird. Das wirkt sich im System der dynamischen, an die Einkommensentwicklung gekoppelten Rente aus, denn dieses System funktioniert nur unter einer bestimmten unveränderlichen Voraussetzung: Die Renten werden immer im wesentlichen von den gerade erwerbstätigen Arbeitnehmern bezahlt ...

Daß der Gesetzgeber auf dem Sektor Lebensarbeitszeit reagieren muß, kann höchstens bestreiten, wer die Realitäten nicht wahrhaben will, meine Damen und Herren. Zu diesen Realitäten gehört, daß sich die *Lebensarbeitszeit* tendenziell vermindert hat, weil der Eintritt in das Erwerbsleben infolge längerer Ausbildungszeiten zunehmend hinausgeschoben ist. Eine zweite Realität ist die erheblich gestiegene und weiter steigende Lebenserwartung. Das ist gleichbedeutend mit einer längeren Rentenbezugsdauer und damit ansteigenden Rentenausgaben ...

Das Instrument der Lebensarbeitszeit hat für die Bewältigung der Zukunftsherausforderungen in der Rentenversiche-

rung mehr Bedeutung, als man sich auf manchen Seiten eingestehen will. Welche Chancen in unserem Flexibilisierungskonzept liegen, wird man in vollem Ausmaß erst bei schrumpfendem Erwerbspersonenpotential und gleichzeitig zunehmender Rentnergeneration erkennen. Mit diesem Instrument kann sich die Rentenversicherung nämlich wirksam selbst helfen, ohne das Einkommensniveau von Rentnern und Erwerbstägigen abzusenken ...

Dreßler (SPD): ... Mit dem jetzt vorgelegten gemeinsamen Gesetz von SPD, CDU/CSU, und FDP soll die *15jährige Turbulenzphase der Rentenversicherung* abgeschlossen werden. Es wird — so hoffen wir — künftig keine Notwendigkeit mehr bestehen, von Fall zu Fall mehr oder weniger willkürlich in das Rentenrecht einzutreten und mit immer neuen Finanztransaktionen für die Zahlungsfähigkeit zu sorgen.

Mit diesem Gesetz treffen wir vielmehr eine *ordnungspolitische Grundsatzentscheidung* über die angemessene und sozial ausgewogene Verteilung der künftigen Belastungen auf Renter, Beitragsträger und Staat ...

Der Rentenreformgesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP beruht auf einer *Hochrechnung der langfristigen demographischen Entwicklung und der Finanzierungslasten*, die sich daraus für die Alterssicherungssysteme ergeben. Die grundsätzliche Einschätzung des Konsolidierungsbedarfs und des Konsolidierungsvolumens hat sich seit der Einbringung des gemeinsamen Gesetzentwurfes nicht geändert,

(Zustimmung bei der SPD)

und zwar trotz guter Konjunkturlage und trotz leichter Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

... Auch die *Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern* gibt keinen Anlaß, von den Maßnahmen, die heute beschlossen werden sollen, abzurücken. Welches zahlenmäßige Ausmaß die Zuwanderung haben wird, kann niemand wissen. Aber selbst wenn sie anhalten sollte, wäre doch die finanzielle Entlastung, gemessen an der demographischen Alterslast, die wir zu bewältigen haben.

(Frau Unruh [fraktionslos]: Schluß mit „Alterslast“!) von untergeordneter Bedeutung. Sehr langfristig, wenn nämlich die jungen Aus- und Übersiedler, die heute zu uns kom-

einen Ausgleich zu versuchen, zum Beispiel, indem die Frau auf ihr gesamtes Leben gesehen länger arbeiten geht, womit für die Familie insgesamt wenigstens ein gewisser Ausgleich stattfinden kann. Der Vorteil für die Kapitalisten: Das Angebot an Arbeitskraft steigt, die Möglichkeiten, den Preis und langfristig den Wert der Arbeitskraft zu senken, nehmen zu. Das Problem erscheint aber so: Familiengründung geglückt = ausreichende Versorgung im Alter; oder ledig, geschieden, alleinstehend = Altersarmut. Der Familienzustand wird somit zum scheinbaren Grund für Lebensglück oder Lebensun Glück.

Die Unionsparteien haben durchgesetzt, daß unter den Familienzuständen ein besonderer nochmals begünstigt erscheint: Hausfrau sein während der Kindererziehung. Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten (drei Jahre je Kind) bei der Rentenberechnung ist auf den Elternteil beschränkt, der in den ersten Lebensjahren des Kindes nicht erwerbstätig ist. Die besonderen Lebensumstände, in die Leute geraten — Unterbre-

chung der Berufstätigkeit nicht möglich/nicht erwünscht aus finanziellen Gründen, wegen Laufbahnkonkurrenz, wegen Familienumständen (geschieden) etc. — werden staatlicherseits verfestigt und prämiert: gut und finanziell gefördert: Frau mit Kind(ern) zu Hause; alle anderen: schlecht, weil Sozialfall mit Ansprüchen auf besondere Einrichtungen zur Kindererziehung.

Die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre bzw. die Einführung der flexiblen Altersgrenze mit entsprechenden Rentenab- bzw. -zuschlägen setzt bei den bestehenden Unterschieden in der Arbeitsintensität und Arbeitsanspannung an. Relativ bevorzugt erscheinen Freiberufler, leitende Angestellte u.ä. Berufe, die bisher schon meist bis 65 Jahre gearbeitet haben, gegenüber jenen, die wegen vorzeitigem Verschleiß oder weil sie nicht den Erfordernissen des Arbeitsmarktes entsprechen, früher aufhören. Auch bei Frauen wird je nach Familiengründung und Familieneinkommen die Heraufsetzung der Altersgrenze ganz unterschiedlich wirken: als bittere Notwen-

digkeit bei jenen, die nicht in die entsprechende „Lebensgemeinschaft“ eingebettet sind; als belanglos, bei jenen, die bereits jetzt — worauf die Statistik hinweist — mit 50 oder 55 Jahren die Erwerbstätigkeit einschränken oder ganz aufgeben können.

Die Einbindung der Sozialdemokratie in die Rentenreform war für die Kapitalisten wichtig: Dem Risiko, daß die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu Forderungen der Arbeiterbewegung nach entsprechender allgemeiner Einschränkung bei der Verausgabung von Arbeitskraft führt oder dazu, daß noch viel mehr Leute, eine Rente wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit beantragen, soll, wie der Abgeordnete Dreßler ankündigt, mit weiterer Gesetzgebung vorgebeugt werden. Die angekündigten „Sonderregelungen“ für Schichtarbeiter usw. lassen befürchten, daß von der SPD Widerstand gegen intensivste Vernutzung der Arbeitskraft in kurzer Zeitdauer nicht beabsichtigt ist.

Quellenhinweis: Gesetzentwurf in BtDrS. II/5490; Plenarprotokoll II/174 — (alk)

men, selbst im Rentenalter sein werden, kehrt sich der Entlastungseffekt sogar in eine Mehrbelastung um ...

Die Frage der *Verlängerung der Lebensarbeitszeit* hat in der öffentlichen Diskussion dabei eine besondere Rolle gespielt. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Entscheidung sehr, sehr schwierig gewesen. Wir haben zwar keinen Zweifel daran gelassen, daß die Erhöhung der Altersgrenzen langfristig aus demographischen und finanziellen Gründen unausweichlich ist ...; aber wegen der auf längere Sicht ungewissen Auswirkungen auf die noch immer hohe Arbeitslosigkeit hätte die SPD derzeit noch auf eine gesetzliche Regelung verzichtet ...

Keiner der Fachleute bestreitet, daß das *Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrecht* in den neunziger Jahren neu geordnet werden muß ... Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit in 16 Jahren haben wir zugleich die sozialpolitische Verpflichtung übernommen, zukünftig auch zu verhindern, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den Belastungen des längeren Arbeitslebens überfordert werden ... Aus sozialdemokratischer Sicht haben wir selbstverständlich die Forderungen nach Sonderregelungen für Beschäftigte in gesundheitlich besonders belastenden Berufen und Tätigkeiten, z.B. für Schichtarbeiter, einzubringen ...

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): ... Für die Zustimmung der Liberalen sind folgende Gründe maßgebend:

Erstens. Wir haben die Rentenreform in dieser Legislaturperiode für notwendig gehalten, weil die notwendigen *Anpassungen an die demographische Entwicklung* rechtzeitig erfolgen müssen. Was die Begründung anbelangt, so verweise ich hier auf Ausführungen von Herrn Günther und Herrn Dreßler. Sie sind hundertprozentig zutreffend.

... Wir können keine *Lebensstandardsicherung* garantieren. Das muß durch die *zweite und dritte Säule* geschehen. Ich glaube, daß die Menschen inzwischen auch in der Lage sind, für die zweite und dritte Säule einen angemessenen Beitrag zu zahlen. Ich möchte das heute hier wiederholen, weil wir nicht mit Illusionen in die zukünftigen Rentenversicherungsjahre gehen dürfen.

Wir müssen deswegen die Rahmenbedingungen für die *private Altersvorsorge* wie auch für die *betriebliche Altersvorsorge* verbessern ...

Meine Damen und Herren, ich möchte auch die Frage der

Lebensarbeitszeit nicht ausklammern ... Die *flexiblere Gestaltung* des Zeitpunkts, ab wann jemand in den Ruhestand treten kann, muß jedem überlassen bleiben. *Teilrente und Teilzeitarbeit* sind humaner und entlasten die Rentenversicherung stärker als das alte System.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)
Darüber hinaus sind meines Erachtens zusätzliche Maßnahmen sinnvoll und erforderlich: die Intensivierung der beruflichen Bildung, adäquate medizinische Rehabilitation und der Abbau von Belastungen im Arbeitsleben gerade für ältere Arbeitnehmer. Hier sind die Sozialpartner gefordert ...

Hoss (Grüne): ... Diese Frage steht hier zur Debatte, nämlich zu untersuchen, ob diese Rentenreform eine sozial ausgewogene Lösung darstellt und vor allen Dingen die an den Rand unserer Gesellschaft gedrängten Menschen einbezieht und auch für sie Lösungen findet, die man vertreten und tragen kann. Wenn das gelungen wäre, dann wären wir Grüne mit in diesem Konsens drin.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wissen aber, daß das nicht geschehen ist, daß der vorliegende Gesetzentwurf weder die Frage der Armut alter Menschen noch das Problem der eigenständigen Sicherung der Probleme der Frauen im Rentensystem, noch die Frage der Harmonisierung des Rentensystems anpackt ...

Ich habe gesagt, daß wir in dieser Ausschusssitzung einen Antrag gestellt haben, der darauf hinausläuft, für die Menschen, die unter 900 Mark monatlich haben und damit zu rechtkommen müssen, die *Mindestsicherung von 1200 DM im Monat* zu erreichen. Wir haben das diskutiert. Die Regierungskoalition hat das abgelehnt ... Die SPD hat uns vorgehalten, daß sie es in ihrem schönen Programm stehen hat und daß sie das irgendwann im Jahre 2000 lösen wolle ...

Natürlich muß man, wenn man die Rentenreform angeht, auch danach suchen: Wie können wir die Lasten, die da entstehen und die wir ja nicht bestreiten — Verschiebung der Altersgrenzen — verteilen? Da haben wir gesagt: Wir müssen die Lasten auf alle Mitglieder dieser Gesellschaft verteilen. Wir müssen auch die Selbstdändigen, wir müssen die Unternehmer, wir müssen die Beamten beitragspflichtig machen, in das System einbeziehen und die Lasten, die gesellschaftlich vorhanden sind, auf die ganze Gesellschaft verteilen ...

Bundestag, Plenarprotokoll II/174, 9. Nov. 1989

El Salvador

Offensive der FMLN gegen Arena-Regime und Militär

Seit 10 Jahren befindet sich El Salvador in einer Kriegssituation. Die FMLN ist zu einer der stärksten und best-organisierten Befreiungsbewegungen angewachsen. Die Massenbewegung hat sich verbreitert und radikaliert. Alle unterdrückten Schichten des Landes beteiligen sich am Kampf. Sämtliche Befriedungsprogramme und Aufstandsbekämpfungskonzepte sind in den letzten Jahren gescheitert.

Im März diesen Jahres wurden sog. Wahlen abgehalten. Unter minimaler Wahlbeteiligung ist die faschistische Arena-Partei mit dem Präsidenten Cristiani an die Macht gekommen. Diese Partei ist berüchtigt durch ihre direkte Verbindung mit den Todesschwadronen. Das prominente Parteimitglied D'Abuisson gilt als Chef dieser Terrorkommandos, deren Aktivitäten gegen die Zivilbevölkerung nach dem Regierungswechsel dramatisch zugenommen haben. Seit dem Amtsantritt von Cristiani sind auch die salvadorianischen Streitkräfte verstärkt an repressiven Aktionen und Massakern gegen die zivile Opposition beteiligt.

Aufgrund dieser zugespitzten Situation überschlagen sich in den letzten Wochen die Ereignisse in El Salvador. Der Be-

freiungskampf ist in eine entscheidende Phase eingetreten.

Nach den faschistischen Attentaten am 31. Oktober auf die Büros der Massenorganisationen (das Büro der Gewerkschaft FENASTRAS und das der Mütterkomitees COMADRES), bei denen zehn Menschen getötet wurden und sehr viele verletzt wurden, war das Maß übervoll. Es gab bis in die christdemokratischen Gewerkschaften hinein heftige Proteste und Kritiken gegen die Massakerpolitik des Arena-Regimes. Als Folge davon riefen sämtliche Gewerkschaftsorganisationen dazu auf, den Aufstand zu organisieren. In dieser Situation begann die FMLN am 11. November die nationale Militäroperation „Faschisten raus — Febe Elizabeth lebt“ — in Erinnerung an die Gewerkschaftsführerin Febe Elizabeth Velasquez, die durch das Attentat auf FENASTRAS getötet wurde.

Die Offensive der FMLN hat zum Ziel, ein anderes Kräfteverhältnis zu schaffen, um die Arenaregierung zu einer politischen Verhandlungslösung zu zwingen (nachdem die letzten beiden Dialogrunden im September und Oktober dieses Jahres ergebnislos verlaufen waren), um den Krieg und die Massaker gegen das

salvadorianische Volk endgültig zu beenden.

Direkt in den ersten Tagen ihrer Offensive konnte die FMLN die Hälfte der Hauptstadt und acht von 14 Provinzen erobern. Sie kontrolliert wichtige Hauptverkehrswege und hat durch Sabotageaktionen die Stromversorgung für das ganze Land außer Kraft gesetzt.

Der Aufruf der FMLN an alle Menschen, sich zu erheben und den Aufstand zu organisieren, wurde weitaus mehr als erhofft und gedacht befolgt. Ein direktes Zusammenkämpfen findet überall statt. Die Guerillas zeigen der Bevölkerung, wie sie sich am besten vor den Bombardements schützen kann, und umgekehrt wird die FMLN aktiv von der Bevölkerung unterstützt. Tausende haben sich in die Befreiungsbewegung eingereiht oder helfen mit beim Bau von Barrikaden, kümmern sich um Verpflegung und Medizin. Der Aufruf zum Streik ist so gut wie vollständig befolgt worden.

Die Antwort der Oberkommandos der Streitkräfte und der Arena-Regierung ist verzweifelt, mörderisch, völkermörderisch. Anfangs war sie nur zögernd, dann haben sie sich offen auf ihre Hauptschlakraft, nämlich die Bombardements der Zivilbevölkerung, gestürzt.

Inzwischen werden bis zu 500 Pfund schwere Bomben und Phosphorbomben abgeworfen, so daß ganze Stadtviertel dem Erdboden gleichgemacht werden und/oder brennen. Hunderte von Menschen sind dabei umgekommen. Das Militär läßt das Internationale Rote Kreuz

Kommuniques der FMLN zur gegenwärtigen Offensive

„Die FMLN hat seit 1981 wiederholt auf der Notwendigkeit einer politischen Lösung des Krieges insistiert. Diese Anstrengungen sahen sich dem erklärten Widerstand der Armee und der rechtsextremen Sektoren des Landes gegenüber, die in Wahrheit die totale Macht behalten haben. Wir unterbreiten Dutzende von Verhandlungsvorschlägen, bei denen wir große Flexibilität in unseren Positionen zeigten, obwohl die militärische Realität bewies, daß wir unbesiegbar waren. Der jetzigen Arena-Regierung unterbreiteten wir einen Vorschlag, der eine reale Friedensperspektive eröffnete. Trotzdem war die Antwort eine Zunahme der Repression durch Folter und Morde, die in dem Massaker an den Mitarbeiterinnen von FENASTRAS gipfelte.“

Die Regierung wies in Wort und Tat unsere Verhandlungsvorschläge zurück und vertiefe die wahren Gründe des Krieges durch eine Verschärfung der sozialen Krise und Schließung der politischen Spielräume der Massenorganisationen.

Angesichts dieser Gefahr, die nicht nur eine friedliche Lösung des Krieges verhinderte, sondern auch mit neuen Massakern und Menschenrechtsverletzungen an unserem Volk drohte, beschloß die FMLN,

eine energische und strategische Militäroffensive zu starten, um den Faschisten Einhalt zu gebieten und die Möglichkeit zur Beendigung des Krieges zu eröffnen.

Am 11. November, 20 Uhr, begannen deshalb unsere Einheiten den Kampf gegen die Ziele des Feindes, wobei sich dessen Sicherheitsvorkehrungen als völlig unzureichend erwiesen. Trotz ihrer zahlenmäßigen und kriegstechnologischen Unterlegenheit haben unsere erfahrenen Kämpfer alle Ziele mehr als erfüllt und lieferten eine der siegreichsten Schlachten in der Geschichte des Volkskrieges. In weniger als 15 Stunden übernahmen wir die Kontrolle von strategischen Punkten, vernichteten Dutzende von feindlichen Einheiten, machten Gefangene, eroberten Waffen und zerstörten Panzer und Flugzeuge.

Nach 4 Tagen ununterbrochener Kämpfe haben unsere Einheiten alle feindlichen Gegegnangriffe zurückgeworfen und neue Positionen erobert. Tausende von Stadtbewohnern haben begonnen, sich am Aufstand zu beteiligen und unsere Einheiten zu unterstützen. Neue Kämpfer haben sich unseren Reihen angeschlossen.

Angesichts dieser Situation hat die Arena-Regierung und die Clique von korrupten Offizieren, auch als La Tandona bekannt (Anm.: Zur Tandona gehören sämtliche Offiziere, die 1966 den 35. Offizierslehrgang der Militärakademie absolvierten. Die

Mehrheit dieser Offiziere hat sich durch Korruption bereichert. Sie sind beteiligt oder direkte Drahtzieher der Repression und Kriminalität. Sie besetzen die strategischen Positionen innerhalb der Armee: Verteidigungsministerium, Generalstab der Armee, Luftwaffe.), die an der Spitze der Armee steht, damit begonnen, die Bevölkerung massiven Bombardierungen auszusetzen.“

Kommuniqué des Oberkommandos der FMLN

„1. Wir weisen alle unsere Einheiten an, die eingenommenen Positionen zu halten und den allgemeinen Aufstand unseres Volkes zu organisieren, sowie alle Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen für die Bevölkerung zu ergreifen.“

2. Wir rufen das Volk dazu auf, sich zu erheben und sich den Kämpfern anzuschließen, sich in allen möglichen Formen zu beteiligen sowie Gebrauch von allen zur Verfügung stehenden Waffen zu machen, die geeignet sind, sich zu verteidigen und den Feind anzugreifen.

3. Wir deklarieren, ab Bekanntgabe dieses Kommuniques, alle Zonen in den Departementen Morazan, San Miguel, La Union, Usulutan, Cuscatlan, Chalatenango, San Vincente und Cabanas, die unter unserer Kontrolle stehen, zu durch das Volk befreiten Gebieten. Das bedeutet, daß unsere



Eine Einheit der FMLN

nicht durch, um die Toten und Verletzten abzutransportieren.

Nächtliche Bombardements werden von US-Piloten geflogen. Aufgrund des Drucks der US-Regierung auf die mittelamerikanischen Heere, daß sie in den salvadorianischen Krieg eingreifen sollen, kam am 15. November aus Guatemala die Spezialtruppe Caibiles nach El Salvador. Ebenso hat die US-Regierung sofortige Waffenhilfe bereitgestellt und Schiffe ihrer Flotte in Richtung salvadorianische Küste befehligt mit der Order, eine zweite Revolution in Zentralamerika zu verhindern.

Auch die BRD stützt diese Politik massiv. In diesem Jahr bekommt das Arena-Regime von der BRD 60 Mio. DM. Die BRD ist einer der größten Handelspartner des Regimes. Eine weitere Verbindung läuft über die diversen Stiftungen von CDU, CSU, FDP und SPD. So hatte die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU Regierungschef Cristiani zu ihrer „10. Jahrestagung für Politik und Strategie“ vom 19. bis 21. November in München eingeladen, um dort über „Die Zukunft der Demokratie in Zentralamerika“ zu referieren. Dieser Besuch wird wegen der Entwicklung nun wohl ausfallen.

Kräfte gemeinsam mit dem Volk in allen Gemeinden dieser Gebiete jetzt damit beginnen, Volksregierungen zu organisieren. Zur gleichen Zeit müssen unsere Verbände, die Territorium in den Städten kontrollieren, ihren Kampf verstärken, um die Kontrolle des gesamten Landes sicher zu stellen.

4. Wir appellieren an die ArbeiterInnen, ihre Arbeit niederzulegen, um den Kampf zu erweitern und zur Schwächung der Arena-Regierung beizutragen. Der Streik bietet allen die Möglichkeit, sich am Kampf zu beteiligen. Der Transportstreik und die Sabotage an der Energieversorgung werden fortgesetzt, die Tankstellen bleiben weiter geschlossen. Das bedeutet, daß die Bevölkerung sich auf diese Situation vorbereiten muß. Wir warnen die Unternehmer davor, ihre ArbeiterInnen zu zwingen, zur Arbeit zu erscheinen, da unsere Einheiten angewiesen sind, die Einhaltung dieser Anordnungen mit allen Mitteln zu garantieren.

5. Wir bitten die Weltöffentlichkeit und die humanitären Organisationen, daß sie den Opfern der Bombardierungen Hilfe leisten und die Zivilbevölkerung beim Bau von Schutzanlagen und -unterkünften gegen die kriminellen Bombardierungen, die von der Cristiani-Regierung und den Oberbefehlshabern der Armee angeordnet werden, unterstützen.

6. Wir rufen sämtliche politischen und

sozialen Kräfte des Volkes, die Volksorganisationen und die privaten Unternehmer auf, daß sie in diesem Moment ihre historische Rolle erfüllen und an einer demokratischen Lösung für unser Land mitarbeiten, die den dauerhaften Frieden bringen wird.

7. An die Offiziere und Truppen des salvadorianischen Heeres richten wir einen patriotischen Appell, daß sie es nicht zulassen, daß die La Tandona, die ARENA oder die Interessen der Vereinigten Staaten sie zu weiteren Zusammenstößen mit ihrem Volk treiben und ihre Hände mit Blut beflecken. Wir betrachten diese Kräfte der Armee nicht als unsere Feinde und sind bereit, mit denen Frieden zu schließen, die Gerechtigkeit und Unabhängigkeit und eine wahrhaftige Demokratie wollen.

Der gemeinsame Feind unseres Volkes und aller sozialen und politischen Kräfte sind die Tandona, die sich durch den Krieg bereichert hat, und die Todesschwadronen der ARENA. Diese bekämpfen den Frieden, die Demokratie und sind die, die kein gerechtes System wollen.

Oberkommando der FMLN. Die Kommandanten: Salvador Sanchez Ceren, Francisco Jovel, Eduardo Sancho, Schafick J. Handal, Joaquim Villalobos. El Salvador, 13.11.89.“

Radio Farabundo Martí und Radio Venceremos, die beiden Sender der FMLN, strahlen derzeit gemeinsame Programme aus. Sie informieren die Bevölkerung über die aktuelle Situation und rufen sie zur Integration in die Kämpfe auf.

Arena und die Streitkräfte haben der salvadorianischen Presse einen Maulkorb angelegt. Den Journalisten ist jede freie Betätigung untersagt, die gesamte salvadorianische Presse ist gleichgeschaltet. In allen Medien wird die Propaganda der Armee gesendet und verbreitet.

In dieser Situation haben die beiden Radios der FMLN eine Schlüsselstellung inne. Sie sind derzeit die einzigen, die der Propaganda von Regierung und Streitkräften effektiv mit authentischer Information entgegentreten und die gesamte salvadorianische Bevölkerung über die tatsächlichen Vorgänge informieren.

Damit die Radios ihre Sendekraft verstärken können, wird dringend Geld gebraucht. Spendet Massenhaft!

Konto: Karl Müller, K.-Nr.: 2106 872 500, BfG Köln, Blz.: 370 101 11 — (a.g.)

VR China

Schuldenkrise droht

Zehn Jahre Reformpolitik, in denen die Öffnung für den Weltmarkt gesucht wurde, haben die VR China, ehemals nahezu schuldenfrei, bei den Imperialisten tief in die Schulden geraten lassen. Im März 89 erreichten die Auslandsschulden 42 Mrd. \$. Nach den Juni-Ereignissen, als die Weltbank Kredite zu vergleichsweise günstigeren Bedingungen und langen Laufzeiten einfror und auch die imperialistischen Großbanken mit der Vergabe neuer Kredite zögerten, sah sich die VR China bereits vorübergehend nicht in der Lage, die fälligen Schuldendienstzahlungen zu leisten. Im August kündigte die Zentralregierung an, die Schulden durch erweiterten Export pünktlich zahlen zu wollen. Damit jedoch zieht sie das Land erst recht in einen Teufelskreis, der immer schwerer zu durchbrechen sein wird.

In den ersten Jahren der Reformpolitik hatte China vor allem langfristige Kredite aufgenommen, mit denen die traditionellen Großbetriebe modernisiert und auf Export ausgerichtet werden sollten. Die schnell steigende Verschuldung verstärkte wiederum den Zwang, den Export auszuweiten, um die Schuldendienstquote (Anteil der Tilgung an den Exporterlösen) zu senken, die binnen kurzem auf deutlich über 10% geklettert war. China begann in der ersten Hälfte der 80er Jahre mit der Anwerbung ausländischen Kapitals und der Einrichtung von exportorientierten Sonderzonen, in die nun ein zunehmender Teil der auf dem Weltmarkt neu aufgenommenen Kredite gelenkt wurde. Auf die Joint-ventures ent-

fallen heute 23% der chinesischen Auslandsschulden!

In diesem Jahr jedoch weist der Export die erwartete Steigerungsrate bei weitem nicht auf. Gleichzeitig mußte China infolge der Krise seiner landwirtschaftlichen Produktion große Nahrungsmittelkäufe auf dem Weltmarkt tätigen, seine Importe nahmen außergewöhnlich zu. Das Handelsbilanzdefizit lag im Mai 1989 mit 4,64 Mrd. \$ um das Sechsfaire höher als im Vergleichszeitraum 1988 und wird sich nach Schätzungen bis Jahresende womöglich verdoppeln. Der schroffe Rückgang des Tourismus in diesem Sommer verschärft die Devisenprobleme und trifft die Wirtschaft um so härter, als in den vergangenen Jahren ein erheblicher Teil der Kredite (1987 z.B. 16%) für Hotelbau verwandt wurden.

Die imperialistischen Großbanken, die in den ersten Jahren der Reformpolitik mit verhältnismäßig günstigen Kreditangeboten lockten, ziehen jetzt die Dauermenschauben an. Sie wissen, daß China, wenn es seine Devisenreserven nicht aufbrauchen will, unter den gegebenen Bedingungen neue Auslandskredite wird aufnehmen müssen, um die Schuldendienstzahlungen leisten zu können. Für neue Kredite aber wird China, so wird auf den internationalen Finanzmärkten propagiert, mindestens 1% mehr zahlen müssen als bisher.

Quellen: China aktuell, Juli 1989; Das neue China 5-6/89 — (scc)

Norwegen

Regierungsantritt der Konservativen

Wegen ihrer enormen Wendung nach rechts und ihrer gesteuerten ökonomischen Krisenpolitik erlitten die Sozialdemokraten bei den norwegischen Parlamentswahlen im September ihre größte Niederlage seit 1945. Diese Niederlage kam hauptsächlich als eine Reaktion auf die zwei Lohngesetze in 1987 und 1988, die eine Vereinbarung waren zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die Opposition, die auf die sozialdemokratische Politik reagierte, ging hauptsächlich nach links und stärkte die Sozialistische Linkspartei, die die größten Zuwächse bei den Wahlen erreichte. Aber diese Drehung nach links bricht nicht mit der sozialdemokratischen Ideologie der Klassenzusammenarbeit.

Der zweite Verlierer bei den Wahlen ist die Konservative Partei Hoeyre, die sieben Sitze im Parlament verlor. Für die beiden Zentrumsparteien, die Bauernpartei und die Christliche Partei, ergaben die Wahlergebnisse keine großen Veränderungen. Die extrem rechte Fortschrittspartei gewann 18 neue Sitze und ist jetzt mit 20 Abgeordneten vertreten. Wenn man aber dieses Resultat mit den Wahlergebnissen der Lokalwahlen in 1987 ver-

gleicht, hat sie nur einen kleinen Zuwachs erreicht. Vor den Wahlen annoncierten die drei konservativen Partei Hoeyre, Bauern- und Christliche Partei, daß sie eine Koalitionsregierung bilden würden. So ist es auch geschehen. Aber dieser Block hat im Vergleich zum letzten Parlament Sitze verloren. Die drei Parteien mußten während der letzten Parlamentsperiode die Regierung an die Sozialdemokraten übergeben. Damals wurden sie durch die Stimmen der Fortschrittspartei gestützt. Nun wollen sie eine Regierung bilden, die noch stärker von der Fortschrittspartei abhängig ist. Dies bedeutet, daß der Einfluß der Fortschrittspartei auf die Regierungspolitik in Norwegen gefährlich groß ist.

Welche Aufgaben stellen sich für die Regierung? Erstens steht die neue Regierung vor der Frage, wie sie sich zur Entwicklung in Europa und speziell zur EG verhalten will. Die Konservative Partei ist durch ihr Programm verpflichtet, für eine norwegische Mitgliedschaft in der EG einzutreten. Die Bauernpartei ist aber gleichzeitig von ihrem Programm an Händen und Füßen gebunden gegen einen EG-Beitritt. Die Fortschrittspartei hat für außenpolitische Fragen keine klaren programmatischen Standpunkte. In der EG-Frage befürwortet sie eine neue Volksabstimmung. Wie verhält sich dies zu der von den Sozialdemokraten gestarteten EG-„Harmonisierung“, einer Annäherung an die EG, die zusammen mit der sozialdemokratischen Regierung in Schweden über die EFTA gehen soll? Der Plan der Sozialdemokraten war, daß die EFTA über nationale Strukturen bekommen sollte, die sich auf vier Ebenen an die Strukturen der EG anpassen sollten, auf der Ebene des Ministerrats, der Kommission, des Parlaments und des EG-Gerichtshofs. Die Monopolbourgeoisie in Norwegen war hauptsächlich mit dieser Strategie der Sozialdemokraten zufrieden. Vor den Wahlen unterstützten Teile dieser Monopolbourgeoisie die Sozialdemokraten, weil sie eine Kontinuität in der EG-Politik haben wollten.

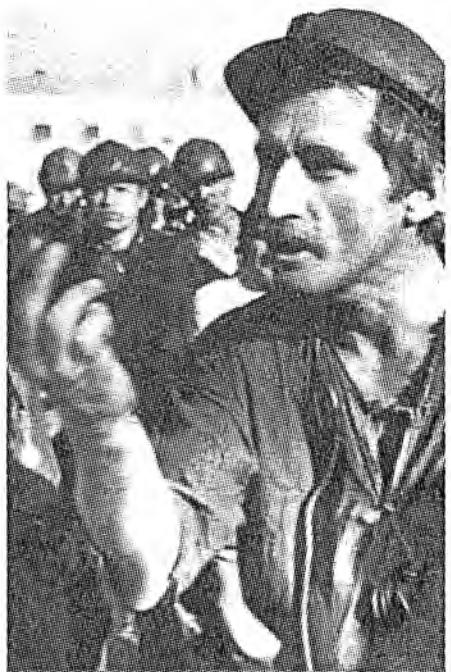
Ein anderes Problem für die Regierung in der kommenden Zeit ist die Frage der Veränderung des Abtreibungsgesetzes, das jetzt Abtreibungen bis zum dritten Monat straffrei macht. Jetzt wollen die christlichen Kräfte in der Christlichen Partei und in der Konservativen Partei das Recht der Frauen auf Abtreibung begrenzen durch die Einführung von ärztlichen Beratungsgruppen. Sie versuchen, dadurch das Recht der Frauen, über eine Abtreibung zu entscheiden, zu begrenzen. Die Fortschrittspartei führte im Wahlkampf eine harte Kampagne gegen die alleinstehenden Mütter. Sie seien eine große Belastung für die Gesellschaft und hätten in ihrer Situation, die selbstverschuldet sei, eine Abtreibung durchführen können, behauptete sie. Wie wird sich diese Partei nun zu dem Angriff der Reaktion auf das Abtreibungsgesetz verhalten? — (o.s.)

Sowjetunion

Zweiter Streik der Bergarbeiter

Der Streik in zahlreichen Gruben im Kohlerevier von Workuta scheint am 20.11. vor dem Ende zu stehen. In sieben von 13 Gruben haben die Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen, in den übrigen wollen sie den Streik noch fortführen, bis die Zusagen — u.a. Erhöhung des sog. „Nordzuschlags“ für die Bergarbeiter in den Revieren am Polarkreis, Rücknahme gerichtlich verhängter Strafgelder gegen die Streikenden — schriftlich vorliegen.

Die Bergarbeiter waren im Oktober erneut in den Streik getreten, um die Durchführung aller Zusagen einzufordern, den die zuständigen Ministerien nach dem Streik im Sommer hatten ma-



chen müssen. Wie weit dies gelungen ist, ist gegenwärtig nicht klar. Auch ist gegenwärtig nicht abzusehen, ob sie die wegweisenden Ergebnisse dieses großen Streiks haben verteidigen und festigen können, die die Zentralregierung rückgängig zu machen versucht.

Damals hatten die Streikenden zahlreiche Forderungen erhoben, die die Entwicklung der Wirtschaft und der Lebensbedingungen auf örtlicher und regionaler Ebene betreffen. Nach weitgehenden Zusagen und dem Ende des Streiks hatten sie ihre Streikkomitees nicht aufgelöst, sondern mit ihrer Hilfe Einfluß auf die örtliche und regionale Verwaltung genommen. Die „Zeit“ schrieb am 4.8.:

„Im westsibirischen Meschduretschensk ... herrschte am vergangenen Wochenende nahezu Hochstimmung. Das Parteikomitee der 100 000-Einwohner-Stadt hat den örtlichen Arbeiter-Ausschuß als ‚gesellschaftliche Organisation‘

anerkannt. Er hat damit praktisch den Status einer unabhängigen Gewerkschaft erhalten und kontrolliert nun als gleichrangiger Partner, wie die Vereinbarungen der Arbeiter mit der Regierungskommission erfüllt werden. Fünfzehn Vertrausleute sind dafür — vorerst für drei Monate — von ihren Betrieben freigestellt worden. Sie bekommen ihren Lohn weiter ausgezahlt. Gestützt auf Fachleute werden sie die ultimativ beanspruchte und jetzt in den Statuten festgelegte Mitsprache der Streikkomitees in der Stadtverwaltung wahrnehmen.“

Eine der Streikforderung war damals gewesen, die Zahlung der Kohlebergwerke an die kommunalen Haushalte drastisch zu erhöhen: Die zuständigen Ministerien mußten zustimmen, sie zu verdoppeln. Zugleich arbeiteten die Komitees der Bergarbeiter ihre Vorstellungen über die Verwendung der Haushaltssmittel aus. Sie verlangen vor allem den Bau kommunaler Einrichtungen, z.B. von Krankenhäusern, und die Beschleunigung des kommunalen Wohnungsbaus. Sie kritisierten die Tätigkeit der örtlichen und regionalen Sowjets und verlangten die Vorverlegung der kommunalen Wahlen von Februar auf den November.

Nicht lange vor Beginn des zweiten Streiks hatte der Oberste Sowjet ein Streikgesetz verabschiedet, das den Gewerkschaften auf der einen Seite Mitsprache- und Kontrollrechte zubilligt, die weit über die Möglichkeiten z.B. des DGB hinausgehen, auf der anderen Seite jedoch das Streikrecht gleich stark eingeschränkt. Gestützt auf dieses Gesetz haben Regierung und Justiz versucht, den neuerlichen Streik zu illegalisieren und die fortexistierenden Streikkomitees zu zerschlagen.

Quellenhinweis: NFA, 5.10.; SZ, 7.8., 3.II.; Zeit, 4.8.; taz, 20.II. — (scc)

Namibia

Wahlerfolg für SWAPO und NNF

Die Wahlen in Namibia haben ein deutliches Ergebnis zugunsten der Kräfte des Befreiungskampfes erbracht: Die UN-Kommission zur Überwachung der Wahlen teilte mit, die SWAPO habe etwa 57 Prozent der Stimmen erreicht, die Nationale Namibische Front (NNF) gut 7 Prozent, verschiedene andere, nicht mit den Siedlern und Südafrika kooperierende Parteien ebenfalls etwa 7 Prozent. Die massiv von westlichen Imperialisten und Südafrika unterstützte Turnhallen-Allianz erhielt knapp 29 Prozent der Stimmen. Das endgültige Wahlergebnisse wird für Anfang Dezember erwartet.

Voraussichtlich können die antiimperialistischen Organisationen und Bündnisse eine knappe Zweidrittel-Mehrheit

in der Verfassunggebenden Versammlung erreichen. Diese Mehrheit ist nach den UN-Bestimmungen für Namibia notwendig, um eine Verfassung zu verabschieden. Die SWAPO müßte sich zu einem Bündnis mit allen anderen antiimperialistischen Kräften bereitfinden.

Die Festigung eines gegen die Einmischung der Imperialisten gerichteten Bündnisses hängt entscheidend davon ab, wie die Landfrage gelöst werden kann. Ein großer Teil der Bergwerk- und Industriearbeiter, aber auch der Farmarbeiter sind Wanderarbeiter, die von ihrem Land vertrieben sind. Über 90% des bewässerten, fruchtbaren Bodens in Namibia gehört weißen Siedlern. Aus einer Garantie des Privateigentums für die früheren Siedler, wie sie Sprecher der SWAPO angekündigt haben, können viele Probleme entstehen.

Auch wenn es den Anschein hat, als könne die Unabhängigkeit Namibias kaum noch verhindert werden, ist der rassistische Siederstaat Südafrika noch nicht geschlagen. Südafrika hat kurz vor Beginn der Wahlen seine Armee an der

Grenze zu Namibia und Botswana in Alarmbereitschaft versetzt, und die Truppenkonzentrationen an der Grenze zwischen Südafrika und Namibia dauern an. Ein Versuch südafrikanischer Militärs, die SWAPO durch gefälschte UN-Dokumente noch direkt bei Beginn der Wahlen zu diskreditieren, schlug jedoch fehl, weil er veröffentlicht wurde.

Die Wahlergebnisse sind jedoch regional sehr unterschiedlich. Die SWAPO erhielt den Hauptteil ihrer Stimmen im Norden des Landes. In manchen Regionen des Südens erhielt sie nur knapp ein Viertel der abgegebenen Stimmen. Das deutet darauf hin, daß die von den europäischen Imperialisten und Südafrika geförderte Spaltung nach sogenannten Stämmen einen gewissen Erfolg hatte. Daraus ergeben sich auch erneute und gefährliche Eingriffsmöglichkeiten für das Siedlerregime.

Quellenhinweis: Financial Times, The Independent, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau v. 15.11.89; Dr. Chr. von Garnier (Hrsg.), Katutura revisited 1986. Windhoek, 1986 — (uld)

DDR

Widerstand gegen Einmischung in die Wirtschaftsverfassung

Die Forderungen nach Einführung der „sozialen Marktwirtschaft“, der Privatisierung der Produktionsmittel und stärkerer Einbindung in den „innerdeutschen“ Markt seitens der BRD-Politiker, Banken und Kapitalistenverbände werden immer lauter. Im folgenden dokumentieren wir u.a. SED-Beschlüsse und Positionnahmen der neuen DDR-Regierung, die dem widersprechen. Die Diskussion in der SED, der Volkskammer und der Regierung zur zukünftigen Gestaltung der Wirtschaft der DDR ist in den Dokumenten zwar umrisen, befindet sich aber in ständigem Fluß, und das Ergebnis der öffentlichen Debatte bleibt abzuwarten. Folgende Entwicklungen scheinen sich aus diesen Dokumenten abzuzeichnen: Erkennbar ist die Tendenz eines Teils der Opposition nach einem Lebensstandard, wie er dem von bessergestellten Leuten in der BRD vergleichbar ist. Darauf will die DDR-Regierung stärker als bisher Rücksicht nehmen. Es steht zu befürchten, daß die Subventionierung der Grundnahrungsmittel, der Mieten usw. stark eingeschränkt wird. Die damit verbundenen Änderungen in der Entlohnung werden ebenfalls dazu beitragen, die Spannen zwischen hohen und niedrigen Einkommen in der DDR deutlich zu vergrößern. Das wird sozialen Sprengsatz geben.

Die DDR-Regierung und das ZK der

SED sprechen sich weiter für eine Dezentralisierung der Wirtschaft aus. Der extreme Grad an Zentralismus — das sollte nicht in Vergessenheit geraten — ist wahrscheinlich in hohem Maße in Reaktion auf den westlichen „Wirtschaftskrieg“ gegen die DDR entstanden und auf die ständige westliche Drohung mit einem militärischen Überfall auf die DDR. Spannend wird die Form der Dezentralisierung werden. Wird es zu einer Stärkung kommunaler oder regionaler Wirtschaftsrechte kommen, oder führt die Eigenverantwortlichkeit der Betriebe zu weiterem — in den Dokumenten erwähnten — Aderlaß, wie er sich in Richtung Konvertibilität der Währung abzeichnet bzw. einer stark am Weltmarkt orientierten Wirtschaft? In den Dokumenten fällt auf, daß zur EG keine Stellungnahme abgegeben wurde. Sicher ist, daß die DDR großes Interesse an eigenständigen Handelsverträgen mit der EG hat. Das erklärte EG-Kommissar Bangemann nach seinem DDR-Besuch. Die DDR könnte so einen Schritt unternehmen, um aus den Abhängigkeiten des sog. innerdeutschen Handels mit seinen Sonder- und die Souveränität in Frage stellenden Verträgen auszubrechen. Dies wäre sicher auch ein Schritt auf dem Weg zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die BRD. Die Dokumente sind im folgenden abgedruckt. — (mal)



Mit dem Einsatz der Armee versucht die britische Regierung, einen Streik der Besetzungen der Krankenwagen zu brechen. Die Beschäftigten fordern eine deutliche Lohn erhöhung. Die Regierung bietet bislang nur eine Tariferhöhung von 9% über 18 Monate — bei einer amtlichen Teuerungsrate von zuletzt 7,3% im Jahr eine weitere Lohnsenkung. Seit zwei Wochen setzt die Regierung nun Armee-Fahrzeuge für Krankentransporte ein, um so den Streik der Krankenwagenbesetzungen zu brechen. Diese führen während des Streiks nur Unfall- und Notfall-Fahrten durch. Am 18.11. demonstrierten 3000 Krankenwagenfahrer und ihre Familien in London gegen den Armeeeinsatz und für die Durchsetzung ihrer Tarifforderungen (Bild). Ab 19.11. haben die Krankenwagenfahrer ihren Streik landesweit ausgedehnt. — (rül)

USA: Bergarbeiter besetzen Pittston-Werk

Zwei Ereignisse in dem siebenmonatigen Streik der Bergarbeitergewerkschaft UMWA gegen die Pittston Coal Group haben die Kapitalisten zum ersten Mal seit Juli wieder zu Verhandlungen gezwungen. Am 17.9. besetzten etwa 100 Bergarbeiter Pittstons Moss-3 Aufbereitungsanlage. Innerhalb von Minuten tauchten mehrere Hundert Bergleute und Sympatisanten vor dem Werkstor auf und verhinderten, daß Polizeitruppen in das Werk eindringen konnten. Am vierten Tag verließen die Besetzer während einer Kundgebung von 5000 Leuten das Werk und verteilten sich in der Menge. Zwei Wochen später bestreikten UMWA-Mitglieder sechs Betriebe, die

Kohle an Pittston liefern. Am 12.10. nahm Pittston wieder Verhandlungen mit der Gewerkschaft auf. — (ger)

Österreich: Fahndung nach NS-„Historiker“ Irving

Die österreichischen Behörden haben einen Haftbefehl gegen den auch in der BRD wegen seiner neonazistischen Auftritte vor allem bei DVU-Veranstaltungen bekannten britischen „Historiker“ Irving ausgestellt. Irving werde, so das Justizministerium in Wien, wegen Verstoßes gegen das Verbot nazistischer Wiederbetätigung gesucht. Irving soll sich seiner Verhaftung in Österreich nach Angaben der dortigen Behörden durch die Flucht in die BRD entzogen haben. — (rül)

Auszüge aus der Rede von Egon Krenz auf der 10. Tagung des ZK der SED am 9.11. (UZ, 10.11.)

Wir halten es für notwendig, die Subventionspolitik, die in den gegenwärtigen Diskussionen von vielen Werktäglichen kritisiert wird, zu analysieren, Vorschläge auszuarbeiten und erst nach gründlicher Diskussion zur Entscheidung vorzulegen. Es geht um ausgewogene und differenzierte Maßnahmen zur Veränderung der Subventionspolitik bei Gewährleistung der sozialen Sicherheit. Alle Elemente, die dem Leistungsprinzip widersprechen sowie zur Verschwendug und Spekulation führen, sollten beseitigt werden. Die Subventionspolitik kann nur bei strikter Wahrung der Interessen der Bürger verändert werden ...

Der Wohnungsbau sollte wesentlich stärker auf die Werterhaltung und Instandsetzung konzentriert werden ... Den Zustand der Städte, also der Alltags-

kultur auf den Straßen, setzen die Menschen unmittelbar mit ihrem Verhältnis zum Sozialismus ... in Verbindung ...

Forderungen des FDGB (Neues Deutschland, 7.11.)

Einen bilanzierten Plan für das Jahr 1990, ein Ministerium für Arbeit und Soziales und den Verbleib des vollen für 1989 geplanten Lohnfonds in den Betrieben zu deren Verfügung verlangt der FDGB von der Regierung der DDR ... Außerdem ... die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche auf der Grundlage einer erhöhten Effektivität in der Volkswirtschaft. Wenn die auf der Nationalen Gesundheitskonferenz vorgeschlagene Gesundheitsabgabe für Zigaretten eingeführt wird ... (sind) die dadurch gewonnenen Mittel für die Erhöhung der Renten zu verwenden.

Aktionsprogramm der SED (ND, 11./12.11.)

Die Lage und die Perspektive des Sozia-

Bolivien: Regierung verhängt Notstand gegen Streiks

Die von dem früheren Diktator Banzer gestützte bolivianische Regierung unter Paz Zamora, die sich selber sozialdemokratisch nennt, geht mit äußerster Härte gegen streikende Lehrer vor. Diese waren vor 24 Tagen in einen Hungerstreik getreten, um die Auszahlung einer von der früheren Regierung zugesagten Zulage von umgerechnet 185 DM zu erreichen. Die neue Regierung erklärte diese Zusage kurzerhand als unverantwortlich und für sie „nicht bindend“. Nach Berichten der Gewerkschaft erschienen zahlreiche zivil getarnte Polizeibeamte vor den Gewerkschaftsbüros der Hungerstreikenden, brachen die Büros auf und verhafteten etwa 700 Streikende. Die Anführer des Streiks wurden gewaltsam in kleine Orte im subtropischen Osten Boliviens deportiert. Zusätzlich hat die Regierung einen vorerst auf 90 Tage befristeten Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt. Innerhalb dieser Frist, d.h. noch im Ausnahmezustand, sollen Anfang Dezember Kommunalwahlen stattfinden, bei denen die Parteien Banzers und Zamoras mit einer gemeinsamen Liste antreten. Den streikenden Lehrern hat die Regierung inzwischen eine Erziehungsreform angekündigt — irgendwann im Frühjahr nächsten Jahres. Bis dahin sei eine Erhöhung der Bezahlung der 74000 Lehrer wegen der angespannten Finanzlage der Regierung gar nicht tragbar, verkündete sie. Dem Streik der Lehrer hatten sich vor der Verhängung des Ausnahmezustands auch andere Beamte sowie Journalisten angeschlossen. (Quelle: FAZ, NZZ, 17.11.89) — (rül)

lismus erfordern eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer umfassenden Wirtschaftsreform. Sie sollte gerichtet sein auf die ständig bessere Befriedigung der tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, der Volkswirtschaft und der ganzen Gesellschaft ...

Im Interesse der Lebensqualität in unserem Lande zielt sie darauf ab, das Tempo der wissenschaftlich-technischen Erneuerung, der Steigerung von Arbeitsproduktivität und Effektivität in den 90er Jahren erheblich zu beschleunigen ...

Mit der Wirtschaftsreform sind die Bedingungen zu schaffen, daß sich das Verhältnis der Arbeiterklasse und aller Werktäglichen zum sozialistischen Eigentum enger gestalten kann. Es geht um eine an den Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft, die allen am Wirtschaftsprozeß Beteiligten Anreize für ökonomische Initiativen und hohe

Südkorea: Polizei gegen Studenten

Südkoreanische Polizei hat in Seoul eine Kundgebung gegen die Verletzung von Menschenrechten und gegen die Unterdrückung von Gewerkschaften durch das herrschende Regime verhindert. Hunderte Bereitschaftspolizisten gingen auf dem Gelände der Korea-Universität mit Tränengas gegen etwa 1000 Demonstranten, die meisten davon Studenten, vor. Augenzeugen berichteten, daß sich die Menge mit Steinen zur Wehr setzte, bevor sie sich vor den Polizeikräften in ein Gebäude zurückzog und auflöste. (Quelle: UZ, 13.11.89) — (rül)

Griechenland: Gegen US-Basen

In Griechenland sind sowohl die Versuche der Christdemokraten, der Sozialisten wie die der Kommunisten, nach den Parlamentswahlen eine Regierung zu bilden, gescheitert. Allgemein wird deshalb schon bald mit erneuten Parlamentswahlen gerechnet, bei denen die Christdemokraten auf die Gewinnung der beim letzten Mal nur knapp verfehlten absoluten Mehrheit hoffen. Am 17. November demonstrierten Zehntausende von Athenern mit einem Protestmarsch zur US-Botschaft gegen den Fortbestand von US-Militärstützpunkten in Griechenland. Die Demonstration fand aus Anlaß des 16. Jahrestages des Studentenaufstandes gegen das Obristenregime 1973 statt. Mit Kranzniederlegungen ehrten führende Politiker und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen der griechischen Linken die Opfer des damaligen Aufstandes. Nach dem Protestmarsch griff die Polizei Teile der Demonstranten gewaltsam an. (Quelle: UZ, 20.11.89) — (rül)

Westsahara: Neue Kämpfe der FPolisario

In der von Marokko gewaltsam besetzten Westsahara haben Einheiten der Befreiungsbewegung FPolisario ihre bewaffneten Angriffe gegen die marokkanischen Besatzungsstruppen wieder verstärkt. Am 17. November griffen Einheiten der FPolisario Stellungen der marokkanischen Armee bei Guelta-Zemur an. Nach einem

Kommuniqué der FPolisario wurden den marokkanischen Einheiten bei dem etwa vierstündigen Gefecht erhebliche materielle und personelle Verluste zugefügt. Die marokkanischen Regierung hat die Kämpfe bestätigt, behauptet jedoch, „hundert“ Kämpfer der FPolisario getötet zu haben, während die eigenen Verluste sich auf „nur“ fünf Tote und dreizehn Verletzte belaufen hätten. (Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 17.11.89) — (rül)



Bei den Vorwahlen zur brasilianischen Präsidentschaftswahl am 15. November hat der Kandidat der Konservativen und Liberalen, d.h. der Großgrundbesitzer und Kapitalisten, Collor de Mello, die zweite Runde der Wahlen am 17. Dezember erreicht. De Mello erreichte über 25% der Stimmen. Erstmals seit dem Militärputsch vor 25 Jahren wird in Brasilien in diesem Jahr wieder ein Staatspräsident gewählt. Gegenkandidat de Mellos wird der frühere Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft von São Paulo, Luis Inacio „Lula“ da Silva sein, jetzt Vorsitzender der Arbeiterpartei PT. Das „Handelsblatt“ meint besorgt, der Ausgang der zweiten Wahlrunde im Dezember und damit „die Zukunft Brasiliens in den Neunziger Jahren“ sei noch völlig offen. (Bild: Fließband im VW-Werk von São Paulo) — (rül)

Leistungen bietet. Das Zentralkomitee ist der Meinung, daß die von der Volkskammer neu zu bildende Regierung Vorschläge für eine Wirtschaftsreform ausarbeiten und öffentlich zur Diskussion stellen sollte.

Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dubrowski (ND, 15.11.)

Wir müssen solide Grundlage schaffen ... Wenn wir verhindern wollen, daß wir über die Konvertierbarkeit (freier Austausch der Währung mit einer anderen, d. Red.) unserer Währung „ausbluten“, so muß es sich um Preise und Kurse handeln, die sich an internationalen Entwicklungen, Relationen und Niveaus orientieren.

Uta Nickel, neue Finanzministerin (UZ, 20.11.)

Bereits für die kommende Woche kündigte Finanzministerin Uta Nickel erste Maßnahmen zum Schutz der DDR-Währung gegen Spekulationen an. Auf länge-

re Sicht müsse auch der Komplex der Konvertierbarkeit der Mark angepackt werden, was Rentabilität in der Wirtschaft, internationale Konkurrenzfähigkeit der DDR-Produkte und daraus folgend Exportüberschüsse voraussetze. Die mit rund 15 Milliarden Mark angegebenen Einnahmedefizite erfordern Kostensenkung, effektive Innovation und strengste Maßstäbe bei den Ausgaben, erklärte die Ministerin.

Ministerpräsident Hans Modrow, Auszüge aus der Regierungserklärung vom 17.11. (UZ, 20.11.)

Zum anderen darf die Öffnung der Grenzen in der DDR zu keinem wirtschaftlichen und währungspolitischen Aderlaß mit Langzeitwirkung führen. Noch ist es zu früh für die notwendige gründliche Analyse der am 9. November eingeleiteten Veränderungen. Aber ich betone: Stabilität der DDR ist eine Bedingung für Stabilität in Mitteleuropa, ja in Europa, und deshalb ist es im wohlverstandenen

Interesse zumindest aller Nachbarn der DDR, den Wandel in unserem Land nicht nur wohlwollend zu betrachten, sondern auch politisch und wirtschaftspolitisch zu fördern ...

Zweitens geht es um eine Wirtschaftsreform, die zum Ziel haben muß, die Eigenverantwortung der wirtschaftlichen Einheiten zu erhöhen, um die Effektivität ihrer Arbeit bedeutend zu vergrößern, die zentrale Leitung und Planung auf das erforderliche vernünftige Maß zu reduzieren sowie — vielleicht ist das die komplizierteste Aufgabe — das Leistungsprinzip mehr und mehr durchzusetzen.

Ich schlage vor, die Wirtschaftsreform, ihre Inhalte und Etappen durch spezielle Beratungen der Volkskammer und ihrer Ausschüsse unter Anhörung von Sachverständigen zu profilieren. Die sorgfältige, unvoreingenommene Prüfung der Subventions- und Preispolitik ist in diesem Rahmen eine besondere Aufgabe.

Veröffentlichungen

Telekommunikation: EG fördert die Konzerne

In den WSI Mitteilungen 10/1989 veröffentlicht Hans-Jürgen Michalski, Diplom-Ökonom, den Aufsatz „Was kommt nach ISDN? Die europäische Forschungs- und Technologiepolitik in der Telekommunikation.“

Michalski beschreibt die technische Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Kommunikationstechniken. Hierbei stellt er das ISDN-System (Integrated Services Digital Network = dienstintegrierendes digitales Fernmeldenetz) heraus. Durch die Einführung des B-ISDN (Breitband-ISDN) auf Basis der Glasfasertechnik erhöht sich die Übertragungsgeschwindigkeit von 64Kbit/s (64 000 Informationen pro Sekunde) bis in den Gigabit-Bereich (Giga = eine Milliarde). Somit ermöglicht diese Technik eine massenhafte Ausdehnung auf völlig neue Fernmeldedienste wie zum Beispiel die Bewegtbildübertragung.

In der Untersuchung stellt Michalski die Interessen westdeutscher und europäischer Konzerne an den Konzepten der Weiterentwicklung im Telekommunikationsbereich heraus: „Auf der EG-Ebene verlief der politische Entscheidungsprozeß analog ... Diese ‘Supply and Push-Strategy’ (sinngemäß: Angebotsstrategie) in der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik ist im wesentlichen einer EG-Industriepolitik geschuldet, die einseitig auf die Förderung der internationalen industriellen Wettbewerbsfähigkeit Europas bzw. der EG ausgerichtet ist ... In dem immer schärfer werdenden internationalen Konkurrenzkampf setzen die Unternehmensstrategien der Telekom-Konzerne einerseits auf Übernahmen, Fusionen, Beteiligungen und Kooperationen. Daneben arbeiten sie gerade im FuE-Bereich (FuE = Forschung und Entwicklung, d. Red.) der Breitbandkommunikation auch auf europäisch-supranationaler Ebene in internationalen Konzernen zusammen.“

Bis zum Jahr 2000 erwartet die EG, daß der Telekommunikationssektor mindestens sieben Prozent des gemeinsamen Marktes ausmacht. Der Fernmeldebereich ist mit einem Anteil von 20 Prozent schon heute ein zentraler Absatzmarkt der Mikroelektronik. Die EG beabsichtigt, „den auf dem Telekommunikationssektor tätigen Herstellern, Betreibern und Serviceunternehmen der Gemeinschaft eine starke, wenn nicht sogar führende Position auf dem Weltmarkt zu verschaffen.“ Michalski weist in weiteren Feststellungen die vorrangige Verteilung der EG-Mittel an die BRD, Großbritannien, Frankreich und Italien nach. Sie erhalten fast 75 Prozent aller Subventionen. Diese bekommen dann wesentlich die Hersteller-Konzerne. Die

bundesdeutschen Konzerne haben folgende FuE-Projekte in EG-Vorhaben eingebracht: Ein Projekt, das die Vernetzung öffentlicher und privater Rechenanlagen über die Fernmeldenetze mittels Normen zum Ziel hat. Entwicklung eines hochauflösenden Fernsehsystems (HDTV) mit gemeinsamen Produktions- und Sendestandards. Entwicklung eines europäischen Standards für ein terrestrisches (Satelliten- und herkömmliche Sende-Technik) digitales Hörfunksystem.

Der Autor kritisiert im Schlußteil seiner Untersuchung die unzureichende Berücksichtigung von Lohnabhängigen-Interessen mittels Mitbestimmungsmechanismen: „Wie gezeigt, war das Zustandekommen (von EG-Programmen, d. Red.) ... nicht demokratisch legitimiert, was den Ausschluß der Gewerkschaften aus dem Entscheidungsprozeß einschließt. Lediglich im Wirt-



Nach ISDN: Vernetzung von EDV-Systemen mit dem Kabelnetz?

schafts- und Sozialausschuß, der nicht bindende Stellungnahmen abgeben darf, sind die Arbeitnehmer zu einem Drittel vertreten.“ Weiterhin kritisiert Michalski die kulturelle Entwicklung der Massenmedien-Technik: „Gesteigerter Medienkonsum wird die ohnehin schon umfassenden Eingriffe in die Kommunikationsbeziehungen der Menschen noch potenzieren ... Vielmehr gilt es den Götzen ‘Internationale Wettbewerbsfähigkeit’ in Frage zu stellen, selber Ansprüche an die (technische) Kommunikation zu stellen und Überlegungen anzustellen. Einfluß auf die Technikgenese (Genese = Entstehung, d. Red.) und -entwicklung zu gewinnen, um damit tatsächlich einen aktiven Beitrag zur ‘Lebensqualität’, die als erste Aktion im FuE-Rahmenprogramm der EG genannt wird, zu leisten.“ Damit stellt Michalski für sich fest, daß effizienter gewirtschaftlicher Einfluß innerhalb der EG möglich und nicht illusionär sei. Eine gewagte These. — (mal)

Charlotte Rudolph: „Waldorf-Pädagogik“

Unter diesem Titel hat Charlotte Rudolph, selbst ehemalige Waldorf-Schülerin, in der „Sammlung Luchterhand“ (Nr. 727, 14.80 DM) eine kritische Bilanz der von Rudolph Steiner begründeten anthroposophischen Erziehung und Ausbildung in den Waldorf-Schulen gezogen. Der polemische Untertitel „Wege zur Versteinerung“ erweist sich während der Lektüre dieses Berichts keineswegs als Übertreibung, eher noch als Verharmlosung.

Das Buch orientiert sich eng an der Praxis und ist reich an Fallbeispielen aus dem Schulalltag, häufig mit Zitaten Steiners und kundiger Gegner der Anthroposophie ergänzt. Die einzelnen Kapitel sind weniger systematisch aufgebaut, eher an Schwerpunkten der Erziehungsarbeit orientiert — manche Gesichtspunkte wie z.B. das Lehrer-Schüler-Verhältnis wiederholen sich an verschiedenen Stellen, aber um diesen Preis gewinnt die Darstellung an Anschaulichkeit und Authentizität. Den Schlußteil bilden ein „Epilog“ von Meyer-Bendrat zur Weltanschauung von Steiner, eine nützliche Zusammenfassung der Anthroposophie, dieser „mittelalterlichen Hexenküche des Glaubens und der Voraufklärung“ (S. 199), und ein Register zur Steiner- und Anti-Steiner-Literatur.

Ein wichtiges Schwerpunktthema befaßt sich mit „Waldorfschulen und Faschismus“.

Im III. Kapitel, das R. Steiners Leben behandelt, wird auch die Geschichte der Waldorfschulen von ihrer Gründung 1919 an verfolgt. Aufschlußreich ist anfangs der rapide Rückgang der Kinder der Fabrikarbeiter -angestellten, die im ersten Schuljahr rund zwei Drittel ausgemacht hatten; bereits im zweiten Schuljahr stellten die Bildungsbürger- und Anthroposphenkinder 50% der Schüler, im dritten Schuljahr waren Arbeiterkinder fast ganz verschwunden. (S. 94)

1933 wurden zunächst Neugründungen und Erweiterungen verboten. Aber erst 1941 wurde die letzte Waldorfschule geschlossen — Heß, Stellvertreter Hitlers und Befürworter der Anthroposophie, saß in England fest. Bis dahin verlief die Schließung uneinheitlich: teils fand die „verweichlichte“ Erziehung in einer „volksfremden Weltanschauung“ nicht die Schätzung der Faschisten, teils aber gab es Lobenswertes: Bildung nicht über Begriffe, sondern über Bilder und Vorbilder, Ausschaltung der Intellekts zugunsten unbewußter Steuerung, Schulgemeinschaftspflege als Volksgemeinschaft im Kleinen. Noch 1938 wurden einige Waldorfschulen „als staatliche Versuchsschulen auf NS-Basis“ (S. 96) anerkannt. Es ist ein Verdienst der Untersuchung Rudolfs, daß in diesem Abschnitt ihres Berichts eine sonst fast totgeschwiegene Phase der Waldorfschulen

freigelegt wird. Und das nicht nur durch Benennung der Daten und Fakten, sondern indem deutlich wird, daß die Waldorf-Erziehung in ihrem ganzen Konzept nicht nur keine Abwehr gegen den Faschismus ermöglichte, sondern in ihrer Gemeinschafts- und Führerideologie, in ihrer Ablehnung der Rechte des Individuums, ihrer Züchtung irrationalen und mystischen Denkens eine starke Verwandschaft zur Ideologie des Faschismus besitzt. — (mak/AGB, mal)

Werte: „Prinzipientreue trotz Zeitgeisthörigkeit“

In überraschender Offenheit umschreibt Helmut Klages (CDU, Lehrstuhl für Organisationsoziologie an der Hochschule für Veraltungswissenschaften in Speyer) die Kontinuität reaktionärer Wertvorstellungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sein Aufsatz in der „politischen Meinung“ Nr. 246 (September/Oktobe 1989) unter der Überschrift „Volksparteien und Wertewandel — Prinzipientreue trotz Zeitgeisthörigkeit“ befaßt sich mit Diskussionen innerhalb der CDU, die zu Widersprüchen gesellschaftlicher Gruppen und Interessen und deren Regulierung geführt werden. Er behauptet, daß sich Erkenntnisse der empirischen Sozialforschung betreffs eines Wertewandels verhältnismäßig verkürzt darstellen: „Diesen Erkenntnissen zufolge hat sich in der Bundesrepublik seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre im Bereich der gesellschaftlichen Wertorientierungen ein bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre andauernder ‚Schub‘ eingestellt, in dessen Verlauf die ‚Pflicht- und Akzeptanzwerte‘ insgesamt rückläufig wurden, während die sogenannten ‚Selbstentfaltungswerte‘ einen kräftigen Auftrieb erfuhren. Die Ergebnisse dieses Wertewandlungsschubs haben das Denken und Handeln breiter Bevölkerungsschichten zunehmend bestimmt.“

Klages beklagt, daß eine Abnahme der „Pflicht- und Akzeptanzwerte“ zulasten einer Zunahme der „Selbstentfaltungswerte“ und zu einer Unzufriedenheit gegenüber dem Staat und den Parteien geführt habe. Dabei bedauert er vor allem, daß Ansprüche formuliert werden und das Subsidiaritätsprinzip in die Defensive gedrängt ist. Seine Schlußfolgerungen sind „volksparteilich“ und klassenübergreifend. Dabei spielen die hohen Wahlverluste der CDU und die hohen Ergebnisse der Republikaner eine entscheidende Rolle für ihn, wie gesellschaftlicher Wertewandel integrierend bzw. aufgabenteilig aufgefangen werden kann: „Wer die ‚Stimmungsdemokratie‘ mit derjenigen analytischen Ernsthaftigkeit unter die Lupe nimmt, die hier versucht wurde, wird nicht gezwungen sein. Prinzipientreue gegen Zeithörigkeitsgeist einzutauschen ... um Effektivität und Gewissen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.“ — (mal)

Republikaner

Das Programm des REP-Hochschulverband

Der im Mai gegründete „Republikanische Hochschulverband“ (s. Politische Berichte 22/89) hat sich ein ausführliches Programm gegeben. Dieses Programm ist nicht auf die Hochschulpolitik beschränkt, sondern umfaßt die gesamte Bildungspolitik. Da der RHV von den Republikanern als ihre Studentenorganisation angesehen wird, kann man davon ausgehen, daß das RHV-Programm bildungspolitische Grundsätze der REP ausführt.

Das Programm beginnt mit dem Bekenntnis zu deutsch-völkischem Nationalismus, Abgrenzung gegen demokratische Freiheit und zu einem Elitarismus, der mit „Begabung“ und „Leistungsprinzip“ begründet wird. Der RHV ist stark an historischer Legitimation interessiert und bemüht zu diesem Zwecke Kant. Die „Traditionen deutscher Freiheit“, zu denen sich die RHV-Studenten mit Leidenschaft bekennen, sind borniert nationalistic, ihr Grundsatz ist der Fremden- vor allem der Franzosenhaß. Demokraten, wie Heinrich Heine, haben dafür stets nur vorzügliche Verachtung übrig gehabt. Von dieser völkisch definierten Freiheit behauptet der RHV nun, sie fände bei Kant eine Quelle. Diese Behauptung ist ein recht täppisches Manöver. Bei Kant ist im Zusammenhang mit der „Freiheit“ stets von „der Menschheit“ oder „dem Menschen“ als „vernünftigem Wesen“ die Rede, ohne daß der Mensch irgendwo auf „den Deutschen“ zurechtgestutzt wird, im Gegenteil.

Der völkische Nationalismus durchdrückt das ganze Programm, sein bildungspolitischer Grundsatz ist die Gegnerschaft gegen die „multikulturelle

Gesellschaft“. Besonders im Abschnitt zum Schulwesen springt er mit Richtlinien zu kulturchauvinistischer Unterdrückung entgegen. Der Heimatkundeunterricht habe die „ethnische und regionale Identität des Schülers“ zu entwickeln. Ein „stimmiges Geschichtsbild“ wird gefordert, als Mittel zur Immunisierung gegen historische Kenntnis. Ganz ausdrücklich wird das „Ende der fächerübergreifenden, ebenso einseitigen wie penetranten Vergangenheitsbewältigung an unseren Schulen“ verlangt. Die Unkenntnis über die Gründe des Faschismus, die Folgen faschistischer Politik gehört zu den Voraussetzungen für die Formierung einer faschistischen Partei und deren Bestimmung über das gesellschaftliche und politische Leben. Für den Bereich von Forschung und Lehre an den Hochschulen wird die Liquidierung von Antifaschismus, Antirassismus und Antimilitarismus gleich noch als Bedingung für die Freiheit der Wissenschaft propagiert.

Besonders an den Ausführungen zum Sprachunterricht kann man sehen, wie dem Nationalismus und der Fremdenfeindschaft kulturelle Grundlagen geschaffen werden sollen. Die REP-Studenten lehnen mehrsprachigen Unterricht im „Vor- oder Grundschulalter“ ab und fordern für „Ausländerkinder“ „muttersprachlichen Unterricht“, was das Verbot bedeutet, in der Schule Deutsch zu lernen. Hierfür gibt es nur chauvinistische Motive. Der sogenannte „natürliche“ Spracherwerb fällt ungefähr in die ersten sechs Lebensjahre. Es bereitet den Kindern nicht die geringste Schwierigkeit, während dieser Zeit mehr als eine Sprache zu erlernen, es sind nur die ent-



RHV-Vorstand A. v. Schrenck-Notzing, Sohn des Criticon-Herausgebers, und REP-Vorsitzender Schönhuber

sprechenden Bedingungen erforderlich. Das ausdrückliche Verbot mehrsprachlichen Unterrichts führt zum Unvermögen, sich zu verständigen. Gesellschaftlicher Verkehr wird dadurch erschwert oder gar unmöglich gemacht und die Fremdheit „des Ausländer“ zu einem Gutteil überhaupt erst erzeugt. Es gibt überhaupt keinen anderen Grund, der die REP-Forderung sinnvoll macht.

Für das Schulwesen verlangt der RHV die Befestigung des dreigliedrigen Schulsystems, die Abschaffung von Gesamtschulen und die Rückkehr zum „bewährten Gymnasialabschluß“ als Bedingung des Hochschulzugangs. Die Dequalifizierung von Haupt- und Realschulunterricht erhält noch die zynische Begründung, daß „jedes Individuum das Recht hat, daß seiner unterschiedlichen Begabung Rechnung getragen werde.“

Der RHV verharrt sich gegen eine unmittelbare Ausrichtung der Hochschulausbildung an „ökonomischem Inter-

esse“. Diese Wendung darf nicht mißverstanden werden. Das Leitbild ist der umfassend gebildete statt des bornierten faschistischen Akademikers. Der elitäre Reaktionär muß in gesellschaftlichen und politischen Kämpfen bestehen können. Der Hinweis auf den „internationalen Wettbewerb“ verbürgt schon noch die Orientierung am imperialistischen Wirtschaftsinteresse. Indem die Aufgaben der „Elite“ mit Blick auf diese Konkurrenz definiert werden, ist außerdem die Ausrichtung der Lebensführung des Akademikers an diesem Interesse eingefordert.

Die Betonung von „Begabung“ und „Leistungsprinzip“, damit von Konkurrenz und Aussiebung im ganzen Bildungssystem, besonders aber an den Hochschulen ist keine bloße Marotte. Die REP-Studenten können sich damit auf die vorgefundenen Zustände im Bildungssystem beziehen, wie sie durch konservativ-liberale Bildungspolitik bereits

geschaffen sind.

Die Elitebildung basiert auf der massenhaften Unterdrückung von Bildungsinteressen. Damit sie funktioniert, dürfen sich diese Interessen in den Bildungseinrichtungen nicht äußern können. Die Forderung nach der „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden“ und die Polemik gegen die „Anwendung staatlich-politischer Ordnungsbegriffe“ wie der „Hochschuldemokratisierung“ hat darin ihren Sinn. Die Ablehnung der „Viertelparität“, also auch der Vertretung von Beschäftigten der Hochschulen, die nicht wissenschaftlich tätig sind, deutet gleich noch darauf hin, daß denen überhaupt alle Personalvertretungsrechte bestritten werden, eben weil die Universität eine Gemeinschaft zu sein habe, der sich alle unterzuordnen haben.

Quellenhinweis: Hochschul- und Bildungspolitisches Programm des Republikanischen Hochschulverbandes, München, September 1989, Typoskript — (chf)

Dokumentiert: aus dem RHV-Programm

I. Wozu wir uns bekennen

1. Wir bekennen uns zum Recht des deutschen Volkes auf Freiheit, Einheit und Selbstbestimmung und auf Bewahrung seiner nationalen Identität. Wir verwerfen die unter humanitären Vorwänden angestrebte Verwirklichung der multikulturellen Gesellschaft ...
2. Wir bekennen uns zu den Traditionen deutscher Freiheit, die im kategorischen Imperativ Kants ihren klarsten Ausdruck gefunden hat ...
3. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip und wenden uns gegen die unreflektierte Vermittlung eines permissiven, einseitig am Individuum orientierten „Zeitgeistes“.

II. Mensch und Bildung Freiheit der Wissenschaft

Wer unentwegt „Freiheit“ predigt, meint nur zu oft nicht das Wohl dessen, den er zu befreien vorgibt, sondern vielmehr seine eigene Freiheit zu ungehemmter Betätigung ... Unter dem Mäntelchen der Erziehung zu „Antifaschismus“, „Antirassismus“ und „Antimilitarismus“ dagegen verbirgt sich allzu häufig der totalitäre Anspruch auf Herrschaft der eigenen Gruppe. In diesem Sinne ist uns „Freiheit der Wissenschaft“ von ideologischen Usurpationen oberstes Gebot.

III. Schulwesen

Allgemeinbildung statt Hyperspezialisierung

... Sinnvolle Vorbereitung auf Studium und Beruf durch die Schulen, namentlich die höheren Schulen, besteht nicht in frühzeitiger Spezialisierung und im Trainieren auf Erfüllung bestimmter ökonomischer Funktionen hin, sondern in einer möglichst umfassenden und ausgewogenen Geisteserziehung des jungen Menschen ... Zum geistigen Grundbesitz des gebildeten Staatsbürgers gehört

1. die vollständige Beherrschung der deutschen Muttersprache und Einsicht in die Schönheit und Vielfalt ihrer Ausdrucksmöglichkeiten. Das Erlernen von Fremdsprachen schon im Vor- oder Grundschulalter lehnen wir ab ...
2. ein vollständiges und zusammenhängendes Geschichtsbild ... Ebenso lehnen wir dessen (des Geschichtsunterrichts, d. Verf.) Liquidierung in Amöbenfächern wie „Gemeinschafts-

kunde“ etc. als Anschlag auf ein stimmiges Geschichtsbild scharf ab.

Darüber hinaus fordern wir das Ende der fächerübergreifenden, ebenso einseitigen wie penetranten Vergangenheitsbewältigung an unseren Schulen ...

7. Wir fordern weiter: die Beibehaltung bzw. Revision des Heimatkundeunterrichts unter dem Gesichtspunkt der ethnischen und regionalen Identität des Schülers ...

Wider die Folgen einer gleichmacherischen Bildungsreform

Bildung wird pervertiert, wo sie statt Chancengleichheit Gleichmacherei zum Inhalt hat. Jedes Individuum hat das Recht, daß seiner unterschiedlichen Begabung Rechnung getragen werde. Der Vorstellung, daß „Bildung für alle“ bedeuten müsse: Gymnasial- und Hochschulbildung für alle, liegt eine unverständliche akademische Arroganz und Geringsschätzung von Arbeit und Handwerk zugrunde ... Der Abbau überzogenen und unnötigen Qualifikationsballastes ist eine bildungspolitische Grundforderung des RHV.

IV. Hochschule und Hochschullehrer Elitenförderung und Weite des Horizonts

Das Hochschulstudium verfolgt, ähnlich wie die Schulbildung, das Ziel, jedem Absolventen eine hochwertige Bildung und Ausbildung zu vermitteln. Darüber hinaus ist es unerlässlich, Spitzenbegabungen aufzufinden und entsprechend zu fördern. Ohne Förderung solcher Eliten ist die Beibehaltung des hohen wissenschaftlichen Niveaus, auch und gerade der Hochschulen, in unserem Lande nicht möglich ... Vor allem im naturwissenschaftlich-technischen Bereich sollen die Hochschulen dazu beitragen, im internationalen Wettbewerb verlorenes Terrain (Molekularbiologie, Gentechnologie, Raumfahrttechnik) zurückzugewinnen bzw. den Vorsprung deutscher Forschung aufrechtzuerhalten.

V. Hochschulpolitik und Studentenschaft „universitas“ statt Gruppenegoismus

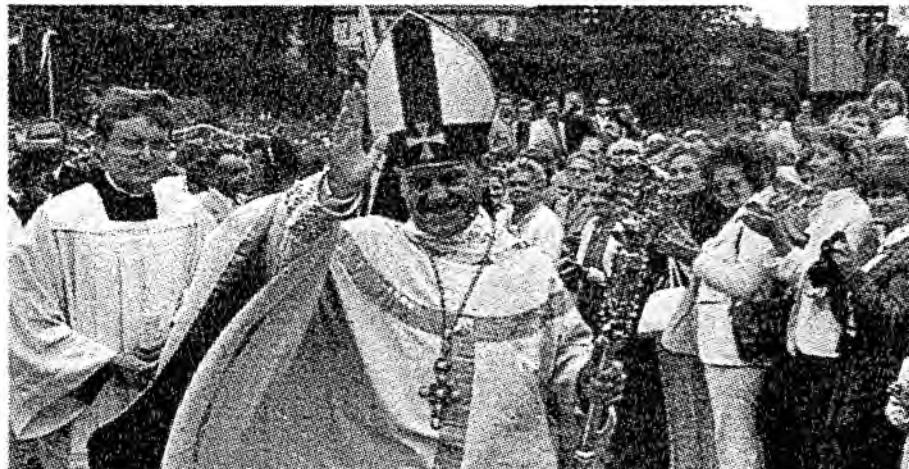
Hochschulpolitisches Engagement muß ausgehen vom Prinzip der „universitas“, der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden und ihrer Interessen ... Der Wille zur grundsätzlichen Zusammenarbeit verdient Vorrang vor der profilneurotischen Aufbauschung von Gruppengegensätzen. Völlig unauglich ist die Anwendung staatlich-politischer Ordnungsbegriffe auf die Universität im Namen sog. „Hochschuldemokratisierung“ ...

Militaristische Feier des „Volksbundes“ abgesetzt

Mannheim. „Erstmals in der Nachkriegszeit wird in diesem Jahr die Feier zum Volkstrauertag auf dem Hauptfriedhof ... ausfallen“, meldete der Mannheimer Morgen am 16.11. So war es denn auch. Zur gewohnten Zeit der „Feier“ lag bereits ein Kranz des OB am Ehrenmal. „Es ist ein offenes Geheimnis, daß es in den letzten Jahren am Rande der Feiern auf dem Hauptfriedhof auch zu Demonstrationen kam. Es wurde die Anwesenheit von Bundeswehrsoldaten kritisiert und gleichzeitig bemängelt, daß das Thema Deserteure totgeschwiegen werde“ (ebenda). Seit dem letzten Volkstrauertag wurde von DFG/VK und Volksfront und zuletzt in einem von 15 Organisationen unterzeichneten Offenen Brief an den OB gefordert, die Stadt solle die Feier entmilitarisieren. Dagegen lag ebenfalls seit dem letzten Volkstrauertag ein Antrag der Freien Wähler vor, die Stadt solle Störungen der Feierstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge künftig unterbinden. Der OB hat in diesem Jahr das Richtige unterbunden. Aber für die Zukunft ist noch nichts entschieden. — (tht)

Protest gegen Veranstaltung von Reservisten zu Südafrika

Freiburg. Rund 100 Antifaschisten protestierten am 9.11. gegen eine von Polizeikräften massiv geschützte Veranstaltung des militaristischen „Arbeitskreises Studierender Reservisten“ im Hotel des CDU-Gemeinderats Schwär mit dem Sekretär der Bonner Apartheid-Botschaft E. Schmidt. Thema der Veranstaltung: „Strategische Bedeutung Südafrikas für die Sicherheit im südlichen Afrika.“ In einer zuvor abgegebenen Presseerklärung, unterzeichnet für die Initiative „Freiburg — Anti-Apartheid-Stadt“ von Südafrikagruppe, der Linken Liste/Friedensliste, den Grünen, dem Kreisvorstand der SPD und dem AStA, heißt es u.a.: „(Wir) protestieren ... gegen diesen Austausch zwischen einem Vertreter des rassistischen Regimes in Südafrika und den Bundeswehr-Reservisten, in dem offensichtlich über die Zusammenarbeit zwischen Südafrika und der Bundeswehr beraten werden soll ... (und dagegen), daß die propagandistischen Handlanger ... mit expansions hungrigen Reservisten den Boden bereiten wollen für ein Mitwirken der Bundeswehr an der südafrikanischen Gewaltausübung ... Wir fordern die Absetzung der Veranstaltung — oder mindestens den öffentlichen Zutritt für alle interessierten Freiburger! Freiburg soll Anti-Apartheid-Stadt werden: Schluß mit jeder direkten oder indirekten wirtschaftlichen oder propagandistischen Unterstützung für die südafrikanischen Rassisten aus Freiburg!“ — (ulb)



Für den 28. Dezember dieses Jahres hat der Ständige Rat der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz bundesweit ein „Trauergeläut“ „zum Schutz des ungeborenen Lebens“ angeordnet. Der DGB-Landesbezirk Hessen wandte sich in einem offenen Brief gegen diese „Zurschaustellung von Trauer“, die Kirche solle sich stattdessen lieber stark machen für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft. — (gba)

Burschenschaftler „für Wiedervereinigung“

Hildesheim/Marburg. Mit massiver Gewalt bahnte die Polizei am 13.11. einer Gruppe rechtsgerichteter „Burschenschaftler“ den Weg, die mit Fackeln und schwarz-rot-goldenen Fahnen durch die Stadt zogen und gröhrend „die Wiedervereinigung Deutschlands“ forderten.

Beim Marsch durch die Marburger Innenstadt stellte sich den etwa 30 Burschenschaftlern eine rasch wachsende, zahlenmäßig weitaus größere Menge von schließlich mehreren hundert Studenten entgegen. Als es an einer engen Stelle der Fußgängerzone für die revanchistischen Burschen kein Durchkommen mehr gab, und die Gegendemonstranten ihre gewaltfreie Blockade des Durchgangs auf polizeiliche Aufforderung hin nicht beendeten, knüppelten die begleitenden Polizisten nach Aussagen von Augenzeugen „wild drauflos“. Zwei Studenten wurden festgenommen. Quelle: UZ, 15.11.89 — (mal)

ÖTV-Delegierte: Aktionen für Ausländerwahlrecht

Uelzen/Walsrode. Die Delegiertenversammlung der ÖTV-Kreisverwaltung Nord-Ost-Niedersachsen beauftragte den Kreisvorstand:

1. sich an die Fraktionen in den Kommunalparlamenten zu wenden, damit diese das kommunale Wahlrecht für Ausländer einfordern;
2. sich öffentlich, z.B. mit Veranstaltungen, Info-Ständen, Flugblättern, für das Kommunalwahlrecht für Ausländer einzusetzen.

Zwar hat der 10. Gewerkschaftstag das Kommunalwahlrecht gefordert und der II. beschlossen, sich „mit Nach-

druck“ dafür einzusetzen. Die Delegiertenversammlung fordert nun, den „Nachdruck“ endlich in die Tat umzusetzen.

Die Delegierten sehen das kommunale Wahlrecht als ersten Schritt zum umfassenden Wahlrecht. — (cbn)

DGB-Jugend greift in Haushaltsberatungen ein

Nürnberg. Zu Beginn der städtischen Haushaltsberatungen demonstrierten am 8. November etwa 80 Berufsschüler auf Initiative der DGB-Jugend und der GEW vor dem Rathaus gegen die schlechte materielle Ausstattung der Berufsschulen. Wegen Lehrermangel fallen derzeit immer häufiger Stunden aus. An einer Berufsschule wurden in einem Drei-Wochen-Block gerade 18 Stunden gegeben. Die Ausstattung der Schulen ist zum Teil immens veraltet. DGB-Jugend und GEW fordern u.a. die Schaffung weiterer 24 Lehrerstellen, einen Haushaltstitel über 1,7 Mio. DM für entsprechende Unterrichtseinheiten der neugeordneten Berufe sowie finanzielle Mittel für die Erweiterung bestehender Berufsschulen. Im Stadtrat werden die Forderungen vor allem vom DKP-Stadtrat Stiefvater unterstützt. Schulreferent Glaser (SPD) erklärte, daß er „zwar Engpässe nicht bezweifle, aber nicht wisste, wie mit der technischen Herausforderung Schritt gehalten werden solle. Entweder sei das Feld zu verengen, indem einige Schulen nicht mehr geführt werden, oder es müsse die Bereitschaft da sein, Lücken hinzunehmen.“ Die CSU greift demagogisch in die Debatte ein, indem sie der Stadtratsmehrheit von SPD und Grünen vorwirft, die berufliche Bildung zugunsten der sog. Soziokultur in den Stadtteilen zu vernachlässigen. — (ola)

Verkauf der Neuen-Heimat-Bayern

Mieterinitiativen fordern Kauf durch öffentliche Hand

München. Der DGB-Kongreß hat 1986 den Beschuß gefaßt, daß sich die Gewerkschaften aus der Wohnungswirtschaft zurückziehen. Dieser Beschuß war eine Reaktion auf die heftigen Angriffe gegen die gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft durch die konservativ-liberale Bundesregierung. Mit einer — dem privaten Wohnungskapital und Grundbesitz verpflichteten — Gesetzgebung wurde an die Zerstörung der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft gegangen. Mieterrechte wurden eingeschränkt und Wohnungsspekulation zu einem immer schwieriger angreifbaren Tatbestand.

1987 verhandelte die Neue Heimat Bayern mit der Bayerischen Staatsregierung über den Verkauf an ein bayerisches Konsortium für einen Preis von 320 Mil-

senschaften aufgestellt. Hierzu werden u.a. folgende Maßnahmen vorgeschlagen, die die Erfahrungen der NH-Mieterinitiativen von Giesing, Sendling und Moosach berücksichtigen. Diese Mieterinitiativen hatten sich 1985 gebildet, als die Neue Heimat den Verkauf von 2093 Wohnungen ankündigte. Diese Wohnungen befinden sich inzwischen im Besitz der Stadt. Für die 1164 freifinanzierten Wohnungen wurden 1987 Mieterhöhungen von 30 Prozent beschlossen und schrittweise Mietsteigerungen, bis die ortsübliche Vergleichsmiete erreicht ist. Am 4. Oktober 1989 stimmte der Münchner Stadtrat mehrheitlich der Bildung einer Genossenschaft zu. Jetzt muß noch die Regierung von Oberbayern grünes Licht geben:

Übernahme der Wohnungen durch eine



1985 erreichten NH-Mieter noch den Kauf der Wohnungen durch die Stadt. Die Bildung einer Genossenschaft steht bevor, wenn der Freistaat nicht noch blockiert.

lionen DM. Dies wurde mit „Handschlag“ vereinbart. Die Staatsregierung hat dann aber versucht, den effektiven Kaufpreis auf 230 bis 250 Millionen zu drücken, und damit die Geschäftsgrundlage entzogen.

Die Nachricht, daß die 33 000 Wohnungen an die dänische Kurt Thorsen-Gruppe verkauft werden sollen, hat nun zahlreiche Aktionen und Stellungnahmen von den betroffenen Mieterinitiativen, politischen Parteien und kommunalen Vertretungskörperschaften eingeleitet. Insbesondere von den Mieterinitiativen wird die Forderung nach Kauf der Wohnungen durch die öffentliche Hand und Bildung von Wohnungsgenos-

Auffanggesellschaft von Land, Kommunen und Mietern, mit einem Kredit von Bayerischer Landesbank, Stadt- und Kreissparkassen in Höhe von 600 Millionen Mark, zu einem Vorzugszins von 5% und mit 1% Tilgung = 36 Millionen DM jährliche Kapitalkosten. Dieser Betrag ist abgedeckt durch den Gewinn, der bisher schon jährlich von der Neuen Heimat eingefahren wurde.

Die Auffanggesellschaft bereitet dann die Übergabe der Wohnungen an Mietergenossenschaften vor. Die Genossenschaften erwerben Häuser und Grundstücke auf Erbbaurechtsbasis, ein Erbbauzins von 2,5 bis 3 Prozent ist zu entrichten. Nach 66 Jahren fallen die Grund-

stücke zum vollen Wert an die Kommunen zurück.

Die Kommunen übernehmen die unbebauten Grundstücke zum Quadratmeterpreis von 220 DM — 200 Millionen DM, mit der Maßgabe, daß dort ausschließlich Sozialwohnungen zu errichten. 900 000 Quadratmeter Bauland befinden sich im Besitz der Neuen-Heimat-Bayern. 90% davon sind in der Region München. Dort können 10 000 Sozialwohnungen gebaut werden.

Da die Bayerische Staatsregierung schon 1987 provokativ die Verhandlungen zum Verkauf der Neuen-Heimat-Bayern zum Platzen gebracht hat, gehen SPD und DGB offensichtlich nicht mehr davon aus, daß der Kauf dieser Wohnungen durch die öffentliche Hand durchgesetzt werden könnte. Die CSU erzielt mit Parolen wie „volle Streikkassen durch Wohnungsspekulation“ bis in die Reihen der SPD hinein Wirkung. Streikverzicht als Lösung der Wohnungsprobleme?

Eine Delegation aus Oberbürgermeister Kronawitter, SPD-Landtagsfraktionsvorsitzendem Hiersemann und den Vorsitzenden des DGB München und des DGB Bayern hat bei Verhandlungen mit dem BGAG-Vorstand in Frankfurt erreicht, daß beim Verkauf der Wohnungen der NH-Bayern Eigenbedarfskündigungen und Luxusmodernisierungen vertraglich ausgeschlossen werden. Der Vorsitzende der BGAG, Hans Matthöfer, wollte auch prüfen, ob die Forderung nach einer Beschränkung der jährlichen Mietpreissteigerung auf fünf Prozent erfüllt werden kann.

Quellenhinweis: Münchner Stadtanzeiger 9.II., SZ 16.II., DKP Extra 8.II. — (dil)

Sonderzahlung

Bosch-Betriebsrat fordert 1200 DM

Stuttgart. Vertrauensleute aus dem größten Bosch-Werk in Stuttgart-Feuerbach mit 11 000 Beschäftigten hatten auf einer Versammlung am 7. Oktober energisch eine hohe Sonderzahlung als Ausgleich für die Lohnverluste verlangt. Der Betriebsrat forderte daraufhin in einer Werksbesprechung vom Werksdirektor eine Extrazahlung von 900 bis 1200 DM. Die Bosch-Geschäftsführung blockte erwartungsgemäß ab. Sie halte sich an die Tarifordnung. Nach Verhandlungen mit der Bosch-Geschäftsführung stimmte der Gesamtbetriebsrat folgender Regelung zu:

Die Arbeits- und Erfolgsprämie, die Bosch jährlich im Mai auszahlt, wird durchschnittlich um 140 DM angehoben. Die Prämie für 1989 wird im Mai 1990 ausbezahlt.

Die Bosch-Geschäftsführung versucht damit, die Forderung nach der Sonder-

zahlung zu erledigen. Sie gibt sich in der Öffentlichkeit großzügig, da es bei Bosch außer Weihnachtsgeld noch eine Prämie gäbe. Aber Bosch zahlt nur tarifliches Weihnachtsgeld (nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit die Hälfte des Monatseinkommens), und die Prämie beträgt bei durchschnittlich elf Jahren Betriebszugehörigkeit weniger als die Hälfte des Monatslohns. Mit Weihnachtsgeld und Prämie erhalten die Beschäftigten also nicht einmal ein 13. Monatseinkommen, wie es in anderen Betrieben schon länger üblich ist.

Die Erledigung der Sonderzahlung durch die geringfügige Erhöhung der Prämie stößt in der Bosch-Belegschaft in Feuerbach auf breite Ablehnung. Auf der Betriebsversammlung am 7. November meldeten sich Vertrauensleute vor allem aus dem Facharbeiterbereich zu Wort. Abstimmungen in den Werkstätten hatten die Forderung nach mehr Lohn und Gehalt bekräftigt. Unter anderem wurde vorgerechnet: Laut Bilanz hat Bosch 1988 2,3 Milliarden DM in Form von Wertpapieren und Barmitteln kurzfristig verfügbar gehabt. Allein die Zinsgewinne von Bosch betragen 1988 97 Millionen DM. Demgegenüber würde die Sonderzahlung Bosch nur 86 Millionen DM kosten.

Betriebsratsvorsitzender Sautter bekräftigte in seinem Schlußwort auf der Betriebsversammlung, daß alle Diskussionsredner die Forderung nach Sonderzahlung bestärkt hätten. Es wäre gut gewesen, wenn die Firma Bosch die 1200 DM gezahlt hätte. Der Feuerbacher Betriebsrat werde sich weiterhin für die Sonderzahlung einsetzen und sich nochmals an den Gesamtbetriebsrat wenden.

— (ros)

Neofaschisten

Terror gegen die Falken

Westberlin. Seit Anfang des Jahres eskalieren die Übergriffe von Neofaschisten auf die Jugend- und Kinderorganisation „Sozialistische Jugend Deutschlands — die Falken“. Nach Schmierereien und Steinwürfen auf Einrichtungen der Falken waren im Februar zwei Jugendliche aus dem rechtsextremen Spektrum bei einem Brandanschlag auf einen Falken-Lastwagen gefaßt worden und vor Gericht gestellt. Danach häuften sich tägliche Angriffe auf Mitglieder der Organisation, so daß bereits Eltern besorgt sind, ob sie ihre Kinder den Falken anvertrauen können.

Bei dem letzten Vorfall dieser Art wurde am 27.10. ein 18jähriger Schüler des Britzer Albert-Einstein-Oberschule auf dem Heimweg von der Schule angepöbelt, gestoßen und ins Gesicht getreten.

der bereits drei Wochen zuvor einem ähnlichen Überfall ausgesetzt gewesen war. Der Schüler hatte am Morgen die Zeitung der Falken mit der Titelzeile „Kommunalwahlrecht statt Ausgrenzung“ verteilt. Einem anderen Mitglied der Falken war, als es sich wegen tätlicher Übergriffe an die Polizei wandte, der väterliche Rat erteilt worden, doch die Organisationsuniform, ein blaues Hemd, besser nicht mehr in der Öffentlichkeit zu tragen, dann könne einem doch auch nichts passieren. Am 23.10. wurde der Bus der Falken, den sie für Gruppenfahrten, aber auch für antifaschistische Stadtrundfahrten benutzen, vermutlich mit einem Luftgewehr beschossen, wobei mehrere Scheiben zu Bruch gingen. Daraufhin hat sich zwar der polizeiliche Staatsschutz eingeschaltet, die Falken wünschen sich aber Maßnahmen der Bezirksämter, die der Verbreitung des Rechtsextremismus wie sie sagen, das Wasser abgräbt.

Die Bezirksverordnetenfraktion der SPD im Wedding, wo der Bus beschossen wurde, nahm dies zum Anlaß, Aktivitäten gegen neofaschistische Einflüsse zu fordern. Die Wirkung wäre wohl mehr deklaratorischer Art gewesen. Die CDU stellte sich jedoch quer und setzte in ihrer Begründung für die Ablehnung des Antrags nach ihrer Ansicht linksradikale Demonstrationen mit dem systematischen Terror, den die Neonazis gegen die Falken ausüben, gleich. Letztendes verhinderten CDU und Republikaner gemeinsam eine Solidarisierung der Bezirksverordnetenversammlung mit der Jugendorganisation, und so erschwert die CDU offen die Bekämpfung der Neofaschisten.

Die Neuköllner Falken haben auf ihrer letzten Jahreskreiskonferenz beschlossen, ungeachtet der Vorfälle insbesondere für das kommunale Wahlrecht für Ausländer öffentlich einzutreten. Zum Schutz ihrer eigenen Veranstaltungen wollen sie eine Ordnergruppe mit ausschließlich defensivem Charakter aufstellen. — (chk)

Asylbewerber

Selbst Container noch zu teuer

Stuttgart. Wenige Tage nach den Kommunalwahlen hat der Landesrechnungshof von Baden-Württemberg „beratende Äußerungen“ u.a. zur Behandlung der Asylbewerber an Landesregierung und Kommunen veröffentlicht. In den Gemeinden würde zu viel Geld für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ausgegeben. Vor allem die Vorschrift des Asylverfahrensgesetzes, Asylbewerber wenn irgend möglich in Sam-

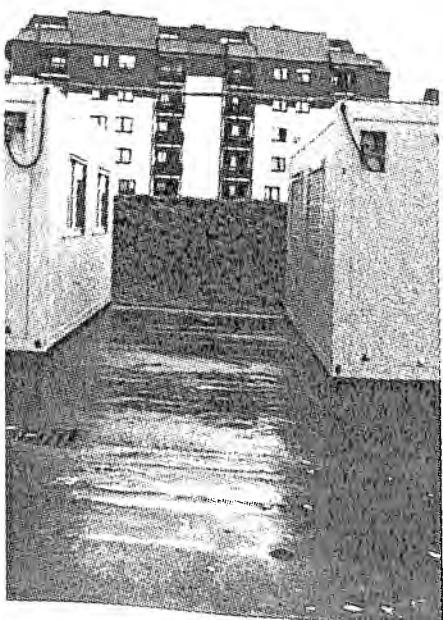
mellager zu pferchen, würde höchst unzureichend erfüllt. Die z.B. insbesondere in Stuttgart praktizierte Unterbringung in Wohncontainern und Hotels sei viel zu teuer und „extrem unwirtschaftlich“.

Der Rechnungshof fordert den Neubau von Wohnungen, die als Sammelunterkünfte genutzt werden können, mit denen lediglich monatliche Kosten in Höhe von 152 DM pro Platz anfallen würden. Die Kommunen sollen ihre Vorbehalte, „um Konflikte zu vermeiden“, ihre kommunalverwalteten Unterkünfte nicht bis auf den letzten Quadratmeter vollzustopfen, aufgeben.

Darüber hinaus wird ihnen empfohlen, wenn die Asylbewerber nicht bereit wären, die ihnen zwangszugewiesenen Elendsquartiere auch noch selbst zu putzen, dann diesen doch wenigstens die Sozialhilfesätze entsprechend zu kürzen. Außerdem würden allzu großzügige Leistungen wie Wäschegegeld, Fahrtkosten oder Bekleidungshilfe gewährt.

Anfang des Jahres hatte die Landesregierung mit dem Asylbewerberunterbringungsgesetz die Kostenerstattung für die Sozialhilfezahlungen der Kommunen an Asylbewerber um 10 % gekürzt. Von den Kommunen hatte sie verlangt, diese Kürzung an die Flüchtlinge weiterzugeben. Um dies endlich durchzusetzen wird nun versucht, gestützt auf die Wahlerfolge der Republikaner, erneut Druck zu machen.

In Stuttgart hat zwar das Sozialamt erklärt, die Stadt wolle an der Gleichbehandlung der Asylbewerber bei der Sozialhilfe festhalten, aber auf Grund der Erfahrungen in der Vergangenheit wird Widerstand nötig sein, um die Umsetzung der Empfehlungen des Landesrechnungshofs zu verhindern. Es benötigte z.B. mehrere Verwaltungsgerichtsbeschlüsse, um die Stadt Stuttgart zu zwingen, eine bereits früher praktizierte pauschale Kürzung der Sozialhilfe für Asylbewerber, zurückzunehmen. — (rac)



Kommunales Einwohnerwahlrecht

Republikaner wollen Volksentscheid dagegen

Westberlin. Die AL hatte unter dem Druck fortschrittlicher Ausländergruppen und der Antifa-Bewegung Anfang Oktober den Koalitionsentwurf zur Einführung des Wahlrechts zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) für alle Einwohner mit unbegrenzter Aufenthaltserlaubnis eingebbracht. Die SPD hatte das unterbinden wollen.

Am 26.10. zur ersten Lesung lag jedoch ein gleichlautender Entwurf auch von ihr vor. Die Erklärung des DGB-Landesvorsitzenden Pagels, jeder achte Bürger in Westberlin habe keinen deutschen Paß, es sei ein Gebot der Demokratie, daß das Wahlrecht für Ausländer ein-

Nationalstaatliches Denken sei anachronistisch, ja zutiefst reaktionär, das Wahlrecht sei keine „gönnerhafte Gnade, die wir Deutschen anderen hier lebenden Menschen erweisen, sondern entspringt einem ureigensten Interesse am Funktionieren unserer Demokratie“.

Die CDU will den Kontakt zu den von Barthel repräsentierten Strömungen nicht verlieren und den Schulterschluß zu den Republikanern wahren. Die christliche Union ist eine menschenfreundliche Partei, weshalb sie in Zeitungsanzeigen verkündet, der Senat schüre Unfrieden und Ausländerfeindlichkeit durch sein Vorpreschen mit dem Wahlrecht. Konnten



Auf dem Spandauer Gewerkschaftsmarkt trat der DGB nachhaltig für das Einwohnerwahlrecht ein.

geführt werde, die Koalition solle „ungeeinschränkt gemeinsam“ einen Entwurf für das Wahlrecht zu den BVVs als ersten Schritt dazu einbringen, dürfte das gefördert haben. Während Kräfte in der AL auf schnelle Verwirklichung des Einwohnerwahlrechts drängen, sagte der SPD-Sprecher im Abgeordnetenhaus, Barthel: „Im Interesse der Rechtseinheit mit dem Bund“ müsse jedoch das Wahlrecht „unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Hauptsacheverfahren realisiert werden“. Er würde sich „beim Wahlrecht nicht so aus dem Fenster hängen“ wenn die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft bestünde.

Für die AL begründete die Fraktions-sprecherin Bischoff-Pflanz das Gesetz:

sich bislang unsere ausländischen Mit-bürger nicht in Frieden kaputtshuften?

Die christliche Union hat in ihre Unterschriftensammlung, mit der sie einem großen Teil der hier lebenden Bevölkerung das Wahlrecht verweigern will, hineingeschrieben, daß man sich gleichzeitig für ein gutes Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern ausspricht. Sie ist also auch eine barmherzige Partei. Die CDU bietet das ja auch bei einem Teil der Sozialdemokraten beliebte Integrationsmodell an, spricht von mehr Einbürgerung. Voraussetzung ist die Integrationsfähigkeit, also die vollzogene Erziehung zum Deutschsein in einem für Mitbürger mit empfindlichem Nationalbewußtsein angemessen erscheinendem Ausmaß. Die Barmherzigkeit und Rück-

sichtnahme auf Sozialdemokraten darf aber die Politik nicht behindern: Die Ausländerbeauftragte John, die Anfang des Jahres Anzeige gegen die Republikaner erstattet hatte, weil diese in einem Wahlspot Bilder von Ausländern mit der Musik von „Spiel mir das Lied vom Tod“ unterlegt hatten, wurde am vergangenen Wochenende auf dem Landesparteitag aus dem Vorstand entfernt.

Während die CDU eine bloße Unterschriftensammlung gegen das Einwohnerwahlrecht organisiert, verlangen die Republikaner einen in Westberlin möglichen Volksentscheid für Neuwahlen. Trotz der unterschiedlichen Taktik ergeben sich zahlreiche über die Zielgleichheit hinausgehende Berührungs punkte beider Parteien. Sicher, für die Republikaner sind Integration und Einbürgerung völlig unakzeptabel. „Neben vielen anständigen und fleißigen Ausländern, die wir als Gäste achten, tummeln sich in der Masse der Millionen Fremden auch hunderttausende von Asozialen, Betrügern, sonstigen Kriminellen und politischen Extremisten“ schreiben sie. Die Gründe, warum die CDU die Abschiebung straffällig gewordener Ausländer so unabdingt verlangt, sind nur feiner ausgedrückt. Die CDU spricht von willkürlicher Zusammensetzung des Wahlvolkes, bei den Republikanern heißt es, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes werde grob mißachtet. Diepgen sagt im Abgeordnetenhaus, der Senat nehme in Kauf, daß sich radikale Strömungen aus den Herkunftsländern auch bei uns formieren. Die Republikaner beschwören Feindseligkeiten zwischen ausländischen extremistischen Gruppen und Angst vor deren religiöser Intoleranz. Die CDU betont den Unterschied zwischen Ausländern und Übersiedlern, die Republikaner entfesseln menschenverachtende Spekulationen, daß „ohne die bereits vorhandene Überfremdung der Stadt sich die deutschen Neuankömmlinge vergleichsweise problemlos unterbringen ließen“.

Nach CDU-Auskunft haben 100 000 inzwischen ihre Unterschrift gegen das Wahlrecht gegeben. Das sind viele, aber es ist nicht verpflichtend. Es ist eine Meinungsäußerung und es ist sehr fraglich, ob die Leute darüber hinaus gehen wollen. Die Republikaner wollen dagegen Neuwahlen erzwingen. In der ersten Stufe des Volksbegehrens benötigen sie dazu 80 000 Unterstützer, nach drei Wochen haben sie nach eigenen Angaben 12 000 bis 13 000.

Einige Stände sind von Antifaschisten umringt und beschädigt worden, oft haben die Republikaner bei organisiertem Auftreten anderer Meinungen bereits keinen Erfolg mehr und räumen entnervt das Feld. Die Bevölkerung scheint dem Senat nicht in den Arm zu fallen. Die Frage ist, welche Einmischung des Verfassungsgerichts er ermutigen oder zulassen will. – (chk)

Reinigungsgewerbe

Tarifvertrag wird neu verhandelt

Hamburg. Im Rahmen der Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Personalhaushalt 1984 und 1985 zwang der Senat die Gewerkschaft ÖTV, einen neuen Tarifvertrag für das Gebäudereinigungsgewerbe (außer Vereinigung, Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser) ab 1.1.86 mit einer Laufzeit von drei Jahren abzuschließen. Ursprünglich wollte der Senat die Privatisierung der damals noch beschäftigten 7000 Reinigungskräfte bzw. die Angleichung von deren Arbeitsbedingungen an die der gewerblichen Bereiche (geringfügige Beschäftigung, Arbeit auf Abruf, größere Reinigungsflächen). Entgegen der Beschäftigtenproteste wurden in den Jahren 1981 bis 1984 die zu reinigenden Flächen um 15% pro Putzfrau erhöht. Im ersten Quartal 1984 durften freiwerdende Stellen nicht wieder besetzt werden, ab 5.3.85 begann der vom Senat verfügte totale Einstellungsstop für die Reinigung in Schul- und Bürogebäuden (der Krankenstand betrug in dieser Zeit ca. 13%). „Kurzfristige“ Personalausfälle sollten vom bestehenden Personal in bezahlten Mehrstunden aufgefangen werden. „Längerfristige“ Ausfälle werden durch Privatfirmen ersetzt. In dem damals neu abgeschlossenen Tarifvertrag wurden zwar formell erst einmal alle Arbeitsplätze erhalten. Die zu reinigenden Flächen wurden jedoch erhöht: in der Verwaltung auf 130 qm (vorher 100), in Schulen auf 160 qm (vorher 110) und in Turnhallen auf 180 qm (früher 170) pro Stunde. Daneben wurde der Reinigungsrythmus für viele Gebäudeobjekte auf alle zwei Tage und die Arbeitszeit von zwei bis sechs Stunden täglich auf eine sog. „Jahresarbeitszeit“ umgestellt. Dieses bedeutet z.B., daß vorher dreimal im Jahr in den Ferien eine Generalreinigung in den Schulen stattfand. Jetzt muß diese Tätigkeit zusätzlich zu der gewöhnlichen Arbeit erbracht werden. Trotz der Beschaffung moderner Hilfsmittel wird immer noch mit dem Ehrgeiz der Reinigungskräfte gearbeitet, die ein möglichst hygienisch einwandfreies „Revier“ hinterlassen wollen und denen damit Höchstleistungen abgepreßt werden. Bereits Mitte Januar 1988 beschloß der Senat — trotz bestehendem Tarifvertrag — die etappenweise Vergabe an Privatfirmen. Aufgrund der Gewerkschafts- und Beschäftigtenkritik wurde festgelegt, daß aber 60% (vorher 70%) der Reinigungsstunden von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durchgeführt werden müssen. Damit wollte Finanzsenatorin Kiausch einen „sozialen“ Rahmen in einem Arbeitsbereich schaffen, in dem vornehmlich Frauen unter der 450 DM-Grenze tätig sind. Erreicht wurde so, daß bereits ein Drittel der Reinigungsarbeiten in Hamburg an Privatunternehmen verge-



ben wurden, daß sind rund 1700 Stellen. Die ursprünglich vorgesehene erste Verhandlungs runde im September 1989 fand nicht statt, weil die Arbeitsrechtliche Vereinigung der Arbeitgeberseite noch nicht ausreichende Auswertungen vorliegen hatte. Der Zusammenschluß aller Bezirksamts-Personalräte hat in einem Bericht jedoch festgestellt, daß die Zielvorgaben des Senates schon durchgesetzt wurden. Sie haben sich es zum Ziel gemacht, weitere Verschlechterungen zu verhindern. — (ena)

Nordrhein-Westfalen

Vorbereitung der 11. Antifa-Konferenz

Bochum. Am Samstag, 2.12.1989, findet in Bochum die 11. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW statt. Im Mittelpunkt soll das Erstarken der REP stehen. Dies ist nicht zuletzt deswegen von Bedeutung, weil im nächsten Jahr Landtagswahlen anstehen, zu denen die REP kandidieren wollen. „Keine Nazis in die Parlamente! Für ein antifaschistisches NRW!“, heißt die Losung auf dem Einladungsflugblatt. Die Schirmherrschaft der Konferenz hat der Oberbürgermeister von Bochum (SPD) übernommen, die Stadt stellt die Räume und darüber hinaus 2500 DM zur Verfügung.

Anders als bei bisherigen Konferenzen soll das Eröffnungsplenum der Konferenz mit einer Podiumsdiskussion beginnen. Eingeladen sind u.a. Vertreter des DGB, der Grünen, antifaschistischer Initiativen und des Koordinationsausschusses der Konferenz, in dem VVN/BdA, Volksfront und JuSos mitarbeiten. Die Podiumsdiskussion soll einen Anstoß zur Erörterung der Aufgaben antifaschistischer Politik geben, gleichzeitig aber auch dem Erfahrungsaustausch dienen.

Anschließend sollen insgesamt 16 Arbeitsgruppen stattfinden. Sie gliedern sich in die Themenfelder „Antifaschistische Analyse und Information“, „Zielgruppenarbeit“, „Aktuelle Aufgaben“ und „Antifaschistische Perspektiven“. Mehrere Arbeitsgruppen befassen sich mit den REP, den „Öko-Rechten“ und „militantem Neofaschismus“, andere haben Themen wie „Eurofaschismus und EG-Binnenmarkt“, „Jugend gegen Neofaschismus“, „Antifaschistische Kommunalpolitik“, „Staat und Repression“ (u.a. zum Kurdenprozeß) und „Handlungskonzepte zum Eingreifen in den Landtags- und Bundestagswahlkampf“ (u.a. geht es dabei um eine Kampagne für das kommunale Wahlrecht für Ausländer).

Schon zu Beginn der Konferenz, also auch in allen Arbeitsgruppen, wird diesmal der Entwurf für eine Abschlußerklärung vorliegen, der vom letzten Vorbereitungstreffen behandelt und in den Grundzügen gebilligt wurde. Der Entwurf schließt an den „Wuppertaler Aufruf“ an, der von der letzten Konferenz beschlossen wurde. Wichtig ist, daß er die REP als Faschisten einstuft, die Fortschritte faschistischer Parteibildung auf die Politik der Bundesregierung zurückführt, einige Grundsätze zur Ächtung faschistischer Politik festhält und die Forderung nach Anwendung des Art. 139 Grundgesetz bekräftigt. Der Entwurf der Abschlußerklärung richtet sich des Weiteren deutlich gegen die revanchistische Politik der BRD gegenüber der DDR und anderen osteuropäischen Staaten.

Werden diese Punkte in der Abschlußerklärung festgehalten, so wäre das eine gute Grundlage für die antifaschistische Arbeit in den nächsten Monaten. Allerdings waren sie beim Vorbereitungstreffen nicht unumstritten. Weitere Auseinandersetzungen sind zu erwarten.

Konferenzort: Heinrich-Böll-Gesamtschule, Agnesstr. 33, Bochum. Zeit: 2.12.1989, 10.00 Uhr. — (wof)



Aktion gegen den Einzug der Republikaner in den Kölner Stadtrat.

Bayerische Müllpolitik

Volksbegehren soll ein neues Abfallwirtschaftsgesetz durchsetzen

66 Aktenordner mit knapp 34000 Unterschriften für ein Volksbegehren über ein neues Abfallgesetz wurden am 13. November im bayerischen Innenministerium übergeben. Initiatoren sind die im Dachverband „Das bessere Müllkonzept“ zusammengeschlossenen 52 bayerischen Müllinitiativen. Das Innenministerium hat nun sechs Wochen Zeit, um die Zulässigkeit des Volksbegehrens zu prüfen. Kann es

keine verfassungsrechtlichen Gründe finden, die ihm entgegenstehen, wird der Entwurf zwei Wochen lang ausgelegt. In diesem Zeitraum müßten sich dann 800000 Wahlberechtigte in Bayern bei den Gemeinden in Listen eintragen. Erst dann kann ein Volksentscheid eingeleitet werden. Die Initiatoren hoffen, daß dieser zu den Kommunalwahlen im März stattfinden wird.

Das Aktionsziel

4,2 Millionen Tonnen Müll fallen jährlich in Bayern an, der weitaus größte Teil wird verbrannt. Langfristig kommt das, so Dachverbands-Vorstandsmitglied Horst Krooss, „der Vergiftung der Bevölkerung gleich“. Derzeit gibt es in Bayern 15 Müllverbrennungsanlagen, 16 weitere sind geplant. „Da wird die Ver-

Der Gesetzentwurf

Der Gesetzentwurf ist zu begrüßen, weil er eine Entsorgungspolitik einführen will, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert und die Macht der Staatsregierung gegenüber den Kommunen einschränkt.

Das vorgeschlagene Abfallkonzept ist dezentral organisiert. Zentrale Anlagen

kreise im öffentlichen Verfahren für ihr Gebiet Abfallwirtschaftspläne. Erst auf diesen Grundlagen darf das Staatsministerium den Abfallentsorgungsplan aufstellen.

Die Müllverbrennung ist nur für die Abfälle zugelassen, für die alle Maßnahmen der Wiederverwendung oder Verwertung ausgeschöpft sind und deren Ablagerung ohne vorherige Verbrennung gesundheitsgefährdender und weniger umweltverträglich ist. Für die Planung von dazu nötigen Anlagen gilt — wie für die gesamte angestrebte Abfallwirtschaft, „daß jegliche Gefährdung von Leben, Gesundheit und Sachgütern, jede Beeinträchtigung der Umwelt und erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen vermieden werden“.

Die Rückverlagerung eines großen Teils der Entsorgungsaufgaben auf die örtliche Ebene schränkt den Einsatz von Großanlagentechnik ein, und sie erschwert eine zentrale Energiepolitik, die über solche Anlagen Großbetriebe mit Billigenergie versorgt.

Abfallvermeidung — ohne Versorgungsrechte?

Während den Kommunen durch das vorgeschlagene Gesetz Rechte eingeräumt werden, mit denen sie sich auch gegen bombastische Versorgungs- und Entsorgungsansprüche von Großbetrieben wehren können, bleiben sie doch der sog. Müll-Lawine ausgesetzt. Art. 1 bis 3 des Gesetzentwurfs führen Maßnahmen zur Abfallvermeidung auf. Darin heißt es in Art. 1, daß die Entstehung von Abfällen verringert werden muß, u.a. durch „die Entwicklung und Einführung möglichst abfallarmer Maßnahmen und Verfahren zur Herstellung und Verarbeitung und Verteilung von Gütern und Erbringung von Leistungen“.

Wie soll das konkret aussehen? Wer soll die Maßnahmen und Verfahren entwickeln — die Kapitalisten auf öffentlichen Druck, das Land oder die Kommunen? In der Begründung des Gesetzentwurfs ist dazu nichts zu finden. In anderen Publikationen der Initiativen kann man lesen, daß nur Bundesgesetze Eingriffe in das private Wirtschaftsleben leisten dürfen, aber bisher nicht praktizieren. Es gibt die Möglichkeit, daß öffent-



27000 Einwendungen gab es gegen die geplante Müllverbrennungsanlage in Augsburg. Zum Auftakt der Anhörung über gesundheitliche Folgen kamen 600 Leute.

brennung favorisiert“ kritisieren die Initiativen, durch den Gesetzentwurf sollen „die Weichen anders gestellt“ werden.

Die CSU macht keine Anstalten, das seit 1973 gültige bayerische Abfallgesetz zu ändern, sondern unterstützt die Staatsregierung dabei, die Müllentsorgung auf dem Wege des Verwaltungsaktes zu regeln. Die derzeit laufende 2. Fortschreibung des Abfallentsorgungsplans führt das bayerische Umweltministerium durch, die Städte und Kreise haben nur ein Anhörungs- und kein Widerspruchsrecht. Die Initiativen hoffen, durch einen Volksentscheid dieses „Diktat von oben nach unten“ zu durchbrechen.

zur Abfallentsorgung und die dafür nötigen Zweckverbände, auf die die Stadt- und Gemeinderäte kaum mehr einwirken können, werden überflüssig gemacht. Stattdessen wird jede einzelne Gemeinde und Stadt verpflichtet, ihren Abfall selbst zu entsorgen; die Kreisebenden sollen nur für Sonderabfälle u.ä. zuständig sein. So kann jeder Ort entsprechend seiner Struktur die nötigen Schritte organisieren. Das Gesetz verlangt von ihnen dabei die Einführung von Sammelsystemen, die eine sortenreine Erfassung, Wiederverwendung oder stoffliche Verwertung von neun festgelegten Abfallarten ermöglichen. Gestützt auf ihre Abfallmengenbilanzen erstellen die Städte und Land-

liche Betriebe und Behörden eigene Initiativen ergreifen. Diese werden in Art. 3 jedoch nur dazu verpflichtet, umweltfreundliche Güter zu verwenden.

Diese Einrichtungen könnten mehr leisten. Sie könnten so organisiert sein, daß die Bevölkerung sie ohne Auto erreichen kann; kommunale Schlachthöfe, Märkte, Milchzentralen und andere Versorgungseinrichtungen könnten so ausgebaut werden, daß ein verpackungsaufwendiger Zwischenhandel vermieden wird usw. Über die Abfallvermeidung gibt es den meisten Streit mit den Befürwortern der zentralen Müllpolitik. Zentrale Müllpolitik wird u.a. damit begründet, daß Vorschriften nötig sind, weil vielen Menschen die Einsicht fehle. Soll das dezentrale Müllkonzept durchsetzbar sein, muß der umgekehrte Weg deutlich werden: Durch Angebote zur kollektiven Versorgung kann auch die Entsorgung sinnvoll geregelt werden.

Art. 2 und 8 legen u.a. fest, daß die Kosten für die Abfallentsorgung ausschließlich über Gebühren gedeckt sein

sollen. Wahr werden durch die Streichung von bisherigen Landeszuschüssen den Kommunen die Kosten deutlich vor Augen geführt und damit evtl. teurere Verbrennungsmaßnahmen gestoppt. Andererseits birgt jedoch die Verpflichtung auf die vollständige Abwälzung der Kosten gleichmäßig auf alle Benutzer die Gefahr, daß arme und reiche, junge und alte, kinderlose und kinderreiche Leute usw. ebenso gleichgesetzt werden wie private Klein-Haushalte, kleine Handwerker- und riesige Industriebetriebe.

Kritischer Punkt: Finanzierung nur über kommunale Gebühren?

Die Kommunen sollten nicht über Gebühren einzelne Gruppen strafen, daß sie unterschiedliche Versorgungsansprüche haben. Sie müssen deshalb einen Grundstock an Leistungen bringen, der über die Steuern abgedeckt ist.

Da die Kommunen außer der Gewerbesteuer keine gravierende eigene Steuereinnahme haben, sind sie auf Zuweisungen des Landes angewiesen. Diese Zu-

weisungen müssen ja nicht speziell für ein bestimmtes Müllprojekt sein (wie es der Gesetzentwurf ablehnt), sondern sollten allgemein für die Bewältigung der Entsorgungsaufgaben sein. Über den Einsatz dieser Gelder müssen die Stadt-/Gemeinderäte entscheiden können. So ist auch das gewünschte Interesse der Bevölkerung herzustellen. Nur auf dieser Basis sind Gebührenzahlungen erträglich.

Die CSU will mit ihrer Politik der „gläsernen Mülltonne“ die Konkurrenz zwischen den Leuten schüren und schließlich als Staat schlichtend eingreifen. Soll das dezentrale Müllkonzept erfolgreich sein, so müssen seine Verfechter dafür eintreten, daß die Kommunen eine ausreichende finanzielle Ausstattung haben, die eine freie Entscheidung der kommunalen Vertreter ermöglicht und eine Versorgung der Menschen unabhängig vom Einkommen organisieren hilft.

Quellenhinweis: Bürgeraktion „Das bessere Müllkonzept“ Bayern e.V., Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens. Postfach 1321. 8430 Neumarkt — (baf)

Kritiken und Forderungen gegen Müllverbrennung

10 Gründe der Ärzte

„— Bei der Müllverbrennung entsteht eine Vielzahl neuer Stoffe, nur einige davon sind bisher bekannt — darunter auch Giftstoffe.

— Der Müll wird zu Gasen verbrannt, die tonnenweise über das Land verteilt werden. Weder Boden und Wasser noch Pflanzen und Tiere bleiben verschont. Der Mensch braucht Luft und Wasser, er ernährt sich von Pflanzen und Tieren. Damit ist er das Endglied der Nahrungskette und gehört schließlich zu den höchstbelasteten Lebewesen.

— Durch die Müllverbrennung wird unsere Atemluft als Deponie für Abgase noch mehr missbraucht.

— Der Mensch atmet pro Tag etwa 20000 Liter Luft. Unsere Luft ist bereits heute durch die Abgase aus Verkehr, Industrie und Hausbrand übermäßig mit Schadstoffen belastet. Wir akzeptieren keine weitere Luftverschmutzung, wir brauchen eine reinere Luft.

— Die Anreicherung von Kohlendioxid in der Atmosphäre ist Hauptursache für den Treibhauseffekt, dessen Folgen wir bereits zu spüren beginnen. Aus einer Tonne brennbaren Mülls entstehen etwa 1,2 Tonnen Kohlendioxid.

— Bei der Müllverbrennung entstehen die Ultradixide Dioxine und Furane, das ist bei der Zusammensetzung unseres Mülls unvermeidbar.

— Bereits heute werden Atemwegserkrankungen, Allergien und die Minderrung der körpereigenen Abwehrkräfte auf Luftschatstoffbelastungen zurückgeführt. Die Wissenschaft ist bemüht, derartige Zusammenhänge aufzuklären.

insbesondere die Möglichkeit krebserregender und erbguverändernder Wirkungen der bei der Müllverbrennung entstehenden Stoffe.

— Gifte aus der Müllverbrennung bleiben jahrelang in unserer Umwelt. Wir produzieren heute die Gifte, die unsere Kinder auch noch morgen belasten werden.

— Die Müllverbrennung kommt ohne Deponien nicht aus. Die Schlacken müssen gelagert werden, die giftigen Filterstäube erfordern eine Sondermülldeponie.

— Technische Richtlinien, z.B. die TA-Luft werden daran orientiert, was Technik zu leisten vermag. Sie garantieren aber nicht die gesundheitliche Unbedenklichkeit von technischen Anlagen, die nach diesen Richtlinien geprüft wurden.

Darüber müssen wir sprechen: Müll

vermeiden, sammeln, sortieren, wiederverwerten, kompostieren, deponieren. Wir Ärzte sehen unsere Aufgabe auch im vorbeugenden Gesundheitsschutz, ökonomische oder politische Argumente dürfen uns nicht davon abbringen. Deshalb sind wir gegen die Müllverbrennung.“

Bund Naturschutz Bayern

„Die zur Zeit geplanten 31 zentralen Verbrennungsanlagen im Endausbau der bayerischen Müllentsorgung sind hinsichtlich Müllmenge und Müllzusammensetzung unflexibel. Sie benötigen wegen der Feuerraumbedingungen Müll mit einem typischen Heizwert (7000-7500 kJ/kg) und brauchen, um wirtschaftlich arbeiten zu können, hohe Verfügbarkeit und Auslastung. Sie stehen somit einer stofflichen Wiederverwertung von Papier und Kunststoffen entgegen (Heizwertabsenkung). Sie sind nicht in der Lage, plötzlich auftretende wesentlich größere oder kleinere Müllmengen zu entsorgen. Da wegen der Entsorgungssicherheit Reservelinien oder -kapazitäten nötig sind, entsteht ein „Müllsog“. Die Müllverbrennung steht somit jeder Anstrengung zur Müllvermeidung und Müllverwertung in Bayern vollkommen konträr gegenüber ... Da beim Bau einer MVA z. Zt. mit einer Verachtung der Gebühren für die technische Müllbereitstellung (ohne Einsammeln) gerechnet werden muß, s. Stadt München, kann schon heute nicht mehr von wirtschaftlicher Müllentsorgung gesprochen werden.“

Quellen: Ärztlicher KV Augsburg, Müllverbrennung Augsburg — Eine Bewertung aus medizinischer und toxikologischer Sicht: Bund Naturschutz, Müllverbrennung in Bayern



Auch die Arbeitsbedingungen an den Sortieranlagen müssen geändert werden!

Tarifabschluß 1989 bei den Banken

Die Gehälter wurden um 4,6 % erhöht. In den Tarifgruppen 1–3 wurden Berufsjahre gestrichen und die Endgehälter zusätzlich um 30 DM erhöht. Die Ausbildungsvergütungen wurden um 50/50/55 DM erhöht. Die Laufzeit des Gehaltstarifvertrages beträgt zwölf Monate. Der Vorruststandstarifvertrag wurde um zwei Jahre verlängert. Der Manteltarifvertrag gilt jetzt auch für Teilzeitbeschäftigte, die zwischen 13 und 19 Stunden wöchentlich arbeiten, Aushilfen werden schlechter behandelt. Eine Familienförderungsregelung wurde verfeinbart. — (gst, rst)

Schwerbehinderte: Keine höheren Quoten erreicht

Mannheim Der Hauptvorstand der IG ChPK hat in 1203 Betrieben aus dem Organisationsbereich eine Erhebung über die Beschäftigung von Schwerbehinderten gemacht. Ergebnis: Statt der geforderten 6 % sind im Durchschnitt nur 4,7 % Schwerbehinderte beschäftigt. Das entspricht dem Bundesdurchschnitt. Die meisten Schwerbehinderten finden sich in den Betrieben

Westberlin. Zur Kundgebung der ÖTV am 7.11. kamen circa 3000 Beschäftigte. Die ÖTV widersprach den Argumenten des Senats, daß aus finanziellen und rechtlichen Gründen Verhandlungen über einen Kindertagesstätten-Tarifvertrag nicht möglich seien. Sie fordert die Erhöhung der Gewerbesteuer. Seit dem 13.11. befinden sich die Beschäftigten im Warnstreik. Die Beteiligung und Unterstützung durch die Eltern ist gut. Am 27.11. wird in allen 396 Kitas gestreikt. Das Ultimatum läuft am 30.11. ab. — (har)



zwischen 16 und 200 Beschäftigten, die relativ wenigsten in den großen Konzernbetrieben mit über 10000 Beschäftigten. Umgekehrt haben in den letzten zwei Jahren die sieben größten Betriebe Schwerbehinderte nur entsprechend einer Quote von 0,06 % neu eingestellt; der Durchschnitt der Erhebung liegt bei 0,1 %. Die IG Chemie resümiert: Die Bundesregierung hat 1986 das Schwerbehindertengesetz geändert, indem sie Schutzvorschriften abgebaut hat, um die Bereitschaft der Arbeitgeber, Schwerbehinderte einzustellen, zu fördern. Dieses Ziel ist offensichtlich nicht erreicht worden. — (tht)



Am 17. November hat Präsident Bush das Gesetz unterzeichnet, das den gesetzlichen Minimallohn von z. Zt. 3,25 Dollar je Stunde ab 1.4.90 auf 3,80 Dollar und ab 1.4.91 auf 4,25 Dollar erhöht. Seit 1981, d.h. während der acht Reagan-Jahre, ist der Minimallohn nicht mehr erhöht worden. Das ist die längste Periode ohne Erhöhung in der 51-jährigen Geschichte der Arbeitsgesetze. Anfang des Jahres war ein Gesetz, das eine Erhöhung auf 4,55 Dollar über drei Jahre vorsah, an Bushs Veto gescheitert. Neben einer geringeren Erhöhung über einen längeren Zeitraum verlangte Bush die Einführung eines „Trainingslohns“ unterhalb des Minimallohns. Das jetzt in Kraft gesetzte Gesetz ist ein Kompromiß, der einen „Trainingslohn“ von 85% des Minimallohns beim ersten Job eines Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren für maximal sechs Monate erlaubt. — (ger)

8% mehr Weihnachtsgeld?

Hamburg. 8 % mehr an Weihnachtsgeld, dazu die Festbeschreibung dieser Zulage in der Betriebsvereinbarung über die betrieblichen Sonderzahlungen sowie Verbesserungen der Mitarbeitererfolgsprämie (MEP): Das ist bislang Ergebnis der Kampagne von VK und Betriebsräten bei Jungheinrich, gestrichene Sozialleistungen zurückzuholen. Da die GF aber die MEP ausschließlich prozentual aufs Einkommen zahlen will, gibt es bei den niedrigen Einkommen Widerstand, so abzuschließen. Die Firma wiederum will das gesamte Ergebnis daran platzen lassen. — (hel)

Friedenspflicht für HBV beendet

Westberlin. Trotz Freigabe des Ladenschlusses durch die Senatsverwaltung haben HBV und DAG längere Öffnungszeiten wegen des starken Besucherverkehrs abgelehnt. Ein Vorschlag des Einzelhandels, an Freitagen bis 20 Uhr und am 18. und 25.11. zusätzlich bis 18 Uhr zu öffnen, scheiterte, da die Gewerkschaften Freizeitausgleich forderten. Aufgrund des Druckes kam es jedoch in einigen Kaufhausfilialen zu Öffnungszeiten bis 16 bzw. 18 Uhr am vergangenen Samstag. Obwohl in Westberlin bis Ende des Jahres tarifvertraglicher Ladenschluß 18.30 Uhr gilt, haben zwei verbandsgebundene Bekleidungsfirmen (Peek & Cloppenburg, C & A) längere Öff-

nungszeiten angeordnet. Die HBV betrachtet deshalb die Friedenspflicht für beendet. Mit Arbeitskampfmaßnahmen zur Beibehaltung der Ladenschlußzeiten ist deshalb zu rechnen. — (har)

Bergbau: Ganze 3,05% mehr Lohn ab 1.1.1990

Essen. Ab 1.1.1990 erhalten die 110000 Beschäftigten im Ruhrbergbau 3,05 % mehr Lohn und Gehalt. Gleichzeitig wurde die bei den letzten Verhandlungen vor zweieinhalb Jahren ausgehandelte Freischichtenregelung verlängert, eine tarifliche Regelung über Teilzeitbeschäftigung für ausgelernte Bergleute auf Ende 1991 begrenzt. Entgegen Äußerungen aus der IG Bergbau und Energie liegt der Lohnabschluß nicht nur unter der „allgemeinen Einkommensentwicklung“, sondern sogar unter der Inflationsrate von rund 3,2 %. Auf zwölf Monate umgerechnet macht der Abschluß gerade 2,8 % aus. — (wof)

Senat will Chaos in Schulen verstärken

Bremen. Im Juli verabschiedete der Senat das Personalentwicklungsprogramm bis 1996. Für die Schulen ist eine erneute Stellenstreichung von 1025 Stellen geplant, sodaß noch 5875 Stellen übrigbleiben. Eine Personalversammlung im September lehnte dieses Personalentwicklungskonzept einstimmig ab. Der Senat setzt seine 1984 begonnene Kürzungspolitik fort, obwohl Einstellungen notwendig wären. — (wjo)

„Celler Loch“

Verfassungsschutz unkontrolliert, illegal

Niedersachsen. Am 9. Oktober veröffentlichte der „Elfte Parlamentarische Untersuchungsausschuß“ (PUA) des Niedersächsischen Landtags ein ca. 300seitiges Ergebnisdokument, in dem die schmutzigen und unkontrollierten Methoden des Verfassungsschutzes in Niedersachsen dargestellt werden. Die Interpretation dieser Dokumente findet nicht einheitlich statt. Die CDU/FDP-Mitglieder stellen fest, daß Ernst Albrecht — trotz nachgewiesener Falschaussagen — sich korrekt verhalten hätte. Spätestens seit der Affäre „Celler Loch“ ist vorgeführt worden, was bürgerliche Demokratie nicht kontrollieren kann. Drastisch in Niedersachsen demonstriert durch Verfassungsschutz, Innenbehörden, V-Leute, Konzerne . . . — (mal)

*

Der Bericht des Untersuchungsausschusses kommt zu folgenden Empfehlungen, die nur von den CDU- und FDP-Mitgliedern des II. PUA getragen werden:

„Bei den vom Ausschuß festgestellten Fehlern in der Arbeit von Verfassungsschutz und Kriminalpolizei handelt es sich um Einzelfälle. Sie beruhen nicht auf Mängeln oder Lücken der Sicherheitsgesetze. Die Ursachen sind vielmehr Fehlhandlungen einzelner Beamter. Der Ausschuß sieht deshalb in Würdigung seiner Erkenntnisse keine Veranlassung, dem Parlament Vorschläge für die Änderung der Niedersächsischen Sicherheitsgesetze zu unterbreiten. Einige Verfehlungen sind darauf zurückzuführen, daß bei den Beamten Unklarheiten bei der Anwendung der bestehenden Gesetze entstanden sind. Der Ausschuß hat hierzu festgestellt, daß die Landesregierung zwischenzeitlich umfangreiche Maßnahmen getroffen hat, mit denen mögliche ‚Grauzonen‘ bei der Anwendung der Sicherheitsgesetze beseitigt werden . . . Durch die genannten Maßnahmen hat die Landesregierung der Forderung nach klarer Ausgestaltung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Einsatzmöglichkeiten, verbesserter Transparenz, Nachvollziehbarkeit polizeilicher Ermittlungshandlungen sowie einer verstärkten Dienstaufsicht Rechnung getragen. Der Ausschuß begrüßt diese Entwicklung. Der Ausschuß fordert die Landesregierung auf, diesen Weg weiterzugehen.“

Die SPD-Mitglieder des II. PUA kommen zu einer abweichen den Stellungnahme, in der sie vor allem Ministerpräsident Albrecht wegen Falschaussagen angreifen:

„Die Beweiserhebungen des Untersuchungsausschusses haben hinsichtlich des Wahrheitsgehaltes der Regierungserklärung folgendes ergeben: Ministerpräsident Dr. Albrecht hat behauptet, der Bundeskanzler sei über den Sprengstoffanschlag am 25. Juli 1978 auf die Außenmauer der Justizvollzugsanstalt Celle I unterrichtet worden. Richtig ist, daß der Bundeskanzler nicht unterrichtet worden ist. Dr. Albrecht hat behauptet, die ‚rechtlichen Aspekte‘ seien zwischen dem Innenminister und dem Justizminister sorgfältig geprüft worden. Richtig ist, daß eine solche Prüfung nicht stattgefunden hat. Dr. Albrecht hat behauptet, es seien alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden, damit Menschen bei der Sprengung nicht zu Schaden kommen könnten. Richtig ist, daß die an der Außenmauer der Justizvollzugsanstalt wachhabenden Beamten nicht von der Sprengung unterrichtet waren und nicht auszuschließen ist, daß sie an Leib und Leben hätten gefährdet werden können. Dr. Albrecht hat behauptet, der Ausbruch des Strafgefangenen Debus aus der JVA Celle I sei verhindert worden. Richtig ist, daß für Debus im fraglichen Zeitraum keine Möglichkeit zum Ausbruch bestanden hat. Dr. Albrecht hat behauptet, eine geplante Mordtat sei verhindert worden. Richtig ist, daß es in diesem Zusammenhang keinen Geschehnisverlauf gab, der zu einem Mord hätte führen können. Erkenntnisse über ein bevorstehendes Attentat auf den spanischen Staatsbürger Cubillo sind von der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde nicht weiter-

geleitet worden. Daher konnte das Attentat von den zuständigen Behörden nicht verhindert werden. Dr. Albrecht hat behauptet, Brandanschläge und Raubüberfälle hätten aufgeklärt werden können und geraubtes Geld sei sichergestellt worden. Richtig ist, daß weder Brandanschläge noch Raubüberfälle aufgeklärt worden sind noch geraubtes Geld sichergestellt worden ist. Es steht fest, daß Ministerpräsident Dr. Albrecht in den wesentlichen Punkten seiner Regierungserklärung dem Niedersächsischen Landtag die Unwahrheit gesagt hat . . . Alle Einsätze der V-Personen im Ausland waren ergebnislos. Die Einsätze von V-Personen im Ausland verletzen die Souveränität anderer Staaten. Eine wirksame Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde hat nicht stattgefunden.“

Der Bericht des Untersuchungsausschusses wird von den Grünen wie folgt (in Auszügen) interpretiert:

„Nach unserer Aufassung ist das Celler Loch nur ein — wenn auch besonders krasses — Beispiel für die Verluderung der Sicherheitspolitik unter Ernst Albrecht gewesen. Innerhalb der niedersächsischen Polizei- und Geheimdienstbehörden hat sich über Jahre hinweg jenseits von Recht und Gesetz ein Lockspitzelsystem entwickelt, das nach seinem exponiertesten Vertreter als Methode Mauss benannt werden soll. Dem Ausschuß ist es daneben gelungen, Licht in den vom spanischen Geheimdienst verübten Mordanschlag auf Antonio Cubillo in Algerien zu bringen. Er hat außerdem die wirklichen Hintergründe der von Kriminalisten immer noch als beispielhaft gelobten Arbeit der SOKO Zitrone aufgedeckt. Schließlich hat der II. PUA Ernst Albrecht der Abgabe einer unwahren Regierungserklärung und der Lüge überführt.“

Als Konsequenz aus dieser Stellungnahme formulierte die Fraktion der Grünen am 13. Oktober folgenden Antrag an den Landtag:

„Betr.: Verurteilung des Ministerpräsidenten. Der Landtag möge beschließen: Der Landtag verurteilt auf das Schärfste, daß — ausweislich der Feststellungen des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses — der amtierende Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht am 25. April 1986 eine in nahezu allen Punkten unwahre Regierungserklärung abgegeben und schließlich den Landtag belogen hat.“

Der Landtag stellt fest, daß es im Zusammenhang mit der Tätigkeit niedersächsischer Sicherheitsbehörden zu einer Reihe von Rechtsverletzungen gekommen ist. Einige Beispiele belegen dies:

— Seitens des niedersächsischen Nachrichtendienstes wurden Straftaten nicht nur vorgetäuscht, sondern auch der Versuch unternommen, Dritte zum Begehen von Straftaten anzustiften.

— Die im Rahmen eines illegalen Auslandseinsatzes erfolgte Kooperation mit dem spanischen Geheimdienst wurde auch nicht beendet, als dem niedersächsischen Nachrichtendienst bekannt wurde, daß eine der Zielpersonen ermordet werden sollte. Schritte zur Verhinderung der Mordtat wurden nicht unternommen.

— Niedersächsische Polizeidienststellen haben gemeinsam mit dem Lockspitzel Werner Mauss mehrfach in illegaler Weise versucht, Bürger zu Straftaten anzustiften; Polizeibeamte führten rechtswidrige Lauschangriffe durch und täuschten Strafverfolgungsbehörden.

Hierfür trägt der amtierende Ministerpräsident Dr. Albrecht die politische Verantwortung. Die genannten Vorfälle fielen nicht nur fast sämtlich in seine Amtszeit, er hat sie teilweise auch, wie im Falle des Bombenanschlags auf die JVA Celle 1, unter Verletzung der Fachaufsicht des zuständigen Ministeriums genehmigt. Hierbei wurde Art. 28 I S. 2 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung in einer Weise mißachtet, die auch eine Klage vor dem Staatsgerichtshof rechtfertigen würde.

Der Landtag fordert den amtierenden Ministerpräsidenten Dr. Albrecht zum Rücktritt auf.“

Nach einer mehrstündigen Debatte am 25. Oktober lehnte der Landtag diesen Antrag ab. In namentlicher Abstimmung votierten 75 Abgeordnete für den Antrag, 79 gegen ihn. Albrecht erklärte zu seiner Regierungserklärung von 1986, er habe sich seinerzeit gestützt auf einen „nicht ganz zutreffenden Bericht des Verfassungsschutzes.“ Trittin, Fraktionsvorsitzender der Grünen, forderte die Abschaffung der Geheimdienste, da sie einfach nicht zu kontrollieren seien. Innenminister Stock (CDU) erwidierte, er setze in die Arbeit der Polizei sein volles Vertrauen.

Ausstellung

Französische Revolution: Sklavin oder Bürgerin?

Die Ausstellung im Historischen Museum in Frankfurt ist noch bis 5.12.1989 geöffnet. Sie steht unter dem Motto „Französische Revolution und Neue Weiblichkeit 1760-1830“. Die Ausstellung hat den Anspruch, unter der Fragestellung: „In welcher Weise haben Frauen aller Stände an den Ereignissen des revolutionären Umbruchs teilgenommen und diese bestimmt?“ verschiedene Themengebiete wie „Arbeit“, „Künstlerinnen-Broterwerb“, „Das häusliche Glück“, „Mutterschaft“, „Erziehung“ zu beleuchten.



Bild 1.66

Die Darstellung bürgerlicher Frauen-Ideale dominiert dabei. Die arbeitenden Frauen des vierten Standes — Mägde, Tagelöhnerinnen, Handwerkerinnen — sind selten Gegenstand auf den ausgestellten Gemälden. Bild 1.66 stellt die durch Adel und Klerus unterdrückte Bürgerin dar.

„Die Entwaffnung der Pikenmänner von St. Antoine“ (Bild 13.20) zeigt einen Aufstand der Sansculotten, im Mittelpunkt eine Frau des vierten Standes. Diese Frauen führten im Gegensatz zu den bürgerlichen den Kampf zusammen mit ihren Männern oder auch in eigenständigen Frauenaktionen auf der Straße, die Forderung nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht und einer allgemeinen Volksbewaffnung war eine Forderung der radikalen Jakobiner und der Sansculotten. „In Notzeiten und Teuerungskrisen blockierten Frauen Getreidetransporte, um den Export zu verhindern, plünderten die Lager von Spekulanten und die Geschäfte von Wucherern, heizten die Stimmung „des rottierenden Pöbels“ mit „Geschrey und Räsoniren“ an, verteilten „Aufruhrzettel“ und führten „bedrohliche“ und „aufrührerische Reden“, wie die polizeilichen Berichte melden.“

Die bourgeoise Frau opferte hingegen ihren Schmuck für den vaterländischen Kampf der Männer und litt in Gedanken mit ihm. Der Goldschmuck wurde in Eisen-Schmuck eingetauscht und die patriotische Bürgerin gehobenen Standes trug ihn.

Bild 9.3 zeigt eine Amme, die eine Reihe Kinder in schlechten Verhältnissen aufzieht. Adel und Großbürgertum gaben bereits im 17. Jahrhundert ihre Kinder kurz nach der Geburt zu Ammen in Pflege. Erst im 18. Jahrhundert breitete sich die Sitte in allen Schichten der städtischen Bevölkerung Frankreichs aus. Die erwerbstätigen Frauen waren dazu gezwungen.

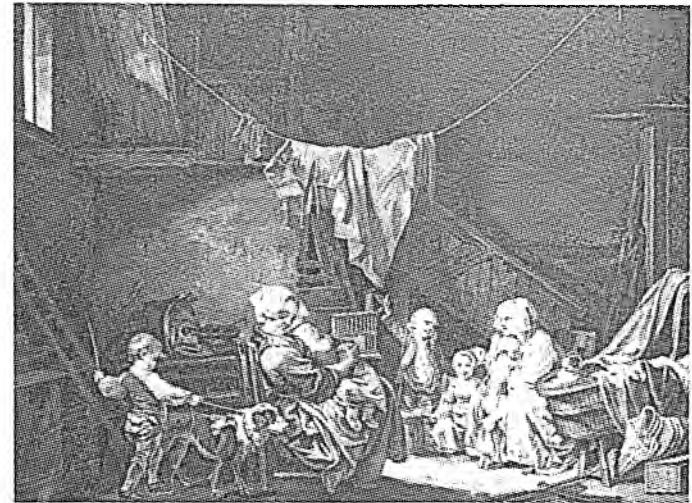


Bild 9.30

Frauen, die am Existenzminimum wirtschafteten, mußten ihre ganze Arbeitskraft in den Familienbetrieb oder die Manufakturarbeit stecken, so daß für die Pflege und Erziehung des Kindes kaum Zeit blieb. Zwischen 1780 und



Bild 5.66

1790 lag die Kindersterblichkeit in Frankreich bei über 26 % der Neugeborenen, die ihr erstes Jahr nicht überlebten. Auf diesem Hintergrund ist auch die Forderung der Aufklärer, z.B. Jean Jacques Rousseaus, zu bewerten, der dazu aufrief, die Kinder selbst zu stillen, sie nicht zu Ammen zu geben. Die Forderung wurde von den gehobenen Schichten umgesetzt. Diese „Natürlichkeit“ konnten sie sich im Gegensatz zu den hart arbeitenden armen Frauen leisten. Erziehung und Pflege der Kinder war fast ausschließlich Angelegenheit der Frau, entsprach nach Rousseau ihrem „natürlichen Wesen“. Die neue Kultur, das eigene Stillen der Kinder, war ebenso „natürlich“ wie die neue Kleidung. (letzte Abbildung). Befreit von einschnürenden

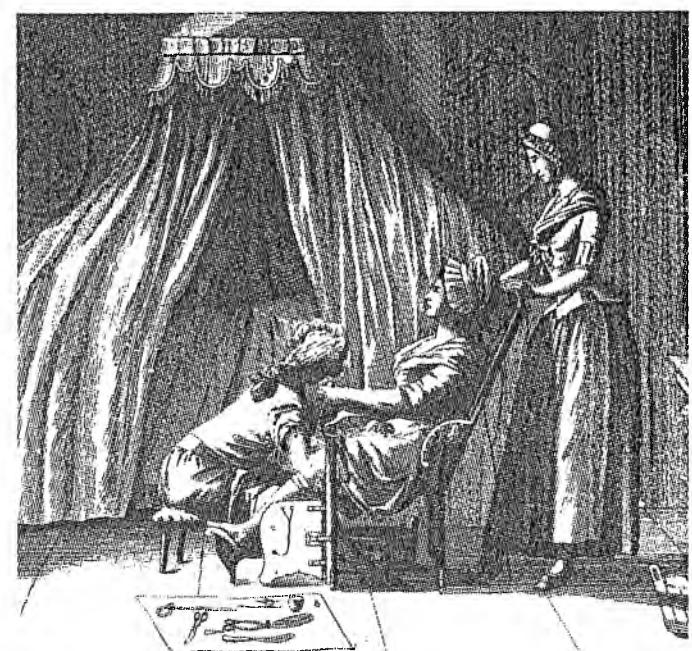


Bild 9.20



Bild 13.20

Korsetts, die übrigens auch die Männer der gehobenen Schicht vor der Revolution trugen, läßt sich die „befreite“ Frau malen.

Ergebnis der Revolution war für die Frau gehobener Schicht auch, studieren zu dürfen, allerdings nur in Begleitung von Männern. Die neu formulierte „Natur“ der Frau, ihre Orientierung auf Heim und Kinderaufzucht widersprach der Selbständigkeit der Frau. Unabhängige Künstlerinnen wurden bekämpft. Gesellschaftlich geduldet war „Dilettanterey“. Herstellung ästhetischer Produkte innerhalb der häuslichen Atmosphäre. Die Produktion von Kunst zum Zwecke des Lebensunterhaltes verletzte die guten Sitten.

Die aufgeklärte Regierung sah, wie die absolutistische, das Kind als Reichtum des Staats: „Ein Staat ist nur so mächtig, wie er volkreich ist, ... und um so mächtiger, je zahlreicher die Hände, die tätig sind und die ihn verteidigen.“



Bild 1.79

gegenseitiger Hilfe hervor, dieses mußte zerstört werden. Die Darmstädter Regierung beendete die Mitteilung über eine Einstellung einer neuen Hebamme mit den Worten: „Hierdurch werden dem Publico (Staat) viele Menschen erhalten, die durch die einfältigen Bauermammen zugrunde

Literaturnobelpreis

Camilo José Cela, Spanien

Den diesjährigen Nobelpreis für Literatur erhielt der über Spaniens Grenzen hinaus relativ unbekannte Camilo José Cela.

Celas Biographie ist keine Seltenheit für die spanische Intellektuelle seiner Generation. Geboren am 11. Mai 1916 im galicischen Padron, ging der Sohn aus einem eher bescheidenen Elternhaus den Weg vieler seiner Altersgenossen. Cela wurde mangels Arbeit Berufssoldat, wo er als Zwanzigjähriger auf Seiten der Falange kämpfte. Danach schlug er sich als Torero durch, arbeitete als Maler und Schauspieler. Sein Lebensunterhalt reichte gerade dazu aus, sich über Wasser zu halten. Cela machte nach dem Sieg des Franco-Faschismus sehr schnell die Erfahrung, daß der Sturz der Republik den kleinen Leuten gar nichts gebracht hatte. Die Kritik am Franquismus wuchs und trieb Cela dazu an, sich schriftstellerisch zu betätigen. Mit losen Notizzetteln hielt er die triste Episodik der pauperisierten Massen Madrids fest, die er zumeist in den Cafes und auf den Straßen der Metropole hautnah erlebte.

Als die Zensur Cela jede weitere schriftstellerische Arbeit unmöglich machte, wählte er sich Palma de Mallorca zum Ort seines Exils, von wo er die Zeitschrift „Papeles de Son Armadans“ herausgab, die sich auf die Kontinuität des spanischen Humanismus berief. Nach dem Tode Francos holte ihn Juan Carlos als Senator zurück nach Madrid und beauftragte ihn mit der Mitausarbeitung der neuen Verfassung.

Heute blickt der 73jährige Cela auf ein Werk von 70 Titeln zurück. Die letzten drei Romane, „Schwarze Messe 5“, „Mazurka für zwei Tote“ und „Christus gegen Arizona“ erregten in Spanien aufgrund ihrer drastischen Schilderung des spanischen Alltags und der mystischen Absurditäten im Leben des Kleinbürgertums großes Aufsehen.

Der Hauptgrund für die Verleihung des Nobelpreises liegt sich in der Begründung der Schwedischen Akademie als das Gelingen Celas, der traditionellen spanischen Literatur den Anschluß an die Moderne verschafft zu haben.

Das Problem, welches sich dem deutschen Publikum dabei präsentiert, ist die Tatsache, daß faktisch nur auf eine Übersetzung eines Romans zurückgegriffen werden kann. Neben dem frühen Roman „Pascual Duartes Familie“, der in den sechziger Jahren übersetzt wurde, heute aber nicht mehr erhältlich ist, existiert momentan nur die deutsche Edition des Romans „Der Bienenkorb“, welcher allerdings als Celas Meisterwerk gilt und in dem der Versuch des literarischen Brückenschlages vom spanischen Traditionalismus zur Moderne unternommen wird. Der Roman, in den Jahren 1945-1950 geschrieben, soll unter dem Vorbehalt, daß es sich um eine Einzelkritik einer Arbeit Celas handelt, kurz erläutert werden.

Thema des „Bienenkorbs“ ist das Madrid der vierziger Jahre während des II. Weltkrieges. Ort der Handlung sind die unzähligen kleinen Cafes, die Straßen, Parks und Hinterhöfe, die Mietskasernen und Schieberlokale, die Welt der sogenannten kleinen Leute und kriminellen Abköcher, Kupplerinnen und Bohemienaturen. Cela schildert die Welt der kramphaft am Franquismus festhaltenden Kleinbürger, denen die brutale Ausbeutung der völlig Besitzlosen nur recht ist. Er enthüllt ihre perfide Doppelmoral, ihren Despotismus gegenüber dem „Personal“, die Unterwerfung der weiblichen Bediensteten bis zur sexuellen Unterdrückung, welche in das klerikal-faschistische Korsett der Bigotterie gebettet ist.

Die Armen, Entreichten sind die Überlebenskünstler, denen allerdings jegliche Sozialromantik abgeht. Ihre letzte Mahlzeit am Tag besteht günstigstenfalls aus einer Tasse warmem Kaffee, sie rauchen aus den Aschenbechern gefischte Zigarettenstummel und werden mit Tritten aus den Cafes komplimentiert, wenn sie nicht bezahlen können. Die Perspektive der Madrider „Underdogs“ besteht darin, den Tag zu überleben oder sich zu



Die Geburtshilfe lag in der vorrevolutionären Gesellschaft in den Händen der Hebammen. Nur die adlige oder großbürgerliche Oberschicht zog zur Geburt einen Arzt hinzu. Die Ärzte waren allerdings fast ebenso hilflos bei Geburtskomplikationen oder sogar noch hilfloser. Bild 9.20 zeigt einen Arzt, der beim Geburtsvorgang aus Schicklichkeit wegschaut! Die ländliche Hebamme, die „einfache Badefrau“ ging aus einem dörflichen sozialen Netz

gehen.“ Frauen, die sich dem Gebären verweigerten, waren gesellschaftlich verachtet.

Bild 1.79 zeigt „mit eindringlichem Realismus das Bild einer Arbeiterin. Das Bild wendet sich an ein breites Publikum städtischer und ländlicher Unterschichten, bei dem die bürgerlich-empfindsame Verklärung von Mutter und Kind fehlt.“

Alle Zitate aus dem Ausstellungskatalog: Sklavin oder Bürgerin? Historisches Museum, Frankfurt. Jonas Verlag, Frankfurt, 1989 -- (rst)

prostituieren, damit der bettlägerige, schwindsüchtige Geliebte die für ihn so notwendige vitaminreiche Nahrung erhalten kann.

Cela setzt den Bienenkorb als Metapher für die vergebliche Überlebensmühle im Madrid des faschistischen Spaniens. „Der Morgen, dieser sich ewig wiederholende Morgen, spielt ein wenig, um das Gesicht der Stadt zu ändern. Ein Grab ist sie, ein Klettermast, ein Bienenkorb. Gott steh uns bei!“ Der „Bienenkorb“ ist ein Affront gegen den Zynismus des spanischen Klerikalfaschismus, der das Sodom des morbiden Systems zu retten gedenkt. Dagegen steht der Traum von der Igualdad, der sozialen Gleichheit, die sicherlich einiges kosten würde. „Aber in den Banken haben sie ja sicherlich soviel Geld übrig.“ — (gem)

Humangenetik

Das zentrale Dogma: „alles genetisch“

Den folgende Diskussionsbeitrag entnehmen wir dem Informationsdienst Gesundheitspolitik Nr. 23/1989.

Wirtschaftsexperten sagen voraus, daß die Gen- und Biotechnologie der profiträchtigste Produktionszweig der Zukunft ist — über aktuelle und künftige Anwendungsbereiche geraten sie ins Schwärmen. Einige Beispiele aus dem Bereich der Humangenetik sind: außerkörperliche Befruchtung (In-Vitro-Fertilisation) und Embryonenübertragung; Genomanalyse, z.B. bei Embryonen oder als Einstellungsuntersuchung bei Arbeitnehmern; der „genetische Fingerabdruck“ als die Möglichkeit der „Verbrechensbekämpfung“ für die Zukunft. Breiten Raum nimmt die Gentechnologie in der chemischen Industrie, Tierzüchtung, Nahrungsmittelproduktion und Rüstungsindustrie ein.

Richtig und notwendig wäre es allemal, die humangenetischen Maßnahmen und ihre Folgen (z.B. Schwangerschaftsabbruch wegen eugenischer Indikation) im Gesamtzusammenhang Gen- und Reproduktionstechnologien zu diskutieren. Ein Beispiel mag das verdeutlichen: Chemiekonzerne wie die BASF bringen immer mehr herbizidresistente Pflanzen (d.h. widerstandsfähig gegen Unkrautvernichtungsmittel) auf den Markt, die nachgewiesen fruchtschädigend sind. Damit steigt die „Notwendigkeit“, vorgeburtliche Kontrollen zu verschärfen, um zu prüfen, welcher Embryo diese Gifte „unbeschadet“ verkraftet hat. Die Menschen (und hier besonders die Frauen) werden also doppelt getroffen: Einmal als Konsumentinnen vergifteter Lebensmittel und zum zweiten als diejenigen, die sich in „Schwangerschaften auf Probe“ einlassen sollen.

Zur Zeit gibt es in der BRD über 40 humangenetische Beratungsstellen, die jährlich von mindestens 30000 Frauen in Anspruch genommen werden. Die Tendenz ist steigend.

Von der „negativen“ ...

Jährlich werden zehn bis zwölf Prozent der Diagnosen allein aufgrund der „Angstindikation“ durchgeführt. Damit ist gemeint, daß außer der Angst vor einem behinderten Kind keine weitere Indikation zur Pränataldiagnostik (Untersuchung des Embryos) vorliegt. Die Angst vor der Geburt eines behinderten Kindes ist nur allzu berechtigt. Behinderte und ihre Mütter sind in dieser Gesellschaft diskriminiert. Die Behindertenverbände fürchten, daß mit der Propaganda von der Verhinderung der Behinderungen ihr Leben als „lebensunwert“ gestempelt wird, sie noch mehr von notwendigen Sozialleistungen abgeschnitten werden. Dabei sieht die Propaganda völlig davon ab, daß nur etwa 3,8% aller schwerwiegenden Behinderungen „angeboren“ sind — 1987 so vom Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Otto Regensburger, festgestellt.

Das Beratungsbedürfnis bei den unteren sozialen Schichten sei wenig ausgeprägt — zu diesem Ergebnis kommt ein von der

Bundesregierung 1981 in Auftrag gegebenes Gutachten. Verstärkte Propaganda dafür in diesen Schichten sei notwendig, zur Herstellung der „Chancengleichheit“. Schließlich sind gerade diese die eigentliche Zielgruppe.

„Keine Eltern werden in Zukunft das Recht haben, die Gesellschaft mit verunstalteten oder schwachsinnigen Kindern zu belasten.“ (Bently Glass, 1971) Die „individuelle Hilfestellung“ der Beratung soll solche „Unzumutbarkeiten“ für die Eltern (und für die Gesellschaft) eindämmen. Und das ist die Crux: Nicht daß diese humangenetischen Beratungen und pränatalen Vorsorgeuntersuchungen freiwillig wahrgenommen werden, sondern daß sie ausarten in eine Zwangsvorsorge, ähnlich der Zwangseratung beim § 218 StGB.

Die Methoden der Humangenetik beschränken sich weitgehend auf die Erstellung von Familienstammbäumen. Dabei werden nicht nur Krankheiten, sondern auch Verhaltensauffälligkeiten der weiteren Verwandtschaft erfragt. Ergeben sich Hinweise auf ein genetisch bedingtes Leiden, wird eine Chromosomenanalyse vorgenommen. Die Empfehlungen und Folgerungen, die die Humangenetiker aus ihren Diagnosen ziehen, sind abgestuft. Bei einem erhöhten Risiko und zusätzlicher Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe wie Behinderte oder sozial Auffällige, tendiert die Beratungsaussage in der Regel sehr stark in die Richtung „keine Kinder“, unter Umständen mit Empfehlung zur Sterilisation. Ziel der Beratungsstellen ist, langfristig weniger die bereits Schwangeren vorgeführt zu bekommen, sondern die Frauen und Männer mit Kinderwunsch.

... zur „positiven“ Eugenik

Humangenetische Beratung ist Teil der staatlichen Bevölkerungspolitik. Da seit Jahren immer wieder der „Niedergang des deutschen Volkes“ (z.B. im „Heidelberger Manifest“), beschworen wird, ausgelöst durch Geburtenrückgang und „Überfremdung“, soll geringere Quantität wenigstens eine gute Qualität aufweisen. Die Fortpflanzungstechnologie macht nun den schlüpfrigen Übergang von der „negativen“ zur „positiven“ Eugenik möglich. Samen- und Eizellbanken und In-Vitro-Fertilisation gewährleisten nicht nur, daß embryonale Fehlentwicklungen rechtzeitig aussortiert werden, sondern bereits das Erbmaterial nach Qualitätskriterien selektiert wird. Die Betreiber der Essener Samenbank in einem Interview: „Das sind wir unseren Patientinnen schuldig, daß wir nur besonders gutes Erbmaterial nehmen ... Von zehn Spenderkandidaten, jungen Männern, bleibt nur einer übrig ... außer der Samenqualität zählt noch der gesunde Lebenswandel ... Das ist wie ein Reitstall, 'ne Art Pferdestall.“

Die ideale Fortpflanzungsmethode im Sinne der positiven Eugenik geht über die Retorte. Die Labors sind inzwischen so weit, daß Retortenembryonen im Acht-Zell-Stadium gespalten werden können. Die eine Hälfte, aus der ein ganz normaler Fötus entstehen kann, wird eingefroren, die andere Hälfte molekulargenetisch und biochemisch analysiert. Entsprechende Versuche mit menschlichen Embryonen sind bereits durchgeführt worden. Erweist sich die analysierte Hälfte des Retortenembryos als „lebenswert“, kann die andere Hälfte aufgetaut und der Frau in die Gebärmutter transplantiert werden.

Vom Risikofaktor zur Risikoperson

„Dem Tempo, mit dem wir unsere Umwelt verändern, können unsere natürlichen Anpassungsmechanismen nicht mehr folgen. Dieses immer weitere Auseinanderklaffen zwischen Umweltbedingung und biologischer Eignung ist Ursache für 80% aller Krankheiten dieser Welt ... Der wiederangepaßte Mensch ... auf jeden Fall eine biologische Notwendigkeit. Die Hochschule und Industrie kennen ihre Verantwortung.“ (Aus einem Film eines Schweizer Pharma-Konzerns) Und wer durch „individuelles Fehlverhalten“ und Fehlveranlagung als „Risikoperson“ identifiziert wird, muß z.B. mit höheren Selbstbeteiligungen in den Versicherungen belastet, gesellschaftlich gebrandmarkt werden. Die Aids-(Kranken)Bekämpfung gibt dazu beredtes Beispiel.

Die biologisch-genetische Ebene, auf der all diese Überle-

gungen basieren, sind ganz eng mit Rassismus verquickt. Reinhold Konstanty, Leiter der Abteilung Arbeitsschutz des DGB, spricht im Zusammenhang mit Genomanalysen am Arbeitsplatz von der Gefahr des „industriellen Rassismus“. Die Bandbreite, wie Gentechnik angewandt wird, bestimmt sich von der gesellschaftlichen „Notwendigkeit“ und Akzeptanz. Manche Einrichtungen und gesetzlichen Instrumentarien sind schon vorhanden, um noch schärfere Diskriminierung und Unterdrückung — unterstützt durch gentechnische Untersuchungsergebnisse — großer Teile der Bevölkerung zu bewirken. Auch in diesem Zusammenhang ist die Förderung offen rassistischer Kräfte in der BRD sehr beunruhigend.

NPD und Republikaner halten die Zeit offenbar noch nicht

für reif, offen für Auslese und Ausmerze zu plädieren. Die „Deutsche Frauenfront“ der faschistischen FAP kennt da weniger taktische Skrupel. Sie fordert in ihrem Programm, was tatsächlich zwei Seiten derselben Medaille sind:

- ein Schwangerschaftsabbruchgesetz, das folgende Indikation zuläßt: „Wenn das Kind infolge der Erbanlagen ... an einer nicht behebbaren Schädigung seines Gesundheitszustandes leiden würde, so ist der Arzt verpflichtet, die Schwangerschaft abzubrechen“;
- ein „Sterbehilfegesetz, welches aktive und passive Sterbehilfe im Fall von geistiger Behinderung zuläßt und bei schwerer körperlicher Behinderung der betroffenen Person das Sterben freistellt.“ — (iro)

Dokumentiert: Einige Positionen zur Humangenetik

Herta Däubler-Gmelin, SPD-Rechtsexpertin

„Der Gesetzgeber müsse die Genomanalyse in der Schwangerschaft verbieten, falls es für die drohenden Gesundheitsschäden keine Heilung gebe ... Auch eine genetische Reihenuntersuchung für alle Neugeborenen lehnt Herta Däubler-Gmelin ab. Solche Untersuchungen sollten — wie in der Schwangerschaft — grundsätzlich lediglich in Einzelfällen und bei schweren Erbkrankheiten durchgeführt werden, deren Behandlung nur durch ein rechtliches Testverfahren sichergestellt werden könne. ... Frau Däubler-Gmelin empfiehlt die Chancen der Genomanalyse für Arbeitnehmer zu nutzen und den Zusammenhang von genetischer Veranlagung und Berufskrankheiten weiter zu erforschen. Sobald wissenschaftlich überzeugende und aussagekräftige Verfahren entwickelt seien, müßten Arbeitnehmer das Recht haben, sich einem genetischen Testverfahren zu unterziehen. Kein Arbeitnehmer dürfe jedoch gezwungen werden, sich genetisch untersuchen zu lassen. Die bei der Untersuchung gewonnenen Daten dürfen nur dem Arbeitnehmer selbst zur Verfügung gestellt werden.“ (Frankfurter Rundschau, 18.12.1987)

*

Beschluß des 36. Bundesparteitages der CDU, Juni 1988

„Die Genomanalyse darf deshalb nur angewendet werden, wenn sie — auch zum Schutz des Arbeitnehmers — auf arbeitsplatz- und arbeitsstoffspezifische Krankheiten beschränkt wird. Das Fragerrecht des Arbeitgebers über das Ergebnis einer bereits früher durchgeföhrten Genomanalyse ist auf arbeitsplatz- und arbeitsstoffspezifische Krankheiten beschränkt.“

*

Die GRÜNEN, 1986

In der Anwendung der pränatalen Diagnostik werde — nach Ansicht der Grünen — dem Wahn Vorschub geleistet, daß Gesundheit technisch machbar sei. Die Partei betont das „uneingeschränkte Lebensrecht behinderter und kranker Menschen“ und lehnt ebenfalls alle Techniken im Rahmen der Reproduktionsmedizin und Humangenetik ab. Neben einem sofortigen Stopp der staatlichen Forschungsförderung in diesen Bereichen fordern die Grünen dazu auf, „die Adoptionsgrundsätze zu verändern, die rechtlichen Hindernisse für eine gemeinschaftliche Kinderversorgung zu beseitigen und die Diskriminierung der nicht ehelichen Lebensgemeinschaften aufzuheben“.

*

Enquete-Kommission des Bundestages

„Chancen und Risiken der Gentechnologie, 1987

Trotz Bedenken gegen die Genomanalyse an Arbeitnehmern rät die Kommission zu einer „behutsamen“ Einführung

genomanalytischer Vorsorgemaßnahmen. Prof. Quadbeck-Seeger von der BASF, der als Vertreter der chemischen Industrie in der Kommission saß und für einen zügigen Ausbau der ökogenetischen Forschung in der BRD plädierte: der Arbeitnehmer habe das „Recht“ zu wissen, welche Risiken er von seiner genetischen Disposition mitbringt.“ (1999 Nr. 4/88, Anmerkung S. 54)

*

Stellungnahme des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz zur Genomanalyse, März 1989

„... Der DGB ist der Auffassung, daß die Chancen genetischer Analysen an Arbeitnehmern zum Zwecke einer verbesserten arbeitsmedizinischen Vorsorge von den damit verbundenen Risiken übertragen werden ... Der DGB fordert ein gesetzliches Verbot der Genomanalyse auf DNA-Ebene bei Arbeitnehmern im Rahmen arbeitsvertraglicher Beziehungen, d.h. im Rahmen arbeitsvertraglicher Vorsorgeuntersuchungen. Eine Öffnung für die Anwendung der Genomanalyse in einzelnen durch rechtliche Vorschriften geregelten Fällen, auch bei gleichzeitiger Regelung der Konsequenzen, lehnt der DGB ab. Eine Genomanalyse an Arbeitnehmern ist nach Auffassung des DGB mit der Gefahr verbunden, daß sie zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Arbeitsschutzbemühungen zur Verhütung oder Verringerung gesundheitlicher Risiken in der Arbeitsumwelt führen ...“

*

Die evangelische Kirche

Da auch die evangelische Kirche die Abtreibung als Tötung versteht, wird die pränatale Forschung und Diagnostik grundsätzlich abgelehnt. „Die Meinung, von Geburt an mißgebildete Kinder oder schwerstbehinderte Menschen dürfen nicht geboren werden, ist ethisch nicht akzeptabel und mit dem christlichen Glauben unvereinbar.“ Die genetische Beratung, die nur im begründeten Einzelfall angewendet werden soll, hat vor allem das Lebensrecht des behinderten Kindes zu achten und eine Familienberatung zur Verbesserung des Gen-Pools der Bevölkerung auszuschließen. (EKD Texte II, 1985)

*

Prof. Joh. Gründel, Kath. Moraltheologe, Uni München
 „Bedenkt man, daß sicherlich ohne die Methoden der vorgeburtlichen Diagnostik ein nicht geringer Prozentsatz dieser Schwangeren aufgrund ihres erhöhten Alters schon aus Angst vor einer genetischen Schädigung ihres Kindes einen Abbruch ihrer Schwangerschaft vorgenommen hätten, dann geht allein aus diesen Zahlen schon hervor, daß die vorgeburtliche Diagnostik verängstigte Müttern ... große psychische Hilfe gewährt und immerhin in vielfacher Weise zumindest gesundes ungeborenes Leben vor einer Abtreibung bewahrt ... Hier kommt der vorgeburtlichen Diagnostik durchaus eine schwangerschaftserhaltende Funktion zu.“ (aus: „Ratgeber“ aus der Apotheke, 15.2.1989)

Interview mit peruanischen Genossen

„Der Volkskrieg hat sich über das ganze Territorium Perus verbreitet“

Vor wenigen Tagen warnte das Bonner Auswärtige Amt nachdrücklich vor Reisen nach Peru: Die Sicherheit der Reisenden sei nicht mehr gewährleistet. Tatsächlich macht sich unter den Imperialisten zunehmend Sorge breit über die Entwicklung des revolutionären Volkskriegs in Peru. Der „Arbeitskreis Mariategui“ bot der Redaktion Politische Berichte die Gelegenheit, ein Interview mit peruanischen

Arbeitern, die sich zur Zeit in der Bundesrepublik aufhalten, über die Entwicklung des bewaffneten Volkskriegs und die Politik der Kommunistischen Partei Perus (PCP), auch bekannt als „Sendero Luminoso“ („Leuchtender Pfad“) durchzuführen, das wir im folgenden veröffentlichen. Bilder und Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt. — (rül)

„... ein Krieg der Bauern, der durch den Kampf in den Städten ergänzt wird“

Frage: In der imperialistischen Presse werden in letzter Zeit offen Sorgen geäußert über die Entwicklung des bewaffneten Volkskrieges in Peru unter Führung der PCP. Der „Leuchtende Pfad“ marschiere auf die Hauptstadt Lima zu bzw. sei dabei, langsam die Hauptstadt Lima einzukreisen. Was ist Eure Information über die Entwicklung des Volkskrieges in Peru und wie beurteilt die PCP selber die Entwicklung des Kampfes?

Antwort: Am 17. Mai 1980 begann unter der Führung der Kommunistischen Partei Perus (PCP) der Volkskrieg in Peru, zuerst in der Form eines Bauernkrieges, der seine komplementäre Form im Kampf in den Städten findet. Mit der Strategie der Einkreisung der Städte vom Land her wird die Zerstörung der sogenannten „drei Berge“ (drei Hindernisse, Anm. der Red) angestrebt: bürokratischer Kapitalismus, halbfeudale Verhältnisse auf dem Lande und Imperialismus. Es ist dies ein Krieg der Bauern, der durch den Kampf in den Städten ergänzt wird. Das ist notwendig, um der Struktur unseres Landes gerecht zu werden, einer Struktur, wie sie in so vielen Ländern der Dritten Welt zu finden ist. Die Worte des Präsidenten Gonzalo beschreiben das genauer: „... im Jahre 1982 befanden wir uns in der Endphase der Kampagne zur Entfaltung des Guerillakrieges und zielten ab auf die Zerstörung der halbfeudalen Ausbeutungsverhältnisse, des sogenannten Gamonalismo, welcher die Basis der Staatsmacht auf dem Lande ist und solange bleiben wird, bis wir ihn hinwegfegen; wir versetzen den Polizeikräften harte Schläge und demütigende Niederlagen ... Damit hatten wir ein Machtvakuum auf dem Lande geschaffen, und das ergab ein neues Problem. Wie sollten wir damit umgehen? So beschlossen wir dann die Gründung der Volkskomitees, d.h. einer gemeinsamen Diktatur (von Bauern, Proletariat und Kleinbürgertum, Anm. d.Red.) zur Schaffung der Neuen Macht. Die Volkskomitees sollten vorerst noch geheim tätig werden, weil wir

das Eingreifen der Streitkräfte vorausahnen. Diese Volkskomitees haben sich inzwischen verhundertfacht; alle, die sich in einem Gebiet befinden, bilden eine Unterstützungsbasis (Base de Apoyo), und die Gesamtheit aller Unterstützungsbasen bilden die Volksrepublik Neuer Demokratie im Aufbau.“ (Interview mit Präsident Gonzalo, Juli 1988)

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Neue Macht als Resultat des Volkskrieges entsteht. Seit 1983 entfaltet sich die Revolution unter der politisch-strategischen Lösung „Basis erobern“ und der militärischen Lösung, den Volkskrieg voranzutreiben.

Antwort der Reaktion: Bombardierungen, Massenmord, Todesschwadronen

Gegen den Volkskrieg setzte natürlich der konterrevolutionäre Krieg ein. Der peruanische Staat, eine Diktatur von Großbürgertum und Landbesitzern, mußte notwendigerweise seine bedrohte Existenz verteidigen. Zuerst warf er seine Polizeikräfte in den Kampf, aber die wurden besiegt. Mit dem Entstehen der Neuen Macht auf dem Lande mobilisierte die Regierung Belaunde im Dezember 1982 die Streitkräfte der Reaktion (Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe), die die „öffentliche Ordnung“ wiederherstellen sollten, und verhängte den Ausnahmezustand über weite Teile des Landes, die somit unter Militärkontrolle kamen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unter direkter Militärherrschaft, auch Lima, die Hauptstadt, mit 8 Millionen Einwohnern. Die Streitkräfte folgten den militärischen Konzepten des Yankee-Imperialismus, entfesselten den Terror auf dem Lande unter dem Motto „Rauben, überfallen und morden“ und begannen eine Politik der verbrannten Erde, begannen, die Massen gegen die Massen aufzuzetzen und im Kampf gegeneinander zu verwenden. Als aber auch diese Maßnahmen keine Resultate brachten, verfielen

sie auf das Schrecklichste: auf Massenmord, Genozid und Massengräber, auf Konzentrationslager und Verschwindenlassen von Personen, auf das Zerbomben ganzer Dörfer.

Diese Politik wurde von der faschistisch-korporativen APRA-Regierung Alan Garcias nach 1985 fortgesetzt. Die traurige Bilanz weist die Ermordung von mehr als 20000 Peruanern auf, zugehörig zu den Ausgebeuteten und Ärmsten — dazu noch Tausende von Verschwundenen.

Außerdem begann die Regierung, geheime paramilitärische Gruppen zu organisieren, wie das berüchtigte „Comando Rodrigo Franco“, welches aus Militänen der APRA und Mitgliedern der Geheimpolizei besteht und sich zum Ziel gesetzt hat, die offizielle Politik selektiver Morde auszuführen. Dieses Kommando untersteht der Leitung des Innenministers Augustin Mantilla (kein Wunder also, wenn die Aktionen sich der strafrechtlichen Verfolgung mit Erfolg entziehen!) und genießt „kompetente Beratung“ und Unterstützung seitens der USA, der Sowjetunion, Nordkorea, Israel und der EG (siehe zum Beispiel Artikel in der peruanischen Zeitschrift „Caretas“ 22.5.89).

Als Teil des konterrevolutionären Krieges sind auch sämtliche Wahlen, die es seit 1980 gegeben hat, anzusehen — so auch die jetzt stattfindenden Kommunalwahlen. Sie dienen einzig und allein der Erhaltung und „Verjüngung“ der ausbeuterischen Ordnung, der Ermöglichung weiterer ungestörter Massenmorde. Es geht der Reaktion ja nicht mehr um neue Regierungspläne, sondern um die Suche nach besseren Formen der Repression unter dem demagogischen Lösungswort und plumpen Vorwand der „Verteidigung der Demokratie“ (sprich: Antisubversiver Krieg). Dabei sind die opportunistischen und revisionistischen Kräfte der sogenannten „Vereinigten Linken“ sich in ihrer Komplizenschaft einig, daß man die Massen auf den reaktionären Weg der Wahlen führen muß. — ja noch mehr, sie wirken selber als konterrevolutionäre Kräfte, indem sie eine bessere Repression verlangen, Verrat an

den Massen begehen und das Volk in den Kampf gegen die PCP hetzen.

Der Volkskrieg hat sich inzwischen über das gesamte Territorium Perus verbreitet. In Lima, der Hauptstadt und an der Küste, wo die Mehrheit des peruanischen Proletariats lebt, entfaltet er sich als Vorbereitung auf die Machtergreifung im ganzen Land. Der Volkskrieg als Prozeß gesehen, soll zum Höhepunkt, zur revolutionären Krise, wie Lenin es formuliert hat, führen. Das bedeutet, daß der Volkskrieg in der Stadt den bewaffneten Aufstand vorbereitet; in ihm vereinigen sich der Kampf um die Durchsetzung der ökonomischen Forderungen der Massen mit ihrem Hauptanliegen: der Übernahme der Macht.

Die Massen reihen sich verstärkt in den

Kampf ein und schaffen unter der Losung „Bekämpfen und Widerstehen“ immer neue Organisationen in und für den Volkskrieg. Die Aktionen in Lima weiten sich aus, und parallel dazu entfaltet sich die Guerilla-Volksarmee in zentralen Gebieten des Landes. In den wichtigsten Bergbaugebieten organisiert die PCP das Bergarbeiterproletariat aufgrund seiner gewachsenen Massenorganisationen und drängt die Revisionisten und Opportunisten langsam aus der Führung der Gewerkschaften heraus, wo sie seit Jahrzehnten in Spitzenpositionen gesessen und die Interessen der Arbeiterklasse um finanzieller oder parteipolitischer Vorteile willen verraten haben.

Zur Zeit unterstützt die PCP den Kampf der Bergarbeitergewerkschaften

um die Durchsetzung des „Pliego Nacional Unico Renovable“, den gemeinsamen Forderungen nach regelmäßiger Anpassung der Tarifverträge und Sozialleistungen, damit die Errungenschaften der Minenarbeiter von heute nicht mit der nächsten ökonomischen Krise verloren gehen.

Dann gibt es noch die bewaffneten Streiks und die Arbeitsniederlegungen in Lima und anderen Städten, die ebenfalls auf den bewaffneten Aufstand abzielen, denn was ist der bewaffnete Aufstand — und dabei hat das Proletariat eine wichtige Rolle zu spielen. Dies alles wird mit der Entfaltung des Volkskrieges anvisiert.

Geschichte und Programmatik der Kommunistischen Partei Perus (PCP)

Frage: Könnt ihr uns etwas über die Geschichte der PCP, ihre ideologischen Grundlagen und ihre wesentlichen Ziele mitteilen? Welche Ziele verfolgt die PCP beispielsweise zur Befreiung der Bauern, wie beurteilt sie die gegenwärtige agrarische Struktur Perus? Welche Klassen rechnet sie zur herrschenden Reaktion und zum Lager des Imperialismus, und welche Klassen will sie zum Sturz dieser herrschenden, halbfeudalen und halbkolonialen Ordnung zusammenschließen?

Antwort: Die Kommunistische Partei Perus wurde am 7. Oktober 1928 von Jose Carlos Maritegui auf einer soliden marxi-

stisch-leninistischen Basis gegründet. Als 1930 ihr Gründer verstarb, veränderte sich ihre Linie, die opportunistische Linie, orientiert an einem Revisionismus browderscher Prägung, setzte sich durch. Anfang der Sechziger Jahre begann die Entwicklung der Fraktion unter der Führung des Präsidenten Gonzalo; hervorzuheben ist aus dieser Zeit insbesondere der Kampf zwischen Marxismus und Revisionismus. Auf der IV. Nationalkonferenz wurde Jorge Del Prado (heute immer noch Chef der Moskautreuen) mit seinem Gefolge, Lakaien des Sozialimperialismus und Ausdruck des zeitgenössi-

schen Revisionismus, ausgeschlossen. Die Persönlichkeit und die Lehre Maos hatten in dieser Zeit entscheidende und vitale Bedeutung für die Fraktion. Auf der V. Konferenz im November 1965 sprach sich die Fraktion für die Schaffung der drei Instrumente der Revolution (Partei, Armee, revolutionäre Front) innerhalb des Kampfes der zwei Linien aus. Patria Roja, eine andere Fraktion, die sich nachher auch Kommunistische Partei nannte, wurde wegen ihrer opportunistischen Linie von Rechts ausgeschlossen. Im Jahre 1969 wurden die Prinzipien der parteilichen Einheit (Bases de unidad partidaria) und die Neugründung der Partei beschlossen. Ab 1970 begann dann der Prozeß der Neugründung der Partei innerhalb harter Kämpfe gegen liquidationistische Tendenzen von Rechts und von



Guerillas der Kommunistischen Partei Perus (PCP)

der „Linken“, ein Prozeß, der mit dem IX. Plenum des Erweiterten Zentralkomitees im Mai 1979 seinen Höhepunkt erreichte. Hier wurde die opportunistische Linie von Rechts, die sich dem Beginn des bewaffneten Kampfes widersetzt, ausgeschlossen. Mit der Losung „Definieren und Entscheiden“ wurde der bewaffnete Kampf begonnen und ein neues Kapitel in der Geschichte der Partei eröffnet, — sie wurde zur marxistisch-leninistisch-maoistischen Partei, mit dem vierten definitorischen Zusatz des Pensamiento Gonzalo (Gonzalo-Denken). 1988 fand der I. Kongreß der PCP statt, auf dem bereits festgestellt werden konnte, daß die Partei eine solide Grundlage für die Machtergreifung im ganzen Land geschaffen hat, einen unauslöschlichen Markstein auf dem Wege zum Sieg gesetzt hat, im Dienste des Proletariats und der Weltrevolution. Die Ziele der Kommunistischen Partei Perus finden sich im Einzelnen in dem Programm der PCP niedergeschrieben.

Das Agrarproblem hat eine lange Geschichte in Peru. Die feudalen Strukturen wurden während der Kolonialzeit eingeführt. Dazu kommen noch Strukturen der Sklavenhalterordnung, die sich bis in die Zeit der Republik (bis Ende des 19.Jh.) erhalten haben. Auf diese Strukturen wurde der Kapitalismus als Monopolkapitalismus aufgepropft, und dieses ergibt die halbfeudalen Verhältnisse in Peru.

Das Charakteristische am Feudalismus in Peru ist die Existenz des Großgrundbesitzes und der Gratisarbeit; seine politische Erscheinungsform ist der Gamonalismo, die Basis der Staatsmacht auf dem Lande, auch heute noch. Mit der Ausbreitung des Imperialismus verschärfte sich die Situation, die feudalen Verhältnisse entwickelten sich, wurden ausgefeilter, aber ihr Charakter verschwand nie ganz. Die Anhäufung von Kapital wuchs im dem Maße wie auch die Armut und Misere der Campesinos. Erst durch den Volkskrieg wird die halbfeudale Struktur hinweggefegt.

Der Kapitalismus in einem Land mit vorherrschend halbfeudalen Verhältnissen nimmt Formen eines bürokratischen Kapitalismus an, von dem die zwei tragenden Fraktionen der Großbourgeoisie, nämlich die bürokratische und die sogenannte burguesia compradora, profitieren. Der Imperialismus macht seine Profite, indem er den Staat als wirtschaftlichen Hebel ansetzt. Deshalb wird in diesem Zusammenhang von einem bürokratisch-latifundistischen Staat gesprochen.

In Peru hat das Bürgertum seine historische Rolle, die Ablösung des Feudalismus mittels demokratischer Revolutionen, nicht erfüllen können, denn die Entwicklung ging vom Feudalismus direkt zum Imperialismus. Nun ist es die Aufgabe des Proletariats, diese durchzuführen. Daher spricht die PCP von der demokratischen Revolution als erster Phase der peruanischen Revolution, der dann die sozialistische folgen soll.



Elendsviertel in Lima

Im Staat der Neuen Demokratie sind es drei Klassen, welche die gemeinsame Diktatur ausüben: das Proletariat als Anführer, die Bauernschaft als treibende Kraft (vor allem die armen Bauern), und das Kleinstbürgertum als vertrauenswürdiger Verbündeter. Dabei wird das Prinzip der drei Drittel gewahrt. Es kann sogar unter Umständen die nationale Bourgeoisie hinzukommen, — im Moment allerdings steht diese jedoch auf der Seite des Großbürgertums. Grundlage der gemeinsamen Diktatur ist das Arbeiter—Bauern—Bündnis unter der Führung der PCP. Diese Klassen bilden die revolutionäre Einheitsfront. Die reaktionäre Seite bildet die Großbourgeoisie mit ihren beiden Fraktionen, der kompradora und der bürokratischen Bourgeoisie, die eng mit den halbfeudalen Strukturen verwoben sind und außerdem sich in totaler Abhängigkeit vom Imperialismus (hier USA) befinden.

Drogenkrieg und US-Intervention

Frage: Die USA haben kürzlich mehrere bewaffnete sog. „Drogenbekämpfungs“-Einheiten nach Peru entsandt. Unser Eindruck ist, daß die US-Imperialisten sich unter dem Vorwand der „Bekämpfung des Drogenhandels“ in Wirklichkeit auf eine bewaffnete Intervention gegen den Volkskrieg in Peru vorbereiten. Was sind Eure Informationen über diese Entwicklung und wie realistisch hältst ihr die Gefahr einer US-Intervention?

Antwort: Der Yankee-Imperialismus ist tatsächlich schon seit geraumer Zeit da-

bei zu intervenieren. Sowohl die Imperialisten als auch die einheimische Reaktion planen, den Volkskrieg zu verhindern. Dabei sind ihnen alle Mittel recht: direkte Interventionen oder über den Vorwand von ungelösten Grenzproblemen mit lateinamerikanischen Nachbarn, etc. Zur Zeit gestaltet sich die US-Intervention als militärische Beratung und über die D.E.A., die z.B. im Alto Huallaga, einem Tal im peruanischen Urwald, einen Stützpunkt für ihre Operationen geschaffen hat.

US-Piloten, vornehmlich Vietnam-Veteranen, nehmen an Erkundungsflügen, aber auch an Angriffen teil. Die Intervention ist also ein „fait accompli“, eine Realität, bloß wissen sie noch nicht genau, wie es weitergehen soll. Eine mögliche Entfaltung wäre über Truppen eines Nachbarlandes, wie Brasilien, oder aber mit den eigenen US-Truppen. Im Moment ist es der „Krieg gegen die Drogen“, der als Vorwand benutzt wird, um die PCP zu bekämpfen. Ein Zitat von Präsident Gonzalo bestätigt es: „Wir haben im Zentralkomitee beschlossen, jeden Feind, der in unser Land eindringt, zu stellen und zu besiegen. Sollte das der Fall sein, würde sich der Hauptwiderspruch verschieben und ein Widerspruch zwischen Nation und Imperialismus werden. Dies würde bedeuten, daß sich das Volk noch mehr um die Partei als Zenrum schart und vereint.“

Aber mit wachsender imperialistischer Intervention benötigt der Volkskrieg in Peru verstärkt die Solidarität des internationalen Proletariats und der Revolutionäre in aller Welt.

Entwicklung der befreiten Gebiete, Arbeit in den Gewerkschaften

Frage: Die PCP kämpft für ein festes Bündnis von Arbeitern und Bauern unter Beteiligung der Kleinbourgeoisie zum Sturz der herrschenden halbfeudalen und halbkolonialen Ordnung. Wie verwirklicht sich dieses Bündnis in den befreiten Gebieten auf dem Land? Wie groß sind diese befreiten Gebiete inzwischen und wie entwickeln sie sich?

Antwort: Der zentrale Punkt des Volkskrieges sind die Unterstützungsbasen. Diese werden auf der Grundlage der Volkskomitees organisiert, und das sind Einheitsfront-Komitees, welche die gemeinsame Diktatur der Arbeiter, Bauern und Kleinbourgeoisie verwirklichen. Von dem System des Staates her ist es eine Diktatur der Neuen Demokratie, vom Regierungssystem her sind es die Volksversammlungen (Asambleas Populares), welche die Neue Macht verwirklichen. Ein Komitee besteht aus fünf Kommissaren, seine Funktionen in der Etappe der demokratischen Revolution sind: das soziale Leben der Massen in allen Bereichen zu organisieren: im Bereich Handel und Produktion, indem vor allem kollektive Arbeitsformen gefördert werden; außerdem ist es für die Rechtssprechung zuständig, für die Organisation in Erziehung und Schule sowie Erholung; es hat für die reibungslose Arbeit der Volksorganisationen zu sorgen, welche die kollektive und individuelle Sicherheit garan-

tieren.

Die Basis für eine solche Arbeit der Volkskomitees ist die Einführung neuer Produktionsverhältnisse.

Zur Zeit befindet sich ein Drittel des Landes unter der Kontrolle der PCP, und das in einer Phase, wo sich gemäß der Dynamik des Krieges die Prozesse der Restauration und Gegenrestauration gegenüberstehen.

Frage: Welche Rolle spielen sog. offizielle, halblegale Organisationen wie Bauernverbände, Gewerkschaften, Zusammenschlüsse der Intellektuellen u.a. für die Entwicklung des Volkskriegs und welche Politik schlägt die PCP in und gegenüber diesen Organisationen ein? Wie entwickelt sich die Unterstützung des bewaffneten Volkskrieges durch solche Organisationen?

Antwort: Die PCP betrachtet die Gewerkschaften im Lichte dessen, was Marx in „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Gewerkschaften“ schreibt, als wichtige Träger des Kampfes für die Rechte der Arbeiter, wobei dieser Kampf, der ja in seinen Formen wie Streiks und Arbeitsniederlegung auch ein Guerillakampf ist und somit den anderen Kampf vorbereitet und vorwegnimmt, unbedingt mit dem Kampf um die Macht verbunden werden muß.

Die Revolution muß für die Zeiten des Krieges ihre eigenen Organisationen

schaffen, Organisationen, die — wie Lenin es formulierte, — der Revolution dienen, auch wenn sie für diesen Zweck die Verräter der Revolution, die „Verkäufer der Arbeiterklasse“, beseitigen müssen.

Es ist wichtig, daß das Proletariat sich seiner Kraft und Macht bewußt wird, wenn es z.B. mit einem Streik die Produktion lähmmt. Die Streiks sind eine Schule für den Krieg, sie sind untrennbar mit der Eroberung der Macht verbunden und müssen deshalb weitergeführt werden als wichtigste Form des Kampfes auf ökonomischer Ebene.

Diese Prinzipien haben die PCP zur Gründung der „Revolutionären Front zur Verteidigung des Volkes“ geführt. Diese Front gestaltet sich nur auf dem Lande, und zwar als Macht, in der Form der Volkskomitees. In den Städten entsteht die komplementäre Organisationsform dazu, die „Revolutionäre Bewegung zur Verteidigung des Volkes“: sie dient dem Volkskrieg in den Städten und hat die Funktion, die reaktionäre Ordnung zu unterhöhlen und die Klassen im Hinblick auf den zukünftigen bewaffneten Aufstand zu vereinigen.

Die Massen treten dem Volkskrieg in Wellen bei, sie gliedern sich sprunghaft ein in den Prozeß, der den Sieg der Revolution herbeiführen wird und den sie selber vor neun Jahren in die Wege geleitet haben. Sie sind es, aus deren Innern es herausbrodelte, und sie führen ihr Werk weiter mit ihrem eigenen Blut. Die PCP hat nur leitende Funktion.

zu den Organisationen der „Vereinigten Linken“? Sieht die PCP auch gegenüber diesen Organisationen Möglichkeiten einer Einheitsfront gegenüber den herrschenden Klassen und dem Imperialismus? Welche sozialen Kräfte vertritt z.B. die „Vereinigte Linke“?

Antwort: Schon Ronald Reagan pflegte alle Befreiungsbewegungen unterdrückter Völker als Terrorismus zu bezeichnen. Sprachregelung ist für den Imperialismus natürlich eine Notwendigkeit, damit er seine Opposition gegen den Kampf der Völker aus der Dritten Welt rechtfertigen und die Unterdrückung ihrer Länder als Kolonien oder Halbcolonien fortsetzen kann.

In Peru bezeichnen die Reaktion und die Opportunisten die PCP als „wahnsinnig“, „messianisch“, „blutrünstig“, „Pol-Pot-ähnlich“ und „dogmatisch“ etc. Außerdem verkaufen sie nach außen hin die Version, daß die peruanische Bauernschaft sich zwischen den Fronten befindet. Vor allem die Revisionisten fördern diese Lesart. Als Antwort möge man sich ehrlich folgende Frage stellen und beantworten: Wäre das peruanische Volk so unbedarf, nicht zu wissen, wer seine Interessen verteidigt, würde es sich



Lima: Protestdemonstration gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung, Juli 1988



Rechts: Perus Präsident Alan Garcia bei einer Militärparade. Rechts: Garcia bei einem Besuch im Lurigancho-Gefängnis von Lima. Hier richtete das Militär im Juni 1986 ein Blutbad unter den politischen Gefangenen an, während zum gleichen Zeitpunkt die Sozialistische Internationale in Lima tagte.

wie eine Schafherde zwischen die zwei Fronten drängen lassen? Wenn dem aber so ist, wie erklärt man dann die Existenz und Weiterentwicklung einer Bewegung, die seit neun Jahren einen Volkskrieg ohne internationale Hilfe führt, wenn nicht durch die massive Unterstützung des Volkes?

In den Bezeichnungen der PCP als „wahnsinnig, messianisch“ ... etc. stimmen bezeichnenderweise die US-Imperialisten mit den sowjetischen, chinesischen und albanischen Revisionisten überein. Und dies ist mehr als nur ein Zufall. Sie greifen die PCP so vehement an, weil sie wissen, daß diese die Revolution nicht an die Reaktion und den Imperialismus verkaufen wird.

Erinnern wir uns doch daran, was Lenin sagte: „Dies ist kein Komplott mehr gegen eine Person, kein Racheakt und keine Aktion aus der Verzweiflung heraus, nein: dies ist die Vorhut der revolutionären Armee ... glücklicherweise sind die Zeiten vorbei, in denen in Ermangelung eines revolutionären Volkes die isolierten revolutionären Terroristen die Revolution durchführen mußten. Die Bombe ist nicht mehr die Waffe des anarchistischen Einzelkämpfers, sondern gehört zur notwendigen Waffenausrüstung des Volkes“. Heute besteht also eine Partei, sie hat einen Plan, ein System und eine Armee. Was ist nun mit den Charakterisierungen der Reaktionäre? Reine Verleumdungen! Und wer sind denn ei-

gentlich die Mörder des Volkes? Es ist die APRA-Regierung, ihre Repressionskräfte und die Streitkräfte. Ihr Gerede wird nie die Tatsachen verändern; die Geschichte ist schon gemacht und wird morgen ihre Bestätigung erhalten.

Und nun zu der Frage der Einheitsfront: Die PCP sieht die Einheitsfront als eine „Frente Unico“ gemäß den sechs Prinzipien, die der Vorsitzende Mao entwickelt hat, als eine Klassenfront unter der Führung des Proletariats, mit den Bauern als treibender Kraft und der Kleinbourgeoisie als Verbündete. Hier sei vor allem die Rolle und Notwendigkeit der Intellektuellen unterstrichen; J.C. Maritegui, der Gründer der Kommunistischen Partei Perus sagte: „... man muß die Gleichgesinnten vereinen, und nicht die Oppositionellen ... man muß diejenigen einander nahe bringen, die von der Geschichte her nahe beieinanderstehen ... unter Menschen mit klarer und bestimmter Position kann man sich leichter verstündigen und einander schätzen, und sei es, indem man einander bekämpft. Einen politischen Sektor jedoch gibt es, mit dem ich mich nie verstündigen kann: Mit dem mittelmäßigen Reformismus, dem gezähmten Sozialismus und der pharisäischen Demokratie ...“

In diesem Zusammenhang ein Wort zur IU, der Vereinigten Linken: sie ist eine Anhäufung von Parteien, deren ideologi-

scher Mischsalat lediglich vom gemeinsamen Appetit auf Macht zusammengehalten wird. Sie verraten immer wieder die Massen, weil sie als einzige Alternative die Koalitionsregierung mit der Großbourgeoisie sehen. Deshalb ist es verständlich, daß die Bourgeoisie, die Militärs und die Imperialisten sie als die „verantwortungsvolle Linke“ darstellen und sogar fördern.

Ihr Programm ist, die Revolution zu bremsen, ein anderer Punkt die Kooperation mit der Bourgeoisie, und für das Volk ist reiner Assistentialismus geplant. Sie verkleiden sich als Marxisten, um den Marxismus zu bekämpfen, wie Lenin schon gezeigt hat.

In den Parteispitzen der IU gibt es Mitglieder der alten Landbesitzerfamilien, des Bürgertums und des aufstrebenden Kleinbürgertums. Das ideologische Spektrum reicht von sozialdemokratisch, liberal bis hin zu Revisionisten, Nationalisten, Populisten und Christlich-Sozialen. Angesichts der Mobilisierung der eigenen Basis für die Verteidigung der Klasseninteressen ist ihre Antwort eindeutig Repression und Schwächung der Kampfkraft der Massen, die sie mit den altbekannten Argumenten hinhalten, es sei noch nicht an der Zeit, die Revolution zu beginnen. Aber erinnern wir uns: der Moment für die Revolution wird nie kommen für diejenigen, die sie gar nicht machen wollen.

Lage der politischen Gefangenen, Aufgaben der Solidaritätsbewegung

Frage: Vor einigen Jahren wurde auch hier in der BRD berichtet über das furchtbare Massaker des Regimes an den politischen Gefangenen der PCP. Wie hat sich seitdem die Lage der politischen Gefangenen entwickelt, wieviele politische Gefangene gibt es heute in Peru?

Antwort: Massaker und Völkermord sind Teil des konterrevolutionären Krieges, so wie er sich zwischen 1983-84 auf dem Lande gestaltete und auch von der APRA-Regierung Alan Garcias fortgesetzt wurde. Garcia entwickelte einen speziellen Plan für den Genozid an den Kriegsgefangenen während des Kongresses der sogenannten Sozialistischen Internationale. Gerne hätte er sich als „großer Dritte-Welt-Leader“ aufgespielt und wollte den Volkskrieg an seiner empfindlichsten Stelle treffen, die Gefangenen in den Gefängnissen von Lima. Am 4. Oktober 1985 wurden 30 hingemetzelt. Am 19. Juni 1986 wurde während der Anwesenheit von Willy Brandt und Carlos Andres Perez (z.Z. Präsident Venezuelas) in Lima ein noch größerer Völkermord verübt. Zum Verdrüß der Reaktion verwandelte sich dieser Genozid in einen politischen, militärischen und moralischen Triumph der Revolution. Er hatte zur Folge, daß die apristische Demagogie entlarvt werden konnte und ihr faschistischer und korporativer Charakter zur

Schau gestellt wurden. Ebenso wurde die reaktionäre Natur der Sozialdemokratie offenbar und der konterrevolutionäre Charakter des Revisionismus. Die Moral der Streitkräfte sank beträchtlich, währenddessen gingen dem Volk die Augen auf, und die Massen näherten sich verstärkt revolutionären Positionen.

Der Volkskrieg ist ein politischer Krieg, und da gab es auch einen politischen Sieg zu verzeichnen. Seit jenen Tagen des Massakers in den Gefängnissen veränderte sich alles in Peru. Die internationale Öffentlichkeit wurde erschüttert, und im Gedächtnis des Volkes ist dieser 19. Juni als „Tag des Heldeniums“, als ein Beispiel für proletarische Moral und revolutionäre Hingabe fest verankert.

An diesem Tag sterben nach 20 Stunden ungleichen Kampfes und mutigen Widerstandes 250 Kriegsgefangene, viele von ihnen wurden nach dem Kampf als verwundete Überlebende erschossen und bestialisch zerstückelt.

Zur Zeit gibt es in den Gefängnissen in Peru ungefähr 1200 Kriegsgefangene und politische Gefangene. Es ist bekannt geworden, daß die Reaktion einen neuen Völkermord plant und konsequent die Politik der Isolierung in den Gefängnissen fortsetzt. Jetzt ist besonders die Klassensolidarität notwendig, sowohl auf na-

tionaler wie auch auf internationaler Ebene.

Frage: Die BRD ist nach unseren Informationen bei der Bekämpfung des Volkskriegs in Peru direkt engagiert, sie liefert dem APRA-Regime z.B. Waffen. Welche Informationen habt ihr über das Ausmaß dieses westdeutschen imperialistischen Engagements gegen den Volkskrieg in Peru und welche Aufgaben hat eurer Meinung nach die westdeutsche antiimperialistische und revolutionäre Bewegung bei der Unterstützung der peruanischen Arbeiter und Bauern?

Antwort: Die Intervention der Supermächte ist ganz klar. Es wurde schon auf die Aktionen der USA hingewiesen, die unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung die peruanischen Streitkräfte wirtschaftlich, militärisch und logistisch unterstützen. Aber auch die Sowjetunion leistet mit Panzern und Hubschraubern sowie mit technischer Beratung und militärischer Ausbildung den Kräften der Reaktion Hilfestellung. Hinzu kommt noch die politische Unterstützung, die sie den revisionistischen Parteien zukommen läßt. Andere Länder wie Nordkorea z.B. liefern Waffen und bilden paramilitärische APRA-Gruppen aus, die dann in das „Comando Rodrigo Franco“ einfließen. Israel arbeitet mit Mafien, Drogenhändlern und Reaktionären in aller Welt zusammen und ist auch in Peru im Geschäft. Nicht zuletzt muß auch die BRD genannt werden, die mit Waffensendungen, Hubschraubern, Beratungstätigkeit für die peruanische Polizei — das alles von deutschen Parlamentariern in die Wege geleitet — mit dabei ist. Wir verweisen nochmals auf den Artikel in der Zeitschrift „Caretas“ von 22.5.89.

Es besteht großes Interesse beiderseits an Zusammenarbeit, freilich mit dem Zweck, den „technischen und polizeilichen Informationsaustausch“ zu verbessern. Die Verbindungen deutscher Stiftungen zu berüchtigten Zentren in Ayacucho, wo gefoltert wird und unzählige Menschen verschwinden, werden gerade untersucht und aufgedeckt. Aber auch die politische Tätigkeit dieser Stiftungen, wie z.B. der Friedrich-Ebert-Stiftung, dient unter dem Deckmantel von „Projekten zur Entwicklungshilfe und Erziehung“ dazu, die Massen auf dem Lande und in den Armenvierteln der Städte gegen den Volkskrieg zu mobilisieren, um so die bundesdeutschen „wirtschaftlichen Interessen“ in dieser Gegend zu schützen und das Terrain für zukünftige Investitionen vorzubereiten.

Die Revolution in Peru braucht als erstes politische Solidarität; die Unterstützung der Reaktion in Peru muß von den Völkern aller Welt unterbunden werden. Als wichtigsten Beitrag zu dieser Solidarität sehen wir die Entwicklung und Schaffung eigener revolutionärer Organisationen eines jeden Volkes, denn der Volkskrieg in Peru ist ein Teil der Weltrevolution.



Zahlreiche westdeutsche Konzerne sind in Peru mit Niederlassungen vertreten. Bild: Protestdemonstration gegen ein IWF-Programm gegen Peru 1979.

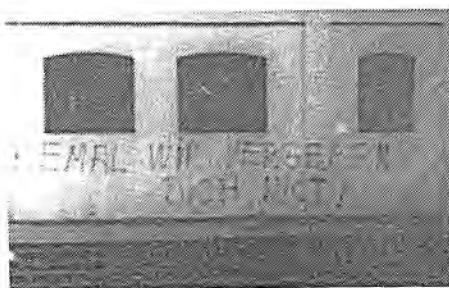


Sachverständigenrat für „maßvolle Lohnabschlüsse“

Die westdeutschen Konzerne werden auch in diesem Jahr erneut die größten Warenexporteure unter allen imperialistischen Staaten sein. Zahlreiche Konzerne haben Dividendenerhöhungen angekündigt, darunter VW und Siemens. Auch die Zahl der von den Kapitalisten ausgebeuteten Lohnabhängigen ist auf einen neuen Rekordstand angestiegen — Aussiedler und Flüchtlinge aus Osteuropa haben das Angebot an Arbeitskräften weiter vermehrt. Gleichzeitig steigt die Teuerungsrate weiter — im Oktober lag sie amtlich bei 3,2%. Trotzdem fordert der Sachverständigenrat der Bundesregierung in seinem neuen Gutachten weiter „maßvolle Lohnabschlüsse“, ertragsabhängige Tariflöhne und weitere mehrjährige Tarifverträge.

Sanktionen gegen das Siedlerregime

Die großen Gläubigerbanken Südafrikas haben trotz zahlreicher Proteste im Innern und auf internationaler Ebene für Südafrika äußerst günstige Umschuldungsbedingungen vereinbart und damit das Regime bestärkt, an seiner rassistischen Politik festzuhalten. Es scheint, als könne die Rassisten-Regierung die beschlossenen Sanktionen an einigen Punkten aufweichen. Auf der anderen Seite hat die Commonwealth-Konferenz gegen den Protest Großbritanniens eine Entschließung gefaßt, in der zu weitgehenden Sanktionen gegen Südafrika aufgerufen wird. Welche Wirkungen erzielen die bestehenden Sanktionen, wie werden sie eingehalten bzw. durchbrochen, wie wirken der Öl- und der Goldboykott?



Auseinandersetzung um Todesschuß

Am 30.9.1989 erschoß die Essener Polizei bei einem Großeinsatz den 13-jährigen Schüler Kemal C. Die Staatsanwaltschaft hat den Polizeieinsatz von Anfang an gedeckt, Mitte September stellte sie die Ermittlungen offiziell ein. Dennoch ist der „Fall“ nicht abgeschlossen: Nach wie vor gibt es Widerstand gegen den Versuch, die Todesschüsse zu rechtfertigen. Eine Beschwerde gegen die Einstellung der Ermittlungen ist noch nicht entschieden. Gegen den in Essen ermittelnden Staatsanwalt läuft eine Strafanzeige wegen Strafvereitelung im Amt. Unsicher ist, was dabei juristisch herauskommt. Sicher ist jedoch, daß der Essener Polizei ihr brutales Vorgehen noch lange vorgehalten werden wird.



Möllemann will die Berufsausbildung differenzieren

Bundesbildungsminister Möllemann (FDP) ist zum neuen Vorsitzenden der Bundes-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung gewählt worden. Gleich nach seiner Wahl kündigte er als einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit die Differenzierung der Berufsausbildung an. Das Bundesbildungsministerium fördert seit längerem die Einrichtung einer Art „Anlernausbildung“ — vor allem für ausländische Jugendliche —, die auf weitere Lohnsenkungen und -spreizungen abzielt. Die Ausbildungszeiten sollen verkürzt werden. Außerdem bezeichnet Möllemann die Resultate schlechtester Schulbildung biologistisch als mangelnde „Begabung“. Für „Hochbegabte“ will er besondere Ausbildungsgänge einrichten.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Preis 2,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel. 0221/21 64 42

Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b.H

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie — Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie — Nachrichten Chemische Industrie 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe

— Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse, 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen, 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement

Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czeminskstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Holzstr. 2, 8000 München 5

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58 Konten Postgiroamt Köln BLZ 370 10050 Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft BLZ 370 101 11 Kto. Nr. 11 44 393 600 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Ulrike Detjen, für Auslandsberichterstattung Rudiger Lotter für Aus Verbänden und Parteien Martin Lopp, für Reportagen und Berichte regional Günter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft Diskussionbeiträge Angela Lux, für Sozialstatistik Spezialberichte Alfred Kusler

Quellenhinweis Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe des NH Chemie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF

Druck Farbo Druck & Grafik Team GmbH Köln Beilagenhinweis Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Beilage Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken